hlz

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
Juli-August 7-8/2021

Endlich wieder gemeinsam

hlz-Notiz

Joachim Geffers

Wenn ich mir was wünschen dürfte…

„Nichts wird nach der Pandemie so sein wie vorher" – das halte ich für übertrieben, aber Vieles wird sich verändern. Und was es denn sein wird, wie sich Schule verändert nach dieser – positiv ausgedrückt – Atempause, hängt nicht zuletzt von uns ab. Hört man auf die lautesten Stimmen, so ist nun das Zeitalter der vollständigen Digitalisierung endgültig eingeläutet. Es vergeht kein Tag, an dem die zahlreichen Bertelsmänner dieser Welt die Postfächer fluten und diese aus ihrer Sicht Frohe Botschaft verkünden: Wir liefern alles, was das Lehrer_innen- und Schüler_innenherz begehrt! Ein gigantisches Angebot digitaler Technik, egal ob soft oder hard, verspricht, die heranwachsende Generation für den Arbeitsmarkt fit zu machen und den Digitalkonzernen und Verlagen verheißt es ein Goldenes Zeitalter.

Die Voraussetzungen, technische Geräte in ausreichender Menge für alle, sind weitgehend geschaffen. Die noch vorhandenen Lücken, schnelleres Netz und hier und da ein paar Laptops mehr, sind schnell gefüllt. Worauf warten wir noch? Dem Neustart in die schöne bunte Vielfalt der Digitalwelt steht nichts mehr im Wege! Noch Fragen?

Ach ja, die Kinder und Jugendlichen, die während des nahezu anderthalb Jahre währenden digitalen Zwangs erfahren mussten, was es heißt, wenn mal, geht es um sie, flott von Digital Natives die Rede ist, haben mglw. eine ganz andere Sicht auf die Dinge.

Mich beschleicht das Gefühl, dass sie sich in dieser Rolle gar nicht mehr wohl fühlen. Auf jeden Fall sind die Stimmen unüberhörbar, die sich nicht nur nach sozialem Kontakt sehnen, sondern auch nach einer Lehrkraft aus Fleisch und Blut. Welch ein wunderbares Lernziel wurde damit erreicht – und das ohne unser Zutun, nur durch eigene Erfahrung: Dass eben keine Maschine der Welt die reale Begegnung mit einem anderen Menschen ersetzen kann. Wunderbare Voraussetzungen, wenn man über die viel beschworene Künstliche Intelligenz (KI) diskutieren will oder über die „soziale Hängematte, in der sich die Arbeitslosen räkeln". Es dürfte nun Vielen klar werden, dass dieses Räkeln schnell zur Qual werden kann. Man ist einem Zwang ausgesetzt, für den man – wie im Lockdown – nicht selbst verantwortlich ist.

Das Schlagwort von einer Lost Generation im Zusammenhang mit der Pandemie halte ich für verfehlt. Ohne das Leiden im Lockdown kleinreden zu wollen, steht hinter dieser Erfahrung doch der Gewinn zu erkennen, was es bedeutet, wenn davon gesprochen wird, dass der Mensch ein soziales Wesen ist.

Wie macht man das, dass mensch dies realisiert? Ich wünsche mir, dass nach den Sommerferien ein Run auf alle Schullandheime, Jugendherbergen und was sich sonst an kollektiven Unterkünften anbietet, stattfindet. Erste Bedingung: Handys und Computer bleiben zu Hause! Und dann? Reformpädagogische Vorschläge, Ideen und Erfahrungen (!), wie man durch Herausforderungen der Natur begegnet, gibt es zur Genüge. Ja, der Natur begegnen, nicht sie bezwingen. Wenn dies im Kollektiv gelingt, stellt sich jenes ersehnte Gemeinschaftsgefühl, das man in der Zwangspause so vermisst hatte, automatisch ein.

Wenn man dazu noch die Drohkulisse der Leistungsdefizite, die es aufzuholen gelte, außen vor lässt und stattdessen überlegt, wie man Lehrpläne entschlackt und wie die bestehende Fehlerkultur produktiv gewendet werden kann, dann entsteht am Ende vielleicht etwas, das ein In-der-Welt-bestehen-Können stärkt. All das, was jetzt mit Computerisierung gemeint ist, würde auf das reduziert, was es meiner Meinung nach sein sollte: Ein Werkzeug, das nicht uns beherrscht, sondern das uns lediglich dazu dient, eine Welt zu schaffen, in der wir uns als soziale Wesen begegnen.

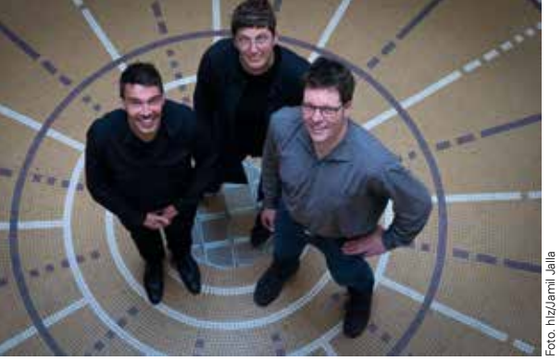


Foto: hlz/Jamil Jalla

Sie sind es — Seite 14

Sven, Yvonne und Bodo bilden das neue Vorsitzendenteam. In einem Interview machen sie klar, welchen Anforderungen sie sich gegenüber sehen und welche Vorstellungen sie mit der neuen Rolle verbinden.

Bestandsaufnahme — Seite 32

Eine erste umfassende Untersuchung zeigt, welchen Belastungen Pädagog_innen während des Lockdowns im Zusammenhang mit der Digitalisierung ausgesetzt waren.

Die Abgehängten — Seite 37

Eine aktuelle Sonderauswertung der letzten PISA-Ergebnisse bringt es an den Tag: Unabhängig von der Zahl formaler Schulabschlüsse verfehlt nahezu ein Viertel der Schulabgänger_innen das Maß an Lesekompetenz, das ihnen ermöglichte, in Texten Meinung von Sachinhalten zu unterscheiden.

Er stieg aus dem Fenster — Seite 60

100 Jahre wäre Paulo Freire geworden. Der exkommunizierte Priester und umtriebige Pädagoge aus Brasilien widmete sein Leben den Menschen, die nicht qua Geburt mit einem Bildungsprivileg ausgestattet waren und entwickelte dabei eine Pädagogik, die bis heute beispielgebend sein könnte.

Foto: Wikimedia commons

Verlängert bis 20. September

Hier geht's zur...

...hlz-Umfrage

oder unter
www.gew-hamburg.de/hlz-umfrage-2021

Magazin

Pandemie
Vierte Welle vermeiden — 29

Untersuchung
Digitalisierung im Schulsystem — 32

PISA
Leseschwäche – woher kommt sie? — 37

Erlebnispädagogik
Auf hoher See — 46

Lesespaß
Ab vom Wege — 52

Internationale Sprachkontakte
Digitaler Austausch — 58

Pädagogik
Paulo Freire zum 100. — 60

Identitätspolitik
wieso, weshalb, warum? — 63

Berufsverbote
Die Praxis war überall gleich — 68

CrashKursKrise
Rezension 1 — 70

Nazibiographie (42)
Heinrich Hehn (Teil 2) — 72

Ausstellung
Max Halberstadt — 75

Inferno KZ Sachsenhausen
Rezension 2 — 76

Hommage
Hans Paasche — 78

GEW

Hamburger Gewerkschaftstag
Einmaliges Erlebnis — 8

Vorsitzende
Die Neuen im Interview — 14

Bundesgewerkschaftstag
Anja gewählt — 19

Vorschullehrer_innen
Bessere Einstufung gefordert — 26

PTF
Angleichungen gefordert — 27

Offene Liste
Es gibt auch Gutes — 31

GPR-Fraktion
Dienstcomputer — 36

Bildungspolitik

Post-Pandemie
Erwartungen an Schüler_innen — 22

KESS
Downgrading — 23

Arbeitszeit
Offener Brief — 24

Unterricht
Wie weiter nach der Pandemie? — 40

Zweiter Bildungsweg
Riskante Änderungen — 42

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Nachrichten — 6

gb@ — 28

Impressum — 35

Termine — 79

Rätsel — 80

Aus dem Sprachfluss... — 81

Foto: Yannic/Projekt Thor Heyerdahl

Fast zu schön — Seite 46

Unsere neue stellvertretende Vorsitzende Yvonne Heimbüchel berichtet von ihrer Segel-Leidenschaft. Wie sie dieser regelmäßig mit Jugendlichen nachgeht, zuletzt auf einer Atlantiküberquerung (!), setzt neue Maßstäbe in dem, was gerade in Nachpandemie-Zeiten Priorität genießen sollte.

Im Schlingern — Seite 42

Statt alle Beteiligten bei der Neuordnung der Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges mit ins Boot zu holen, plant die Behörde über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Dies löst Unmut, aber vor allem Skepsis bei Schüler_innen und Kolleg_innen aus.

Cancel Culture — Seite 63

Mit welch harten Bandagen im links-alternativen Milieu bei identitätspolitischen Fragen gekämpft wird, nimmt die Publizistin Hannah Wettig zum Anlass, sich mit den Ursprüngen dieser Bewegung zu beschäftigen.

Ferienlektüre — Seite 52

Reisen ist wieder möglich – warum sollte man da an Wanderungen denken? (Mal abgesehen davon, dass ihr die Sommerferien längst geplant habt.) Aber auch, wenn ihr euch am Strand von ? räkelt, ist es spannend, Henning Sußebach auf seiner Wanderung längs durch Deutschland von der Ostsee bis zur Zugspitze zu begleiten.

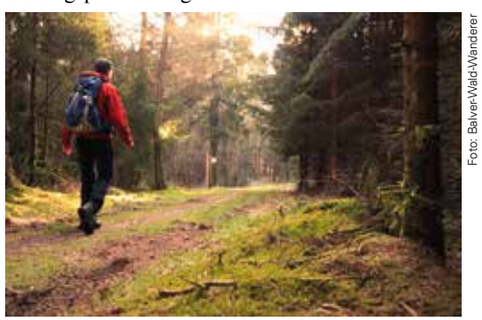


Foto: Balver-Wald-Wanderer

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Nicht angesagt

Die Schulbehörde rechnet nicht damit, dass eine nennenswerte Zahl von Schülerinnen und Schülern das Schuljahr wegen der Corona-Pandemie freiwillig wiederholen will. »Bislang haben wir keine Meldungen aus den Schulen erhalten«, sagte ein Sprecher. Allerdings müssten noch die Zeugniskonferenzen Mitte Juni abgewartet werden. Bundesweit wird davon ausgegangen, dass rund ein Viertel der rund elf Millionen Schüler_innen in Deutschland Lernrückstände aufzuholen hat, weil sie per Fernunterricht kaum oder nur schlecht erreicht wurden.

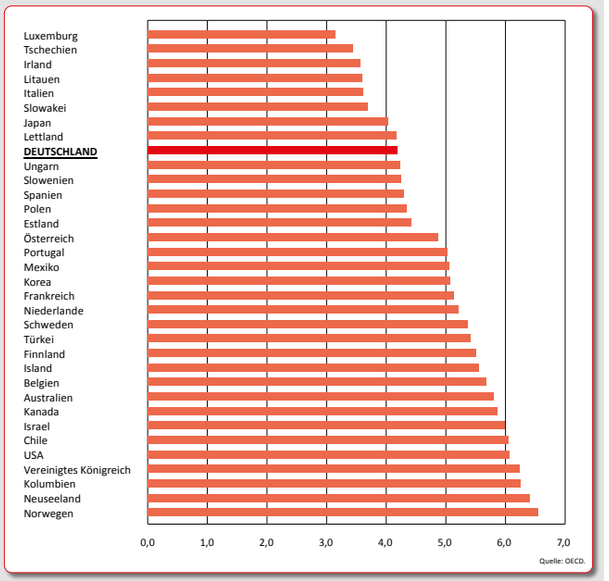
Die Rettung

Aufgrund der Corona-Pandemie ist die finanzielle Lage vieler Studierender prekär. Um das monatliche Einkommen trotzdem weiter abzusichern, haben die Bundesländer das jeweils geltende Hochschulgesetz angepasst und die Regelstudienzeit um ein bis drei Semester verlängert. Da der BAföG-Zuschuss Studierenden nur in der Regelstudienzeit zusteht, soll so die finanzielle Sicherheit während des Studiums gewährleistet werden. Damit stehen Studierenden im Bundesschnitt insgesamt 7.060 Euro an zusätzlichen Förderungsgeldern zu.

Kinderlein kommet

In den kommenden fünf Jahren will der Senat mehr als 5000 Kita-Plätze an Schulen schaffen. Dazu sollen an mindestens 50 Schulstandorten bestehende Kitas erweitert oder neu etabliert werden. Den Kita-Kindern soll so auch ein leichterer Übergang in die Grundschule ermöglicht werden. Für den Bau stünden jährlich fünf Millionen Euro bereit. 2020 wurden laut Statistikamt Nord an 1133 Kindertageseinrichtungen in Hamburg rund 84.000 Kinder von etwa 21.000 Erzieherinnen und Erziehern betreut.

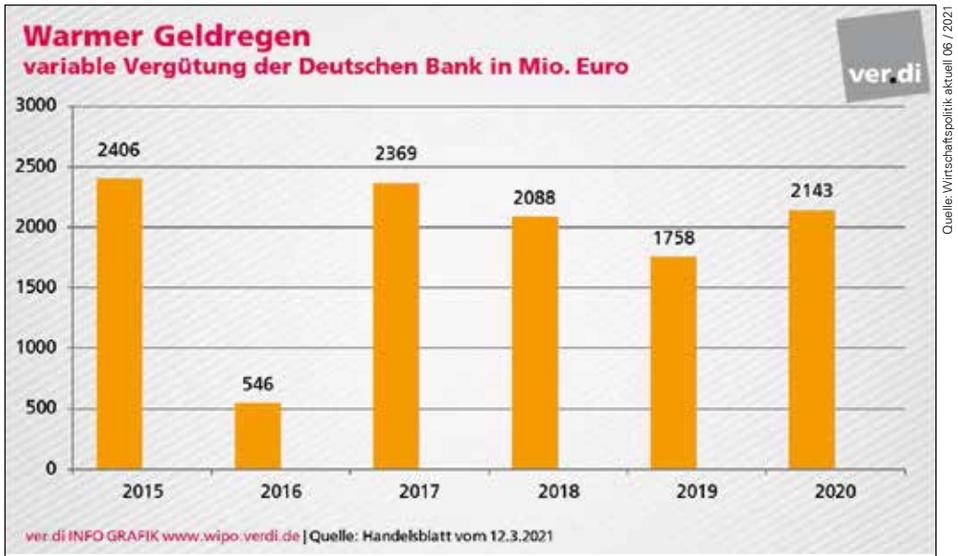
Abb. 10: Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2017, in Prozent



Quelle: Bildungsfinanzierung – Fokus Schule; im Auftrag der GEW/ Mechthild Schrooten, Bremen, Mai 2021

Wenn selbst die Mutterländer des Kapitalismus, das Vereinigte Königreich und selbst die USA, ein Drittel mehr – gemessen am Volkseinkommen – für Bildung ausgeben als hierzulande üblich (s. Grafik) oder besser noch: wir müssten die Bildungsausgaben noch einmal um nahezu 50 Prozent(!) steigern, dann deckt sich dies erstmal nicht mit dem Bild Deutschlands in der Welt als das Land der Dichter und Denker. Es passt eher zu dem Bild der Bankster, die sich in einem Maße am gesellschaftlichen Reichtum bedienen, dass für Bildung nicht genug übrig bleibt (s. Grafik S. 7). Vielleicht will man eben keine gebildeten Menschen, sondern naive, die jene bewundern, die derart viel verdienen, weil ihnen gesagt wurde, dass das das Ergebnis von Leistung sei. Wie klein muss sich dann jede_r Normalverdiener_in fühlen, wenn er/sie Leistung am Einkommen bemisst? Es muss auch was mit Bildung zu tun haben, wenn Menschen Parteien wählen, die das Motto in ihrer Wahlpropaganda verbreiten: „Leistung muss sich wieder lohnen!"
Da diese Ausgabe die letzte vor der Bundestagswahl ist, erlauben wir uns als Redaktion mittels dieses kleinen Kommentars, uns ein bisschen einzumischen. Die von der GEW ganz neu herausgegebene Broschüre, der wir die Grafik entnommen haben, macht auch Vorschläge, wie man die Bildungsfinanzierung auf andere Füße stellen kann. JG

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2021-05-Bildungsfinanzierung-Fokus-Schule.pdf.



Quelle: Wirtschaftspolitik aktuell 06 / 2021

Banker feiern Corona-Party

Mitten in der Pandemie feiert die Deutsche Bank eine Riesenparty. Das größte Geldhaus der Republik zahlt für 2020 zwei Milliarden Euro Boni und Halteprämien. Hauptprofiteure sind über 4000 Investmentbanker_innen. Ihr Bonus stieg um 40 Prozent auf durchschnittlich fast 240.000 Euro. Dafür muss eine Krankenschwester sechs Jahre lang arbeiten.

Die Bank beschäftigt jetzt 684 Einkommensmillionär_innen. Und auch der Chef kassiert kräftig mit. Das Gehalt von Christian Sewing stieg um fast 50 Prozent auf 7,6 Millionen Euro. Der gesamte Vorstand erhält 50 Millionen.

Der rasante Anstieg der Boni ist dem Boom der Kapitalmärkte geschuldet. Die Aussicht auf steigende Aktienkurse und Immobilienpreise bringt Vermögende dazu, ihr Geld in Wohnungen und Unternehmen zu stecken.

Während Millionen Beschäftigte kurzarbeiten und viele Einzelhändler_innen, Gastronom_innen, Reisebüros und Künstler_innen ums Überleben kämpfen, klettern Aktien und Häuserpreise.

Doch nicht alle Deutschbanker_innen dürfen mitfeiern. Callcenter-Mitarbeiter_innen müssen für Lohnzuwächse und ein 13. Monatsgehalt streiken. Zudem will das Management mehrere 1000 Stellen streichen. Gerecht geht anders.

Wenn das Management – wie das der Deutschen Bank – jede soziale Balance verliert, muss die Politik eingreifen: Mit einer Begrenzung von Managergehältern und mit einer höheren Besteuerung hoher Einkommen.

Besseres Abitur

Trotz des Pandemie-Schulbetriebs sind die Abitur-Prüfungen in diesem Jahr besser ausgefallen als früher, wie die Schulbehörde mitteilt. In Mathe lag die Durchschnittsnote mit 2,74 über der von 2020 mit 3,25. Auch in Deutsch und Englisch gab es bessere Noten. (taz)

Kein Bock mehr

210.000 Schüler_innen haben laut Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter 2020 die Ausbildung abgebrochen. Das sind doppelt so viele wie in den Vorjahren.

Spuren hinterlassen

80 Prozent der Kinder und Jugendlichen fühlen sich ein Jahr nach Beginn der Pandemie belastet, fast jedes dritte Kind leidet unter psychischen Auffälligkeiten, so das Ergebnis einer Studie (Copsie) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

Letzte Meldung

Die Hamburger CDU ist erklärte Gegnerin gendergerechter Sprache – und will diese Haltung zum Hauptwahlkampfthema machen. Man spreche sich dafür aus, dass »in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen keine grammatisch falsche Gender-Sprache verwendet wird«, heißt es in dem Beschluss der Partei.

„Alles auf Chinesisch hier!“

Trotz aller Widrigkeiten gelang es, den formalen Anforderungen zu genügen und dabei sogar einem Behördenvertreter aus dem Bereich der Abteilung Kinder und Jugend der BASFI zuzuhören

Hoffentlich zum letzten Mal! Das werden sich nicht nur die Delegierten gesagt haben, sondern vor allem die Organisator_innen, an vorderster Stelle unser Geschäftsführer Dirk Mescher. In der Spitze zählte ich – bzw. wurden sie angezeigt – 142 Kacheln, hinter denen sich jeweils ein_e Delegierte_r verbarg. Dafür, dass jede_r neben dem normalen *GoToMeeting*, das mittlerweile wohl die meisten auch von euch Leser_innen kennen, noch ein weiteres Programm parallel dazu runterladen und bedienen musste, um technisch die Abstimmungen durchführen zu können, klappte es aus meiner Sicht ziemlich gut.

Dem Chronisten lieferten die vielen Fragen zum Programm immerhin eine festzuhaltende Anekdote: Ein Delegierter vermeldete, dass bei ihm sämtliche Texte zwischenzeitlich in Chinesisch oder Japanisch erschienen. Was er da machen solle? Dies war eins der kleineren Probleme, das sich durch einen Mausklick an der richtigen Stelle beheben ließ. Es sollte schlimmer kommen.

Erst einmal war es vor allem Dirk Mescher zu verdanken, der trotz dieser Widrigkeiten souverän den Laden schmiss. Selbst als der erste Delegierte – andere sollten ihm folgen – vermeldete, dass er sich bei *OpenSlice* gar nicht mehr zu Wort melden könne und sich herausstellte, dass das Programm seitens des Servers in Frankfurt zusammengebrochen war, blieb Dirk gelassen. Nach kurzer Unterbrechung hatten sich die Noch-Vorsitzenden darauf verständigt, die Tagesordnung im Wesentlichen auf das Geschäft der Wahlen zu reduzieren. Die Debatte um Anträge und deren Abstimmungen wurden kurzerhand auf einen neu anzuberaumenden Gewerkschaftstag nach den Sommerferien vertagt. (s. Kasten S. 13)

Foto: Holger Kern; ©BASFI

Dirk Bange – so ähnlich hätten wir den Referenten im Curio-Haus erlebt

Gast auf Sendung

Ungeachtet dieser substanziellen Probleme konnte der angekündigte Gast, Dirk Bange, Leiter der Abteilung Familie und Kindertagesbetreuung in der Sozialbehörde (BASFI) und damit der kompetenteste Mensch in der Behörde in Sachen Kita, seinen Beitrag halten. Zwar kämpfte auch er mit der Technik und musste schließlich, was den Ton anging, zum Telefon greifen, das tat aber der Qualität seiner Ausführungen keinen Abbruch.

Bange beschrieb zunächst die Herausforderungen, die seine Behörde im Rahmen der Pandemie zu meistern hatte. Richtschnur des Handelns sei es gewesen, „keine strenge Aufsicht zu führen“. Dies ermöglichte den Kitas, selbst Entscheidungen treffen zu können, beispielsweise in Bezug darauf, mit wie viel Nachdruck sie den Eltern klarmachen, ob sie ihre Kinder zu Hause lassen sollten.

Als Erfolg wertete er, dass es gelungen sei, alle Beschäftigten weiter zu bezahlen. Dabei betonte er die gute Zusammenarbeit mit der GEW. Dies gelte auch für die Volksinitiative ‚Mehr Hände für Hamburger Kitas‘, deren Erfolg letztendlich dazu geführt habe, dass seine Behörde 20 zusätzliche Millionen gekriegt habe, Geld, mit dem der Personalschlüssel im Elementarbereich deutlich verbessert werden konnte.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Ganztagsbetreuung nannte Bange einen Personalzuwachs von 2500 (!) Stellen. Das Ganztagsförderungsgesetz

Quelle: Bildschirmfoto hlz; PPP-Hamburger GwTag 5/2021; Anja Bensinger-Stolze

sei auf dem Weg und verfolge das ehrgeizige Ziel einer 98-prozentigen Betreuungsquote. Mit dem Geld aus dem anteiligen Zwei-Milliarden-Programm der Bundesregierung finanziere man allein 270 halbe Stellen. Auch die Sprachförderung sei durch zusätzliche Mittel des Bundes im Rahmen der Auswirkungen der Pandemie ausbaubar.

Als Erfolg wertete Bange, dass es gelungen sei, keine Elternbeiträge zu erheben, solange kein Regelbetrieb stattfinde. Insgesamt hoffe er, dass nach anderthalb Jahren Pandemie man sich verstärkt wieder pädagogischen Fragen zuwenden könne. Er nannte in diesem Zusammenhang die Stärkung der Kinderrechte.

Die Entgegnungen unserer Kita-Delegierten waren durchweg zustimmend. Man bestätigte, dass die Zusammenarbeit gut funktioniere, was man als Beleg wertete, dass es grundsätzlich nicht unmöglich sei, ein konstruktives, von gegenseitiger Wertschätzung getragenes Verhältnis zwischen Behörde und Gewerkschaft herzustellen.

Der Abschied

Befremdlich wirkte es, als Anja und Fredrik ihren Rechenschaftsbericht hielten, der diesmal ihre gesamte Amtszeit einschloss, weil er – was natürlich im Vorhinein bekannt war – einen Abschied bedeutete. Befremdlich, weil ich denke, jede_r spürte, dass ein solcher digitaler Abgang nicht der Bedeutung des Anlasses gerecht werden konnte. Selbst ein Zuwinken via Kachel war nur eingeschränkt möglich, weil andernfalls die Leitung zusammengebrochen wäre. Und Blumen lassen sich zwar digital ordern, aber nicht übereichen. Hoffen wir mal, dass sich da noch was nachholen lässt.

Beide ließen es sich dennoch nicht nehmen, ihr acht- (gilt für Anja) bzw. neunjähriges (gilt für Fredrik) Wirken noch einmal Revue passieren zu lassen.

Bereits die von **Anja** eingeblendete Grafik (s.o.) ließ zumindest für diejenigen Delegierten, die in das eine oder andere Thema involviert waren oder sind, deutlich werden, was es bedeutet, unsere Forderungen in reale Politik umzusetzen. Anja verwies auf die Erfolge ihrer Amtszeit, ohne die Bereiche auszusparen, in denen es nicht gelungen sei, nennenswert voranzukommen. Allem voran sei hier das Thema Arbeitszeit für Lehrer_innen zu nennen. Der Senator habe sich an dieser Stelle Null bewegt und der Bündnispartner in Gestalt der Grünen zeige sich ähnlich hartleibig. Zwar habe man versucht durch das Drängen auf Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge, für Kolleg_innen Entlastung zu schaffen, aber jede/r, der oder die sich näher damit befasst habe, wisse, wie schwer dies umzusetzen sei. Immerhin spräche man ja mittlerweile darüber und habe immerhin durchsetzen können, dass an manchen Schulen – und viele sollen folgen – eine Gefährdungsanalyse als Voraussetzung für Maßnahmen des Gesundheitsschutzes vorgenommen wurde.

Als eindeutiger Erfolg dagegen sei die Durchsetzung von A13 für alle Lehrkräfte anzusehen. Sie hoffe, so Anja, dass dies in Nach-Pandemie-Zeiten noch ausreichend Nachhall bei den Kolleg_innen finde und das Gefühl stärke, dass es sich lohne, kollektiv für seine Interessen einzutreten.

Anja betonte, dass bei Allem, was sie in ihrer Amtszeit auf den Weg gebracht habe, die Bündnispolitik eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg gewesen sei. Dazu gehöre die enge Zusammenarbeit mit dem DGB, die partielle Bereitschaft, auch mit Parteien zusammenzuarbeiten und das gemeinsame Wirken von

Quelle: PPP-Hamburger GvTag 5/2021; Fredrik Dehnerdt

Kein Anspruch auf Vollständigkeit

Eltern- und Bürgerinitiativen wie auch ein ständiger Dialog mit Schulleitungen.

Wer die Politik der GEW verfolgt habe, wisse, dass sich auf allen Feldern, die auf der Folie (s. Bildschirmfoto S. 9) genannt sind, viel getan habe. Hervorzuheben sei auch die Durchsetzung einer gemeinsamen Lehrer_innenausbildung, sei sie doch als ein wichtiger Baustein anzusehen, der das Zusammenwachsen der getrennten Schularten begünstigen könne. Denn eins habe bei so vielen Aktionen der GEW immer im Hintergrund gestanden: Die Schaffung einer Schulstruktur, die auf mehr Chancengleichheit ziele. Dies sei die Klammer, die auch das Thema Inklusion umfasse. Mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“, die seitens der GEW massiv unterstützt wurde, habe man zwar deutliche Verbesserungen durchsetzen können, aber man sei natürlich noch weit entfernt von dem, was echte Inklusion bedeute.

Die Vielfalt der Themen widerspiegele auch mittlerweile die Mitgliederstruktur. Man habe sich von einer Lehrer_innen- zu einer Bildungsgewerkschaft entwickelt. Neben den Pädagog_innen an den Schulen habe man eine nicht unbeträchtliche Zahl von Kolleg_innen aus den Kitas organisieren können. Die von der GEW eingeforderten multiprofessionellen Teams an den Schulen führten dazu, dass sich immer mehr andere Professionen, genannt sei hier beispielhaft die Gruppe des Pädagogisch-Therapeutischen-Personals (PTF), in der GEW organisieren. Wer die Aktivitäten der Kolleg_innen in der Erwachsenenbildung verfolge, wisse, dass sich auch hier das gewerkschaftliche Engagement verstärke.

Das Engagement seitens der Vorsitzenden, das viel Kraft koste, sei die Arbeit mit und an den Betriebsgruppen. Dies sei und bleibe eine der Kernaufgaben des Vorstandes. Mitgliederbindung stärken und halten. So sei man nicht nur in die Betriebsgruppen gegangen, um diese vor Ort zu unterstützen, sondern habe alle, die ihren Austritt erklärten, angerufen, um die konkreten Gründe zu erfahren. Dabei sei es durchaus gelungen, den einen oder die andere umzustimmen.

Fredrik verwies auf seine Arbeit bezüglich der Hochschulgremien, die der GEW in der Uni wieder Gesicht verliehen habe. Es sei in einzelnen Fachbereichen durchaus gelungen – oft auch im Zusammenhang mit der von Anja betonten Bündnispolitik –, über gemeinsame Listen die GEW in Personalräten zu etablieren, um auf diese Weise Einfluss auf die Hochschulpolitik zu nehmen. Man sei zu einer ernstzunehmenden Gesprächspartnerin avanciert. Gerade weil die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen teilweise desaströs seien, sei dies auch zukünftig als wichtiges Arbeitsfeld anzusehen.

In Bezug auf die Konflikte an den Schulen, die sich im Zusammenhang damit ergeben hätten, dass die AfD sich in schulpolitische Angelegenheiten eingemischt habe (Denunziationsportale), verwies Fredrik auf die Hilfestellung, die die GEW wesentlich durch sein Wirken den Schulen bzw. einzelnen Betriebsgruppen geben konnte. So konnte der Widerstand z.T. gebündelt werden, indem er rundum zum Thema Antifaschismus zusammen mit etlichen Aktiven aus den Betriebsgruppen einen Kongress auf Kampnagel organisiert habe, der sicherlich dabei geholfen habe, die Konturen des Konflikts schärfer abzubilden. Er, Fredrik, habe dann dafür gesorgt, dass sich die Komplexität des Themas inhaltlich in einer Broschüre widerspiegelte. Diese Broschüre fand nicht nur eine – auch bundesweit – große Verbreitung, sondern sie bot, wenn man den Rückmeldungen Glauben schenken darf, hier und da eine wichtige Hilfestellung in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Auseinandersetzung habe es auch bekanntlich über viele Jahre hinweg innerhalb unseres Verbandes im Zusammenhang mit der eigenen Geschichte gegeben. Er habe seine Aufgabe darin gesehen, die Debatte hierüber i.w.S. zu moderieren, was seinen Niederschlag u.a. in unterschiedlichen, von ihm mit initiierten und in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Expertisen gefunden habe. Dies beträfe ganz besonders das Thema Berufsverbote, in dessen Folge die von der GEW erlassenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ständen. Auch dafür habe er die wissenschaftliche Expertise auf den Weg gebracht.

Die außergewerkschaftlichen Kontakte mit Initiativen und Projekten in der Stadt, die sich um politische Themen kümmern (s. Folie S. 10), hätten großen Raum in seiner Arbeit eingenommen. Die Vielzahl der Anfragen nach politischer oder finanzieller Unterstützung lasse darauf schließen, dass die GEW für Viele, die in der Stadt etwas politisch bewegen wollen, zur wichtigen Ansprechpartnerin geworden sei, sofern dies nicht schon vorher der Fall gewesen sei.

Unterstützend sei dabei gewesen, dass man neue Informationskanäle im Bereich Social-Media eröffnet habe. Dies sei weiter ausbaubar, auch in einer Weise, dass zukünftig noch mehr interaktiver Austausch hierüber möglich sein sollte. Als gelungen bezeichnete Fredrik den Newsletter des Landesverbandes, den er zusammen mit der Geschäftsstelle auf den Weg gebracht habe, der – anders als die hlz – auf tagespolitische Ereignisse reagieren könne.

Neben der inhaltlichen Bilanz war es vor allem die positive Mitgliederentwicklung, die als Beleg der erfolgreichen Arbeit des scheidenden Vorsitzendenteams – den etwas später gewählten neuen Vorsitzenden Sven Quiring eingeschlossen (s. Fußnote S. 10) – genannt werden konnte. In ihrer Amtszeit von 2013 bis zum Ende des letzten Jahres stieg die Mitgliedschaft des Hamburger Landesverbands – gegen den Trend, den andere Gewerkschaften zu erleiden hatten. Von 2013 bis jetzt ist die GEW um über zehn Prozent auf nun fast 11.000 Mitglieder gewachsen, wobei sie immer jünger und weiblicher wird.

Diesen Trend sollte die GEW aufrechterhalten und weiter ausbauen!Auch wenn dieser Erfolg nur im Zusammenhang mit dem vielstimmigen Engagement aller Aktiven unseres Landesverbandes gesehen werden dürfe, so blicke man – bezogen auf das eigene Tun – doch nicht ohne Stolz auf das Ergebnis, so die beiden scheidenden Vorsitzenden unisono.

Die nicht selten in einer solchen Situation stattfindenden Standing Ovations mussten ausbleiben. Ein zaghaftes Winken einiger Delegierter, die ihre Kameras eingeschaltet hatten, machte allen deutlich, dass dies nicht nur für die scheidenden Vorsitzenden ein stumpfes Gefühl hinterlassen haben musste, sondern auch, wie wichtig es für das Gemeinschaftsgefühl von Gewerkschafter_innen, die sich solidarischem Handeln verpflichtet fühlen, ist, sich real zu begegnen.

Die Neuen[1]

Der bisherige zweite stellvertretende Vorsitzende **Sven Quiring**, der aufgrund des satzungsmäßigen Rotationsbeschlusses

[1] Die drei Kandidat_innen wurden jeweils mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mittels des elektronischen Wahlverfahrens im Rahmen des Programms *OpenSlice* gewählt. Auf Antrag wurde diese Wahl aber nachträglich noch einmal schriftlich bestätigt, indem die Delegierten aufgefordert waren, per Briefwahl nochmals ihr Votum abzugeben. Die Ergebnisse der elektronischen Wahl konnten hierdurch bestätigt werden. Im Einzelnen: Sven Quiring (85,7 Prozent Ja-Stimmen); Stellvertretende Vorsitzende: Yvonne Heimbüchel (91,7 Prozent Ja-Stimmen), 2. stellvertretender Vorsitzender: Bodo Haß (95,5 Prozent Ja-Stimmen).

Quelle: Bildschirmfoto hlz; PPP-Hamburger GvTag 5/2021; Fredrik Dehnerdt

für das Amt des Vorsitzenden nur auf zwei Jahre gewählt werden konnte[2], hatte in seiner Bewerbungsrede seine Bereitschaft, für diese kurze Zeit Verantwortung als Vorsitzender zu übernehmen, damit begründet, dass er fest in GEW-Zusammenhängen arbeite. Durch seine Eingebundenheit in die GEW-Arbeit als Mitglied des GPR-Vorstands und eben seine Rolle als Mitglied im bisherigen Vorsitzendenteam sehe er sich in der Lage, Verantwortung zu übernehmen, die Kontinuität gewährleiste und somit – so hoffe er – den Ansprüchen dieses Amtes genüge. „Ich möchte an die gute Arbeit des jetzigen Vorsitzendenteams anknüpfen und dessen Themen weiterentwickeln. Ich möchte mit Gleichgesinnten, mit euch, mit der GEW für mehr Gestaltungsspielräume und gute Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich kämpfen“, so Sven wörtlich.

Er verwies auf die Erfolge im Zusammenhang mit der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen in Sachen Inklusion. Hier sei es gelungen, dank vieler engagierter Kolleg_innen, Eltern und anderer Interessierter materiell zwar immer noch nicht ausreichende, aber deutlich bessere Bedingungen an den Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die GEW – und dies sei schließlich sein Arbeitsfeld gewesen – habe maßgeblich zu diesen Erfolgen beigetragen. Dazu habe er persönlich einen Beitrag leisten können. Sven wörtlich: „Durch harte Verhandlungen mit der Regierungskoalition konnte ich für die GEW mehr als die Hälfte unserer Forderungen – nach mehr Personal, Barrierefreiheit, bessere Therapie- und Pflegemöglichkeiten und einiges mehr – durchsetzen.“ Er fügte hinzu, dass dies nur gelungen sei, weil es uns gelungen sei, gemeinsam zu handeln.

„In meiner Berufsbiographie“, so Sven erläuternd, „hat der Teamgedanke für mich schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Neben der guten und sinnvollen Ergänzung von Schwerpunkten und Themen sind es vor allem die Aspekte von informellem Vertrauen, Loyalität und institutionellem Wissen, die nicht nur für ein Team, sondern vor allem auch für eine Organisation wie die GEW entscheidende Erfolgsfaktoren darstellen. Als Teamplayer setze ich dabei auf das Engagement und das Know How unserer Mitglieder. Zuvorderst die aktiven Kolleg_innen in den Fach- und Arbeitsgruppen und unsere Vertrauensleute vor Ort. Auch Mitglieder der Betriebsgruppen, die „stillen Beobachter_innen und Unterstützer_innen“ unseres gewerkschaftlichen Handelns, sind von mir immer wieder aufs Neue herzlich eingeladen, ihre Kompetenzen und ihre Themen in die GEW einzubringen. Nur zusammen können wir die GEW in Hamburg weiter voranbringen.“

Unabhängig davon, wie man in Sachen Reduzierung der Arbeitszeit im Einzelnen vorgehen wolle (zu Svens weiteren Vorstellungen hierzu s. nachfolgendes Interview), sei die Arbeitsbelastung insgesamt in den Blick zu nehmen. Das bedeute, dass der Gesundheitsschutz vorangetrieben werden müsse.

Nicht zuletzt deshalb konnte **Yvonne Heimbüchel** als gewählte 1. stellvertretende Vorsitzende in ihrer Bewerbungsrede die Delegierten davon überzeugen, dass ihr Engagement in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz zunehmend an Bedeutung gewinne und erste Früchte getragen habe.

[2] Die Satzung, §20, sieht maximal zwei Amtszeiten von jeweils vier Jahren vor. Da Sven bereits sechs Jahre als Stellvertreter im Amt war, konnte er nur für zwei Jahre gewählt werden.

Foto: hlz/Jamil Jalla

Die Aufgabe ist nicht leicht, aber wir hoffen, sie leicht angehen zu können

Als Personalrätin an ihrer Schule und im GPR, zusammen mit ihrem Teamkollegen Thorsten Gehlsen in der GEW-AG-Gesundheit, habe sie den Arbeits- und Gesundheitsschutz beharrlich vorangetrieben. Die Evaluation der Arbeitsbelastung müsse mittels wirksamer Gefährdungsbeurteilungen vor Ort fortgeführt werden, um schlussendlich eine gerechte Anpassung in den Arbeitszeitverordnungen durchzusetzen. Es gebe massive Gegenbewegungen in der Behörde und sie frage sich, warum? „Wer Leistung fordert, muss Gesundheit fördern!“ so Yvonne. Diese Grundhaltung sehe sie noch nicht verinnerlicht. „Ein dickes Brett – aber erste Ansätze, es zu bohren, sind geschafft“, so ihre hoffnungsvolle Botschaft. Sie versprach, diese Arbeit in ihrer neuen Rolle mit Vehemenz weiter voran zu bringen.

Als Fachgruppenvorsitzende Gymnasium in unserem Landesverband, aber auch auf Bundesebene habe sie das Thema „Lernen im eigenen Takt“ sehr beschäftigt. Mit der Etablierung des Gedankens „Abitur im eigenen Takt“ sei es gelungen, die hiermit zusammenhängende notwendige Schulstrukturdebatte wieder aufzunehmen. Eine absolute Notwendigkeit, wenn es darum gehe, nachhaltig mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Sie schloss ihre Rede mit den Worten des wohl zurzeit renommiertesten Armutsforschers Christoph Butterwegge: „Bildungschancen sind in Deutschland genauso ungleich verteilt wie Infektionsrisiken.“

Mit **Bodo Haß** ist es erstmals seit längerer Zeit gelungen, jemanden als 2. stellvertretenden Vorsitzenden zu gewinnen, der zwar auch in der Schule tätig ist, aber nicht als Lehrer, sondern als Physiotherapeut. Die Kollegien in den Schulen und die Mitglieder in der GEW seien schon lange bunt gemischt, aber sie seien in den letzten Jahren noch bunter geworden, so Bodo. „Wir sind im wahrsten Sinne multiprofessionell. Mit den unterschiedlichsten Lehramtsstudiengängen, mit Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen, Heilerzieher_innen, Ergo- und Physiotherapeut_innen, Vorschullehrer_innen – und ihr wisst selber, dass ich diese Aufzählung noch verlängern könnte. So finde ich es richtig, dass sich jedenfalls ein Teil dieser Multiprofessionalität im GEW-Vorsitz wiederfindet“, begründete Bodo seine Kandidatur.

Bodo gehört zu der Gruppe des Pädagogisch-Therapeutischen-Personals (PTF). Die Kolleg_innen in Hamburg nehmen bundesweit eine Sonderrolle ein, die sich im Zusammenhang mit der Inklusion herausgebildet hat. Sie arbeiten nicht als Externe an Institutionen, die mit Schulen kooperieren, wie in allen anderen Bundesländern üblich und wie es vor der Inklusion auch in Hamburg organsiert war, sondern in den Schulen in den von uns favorisierten multiprofessionellen Teams vor Ort.

Dies hat zur Folge, dass sich die Grenzen in den Tätigkeitsbereichen zwischen den Professionen zunehmend verwischen. Durch die tarifliche Aufwertung der Erzieher_innen ist es nun zu deutlich wahrnehmbaren Gehaltsunterschieden zwischen diesen und dem PTF-Personal gekommen (s. dazu S. 27), was dauerhaft zu Unmut bei den Kolleg_innen des PTF’s geführt hat. Dies sei u.a. der Grund für das gewerkschaftliche Engagement gewesen, das ihn nun veranlasst habe, für das Amt des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden zu kandidieren, so Bodo in seiner Bewerbungsrede. In seiner Rolle als Mitglied im Vorsitzendenteam sehe er sich aber nicht nur verpflichtet, die Interessen seiner Berufsgruppe zu vertreten. Genauso wichtig sei ihm, die Bildungsgerechtigkeit voranzutreiben. Er sei überzeugt davon, dass dies der Dreh- und Angelpunkt aller bildungspolitischen Maßnahmen sei. Deshalb sei es ihm wichtig zu betonen, dass es ihm neben der angesprochenen Tarifangleichung bei den „vergessenen“ Therapeut_innen und Vorschullehrer_innen auch „um die Weiterentwicklung des Schulsystems in Richtung ‚einer Schule für alle‘ sowie den Ausbau eines adäquaten Gesundheitsschutzes und der Mitbestimmung an Schulen“ gehe.

Alle drei Kandidat_innen hatten in ihren Reden betont, dass sie sich als Teamplayer_innen betrachten und der Erfolg ihrer Arbeit letztendlich davon abhänge, ob und in welchem Maße es ihnen gelinge, die Kolleg_innen davon zu überzeugen, dass nur ein kollektives Eintreten für die gemeinsamen Interessen den politischen Gegner dazu bringen könne, Zugeständnisse zu machen. „Ich weiß natürlich, dass der GEW-Vorsitz keine Hängematte ist. Ganz im Gegenteil. Ich hoffe auf bewegende und bewegte Zeiten,“ so hatte es Sven in seiner Bewerbungsrede formuliert.

JOACHIM GEFFERS

Nach den Ferien
Fortsetzung in präsenz

Analoger Gewerkschaftstag am Montag, 20. September im Curio-Haus von 9 bis 16 Uhr.

Antragsfristen: 8.8.21 für satzungsändernde und 22.8. für andere Anträge (Eingang in der Geschäftsstelle).

Aufgrund der technischen Schwierigkeiten unseres im Mai durchgeführten Gewerkschaftstages in digitaler Form werden die Antragsberatungen und die diesbezüglichen Beschlüsse am ausgewiesenen Tag nachgeholt. Einladungen und Materialien werden den Teilnehmenden rechtzeitig zugesandt.

DIRK MESCHER
Geschäftsführer

VORSITZENDE

Perspektivwechsel

Interview über die Herausforderungen in ihrer neuen Rolle

***hlz:** Was hat euch motiviert, die Aufgabe als Vorsitzende zu übernehmen?*

Bodo: Nachdem ich in den letzten Jahren in unterschiedlichen Gremien der GEW mitgearbeitet bzw. sie auch geleitet habe, finde ich das für mich jetzt den richtigen Schritt. Politisch finde ich es, gerade im Moment, wo Schule aus Behördensicht immer wieder nur über Unterricht und Lehrkräfte definiert wird, richtig, wenn auch andere Kolleg_innen im Vorsitz der GEW sind.

Yvonne: Die Pandemie hat auch den Bildungsbereich aufgerüttelt, gibt neue Perspektiven und fordert zum Perspektivwechsel heraus. Ich mag Herausforderungen, ich stelle mich ihnen und gehe kreativ und strukturiert an Sachen ran! Und im Team des GPR, in dem ich bereits seit einigen Jahren mit Sven und Bodo zusammenarbeiten konnte, habe ich gemerkt, dass wir uns gut ergänzen.

Sven: Ich möchte mit der GEW weiterhin für mehr Gestaltungsspielräume und gute Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich kämpfen. Deshalb möchte ich an die gute Arbeit des bisherigen Vorsitzendenteams anknüpfen und die Themen weiterentwickeln und bringe mich gerne weiter mit meiner Expertise und mein Engagement ein. In meiner Berufsbiographie hat der Teamgedanke schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Deshalb war es für mich auch klar, dass wir zusammen als Team antreten: Gemeinsam kann man mehr erreichen!

***hlz:** Was wollt ihr anders machen als eure Vorgänger_innen?*

Bodo: Mir geht es so, dass da erstmal große Fußstapfen hinterlassen werden, in die ich vorhabe reinzuwachsen. Auch als PTFler z. B. habe ich mich von den Hamburger Vorsitzenden gut vertreten und angesprochen gefühlt. Gleichzeitig habe ich die klare, freundlich, aber in der Sache bestimmte Art sehr geschätzt. Das möchte ich gerne so weiterführen. Gleichzeitig gibt es bestimmt Dinge, die nicht so gut gelaufen sind und die – vielleicht auch nur bei mir – jetzt erst aufploppen werden. Da gilt es dann, weiter dran zu arbeiten.

Yvonne: Ich finde es super, dass wir mit Sven einen Vorsitzenden haben, der in sein Wahlamt bereits hineingewachsen ist und deshalb die besten Voraussetzungen mitbringt, um den Übergang von einem ins andere Team prima zu gestalten. Diese Möglichkeiten der Anknüpfung und Einarbeitung in gewerkschaftliches Arbeiten müssen wir ausbauen, wir müssen die Übergänge gestalten und Strukturen angehen, um die Bedingungen des gewerkschaftlichen und schulpersonalrätlichen Engagements zu verbessern. Dies hat das vorherige Vorsitzenden-Team bereits gemacht, aber die Umstände haben sich gerade durch die Erfahrungen mit der Pandemie stark verändert. Wir werden deshalb aus gegebenem Anlass Einiges anders machen und dies als Chance nutzen für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich, bildungspolitisch, aber eben auch innergewerkschaftlich.

Sven: Da ich ja auch so etwas wie mein eigener Vorgänger bin, würde ich die Arbeit gerne fortsetzen. Durch das neue Team werden wir aber sicher auch neue Schwerpunkte setzen, zum Beispiel im Arbeits- und Gesundheitsschutz oder in der Arbeit für Multiprofessionalität. Natürlich bleiben die Themen Arbeitszeit und Arbeitsbelastung der von uns vertretenen Beschäftigtengruppen von zentraler Bedeutung, genauso das Thema Bildungsgerechtigkeit

***hlz:** Was bringt ihr als erfahrene Mitglieder des Gesamtpersonalrats in die neue Aufgabe mit ein?*

Bodo: Sicherlich Einblick in manche Abläufe und Strukturen in der Behörde und das Wissen, dass dort auch Menschen sitzen. Im GPR lernt man schnell, dass man Ausdauer braucht, um Veränderungen zu erreichen und sich vieles nicht durch das Personalvertretungsgesetz regeln lässt. Das macht auch noch mal Lust, es von der gewerkschaftlichen Seite anzugehen.

Yvonne: Genau diese Verbindung von gesetzlicher Regelung und gewerkschaftlicher Solidaritätsarbeit, die Bodo anspricht, haben wir im GPR ja auch bereits praktiziert: Gerade im letzten Jahr, als neben dem Infektionsschutz in den Schulen der Arbeitsschutz als Stiefkind in den Dienststellen nochmals deutlich hervortrat, war die Zusammenarbeit mit den Schulpersonalräten wichtig. Der gewerkschaftliche Blick stützt und prägt die Personalratsarbeit natürlich massiv. Dass ich unsere Erfahrungen in die GEW konstruktiv einfließen lassen konnte und somit auch jeweils von personalrätlicher Seite aus klären konnte, wo Rückhalt der GEW nötig ist, ist eine wichtige Erfahrung.

Sven: Naja und natürlich ein gehöriges Maß an Beharrlichkeit, hohe Frustrationstoleranz und viel Humor. Nein, im Ernst: durch das intensive Zusammenwirken der verschiedenen Professionen und Schulformen ergeben sich immer wieder neue Perspektiven auf die jeweiligen besonderen Problemlagen. Das erweitert m.E. den Blick auf die einzelnen Beschäftigtengruppen und sensibilisiert für die spezifischen Probleme und Herausforderungen der einzelnen Schulformen. Für die Arbeit als Gewerkschaftsvorsitzende kann das ja nur hilfreich sein.

***hlz:** Gibt es Dienstvereinbarungen, die neu auf den Weg gebracht werden sollten oder novelliert gehören, bsp. die DV zur Arbeitszeitverordnung?*

Bodo: Die DV zur Arbeitszeitverordnung PTF ist ganz ok. Das Problem der geringen Zeiten für Kommunikation und Vor- und Nachbereitung ist durch die gleichzeitig veröffentlichte Dienstanweisung entstanden. Da war der GPR ja nicht in der Mitbestimmung. Die Dienstanweisung ist von der GEW deswegen stark kritisiert worden. Da müssen wir auch dranbleiben! Das gleiche Problem hat ja das Lehrkräftearbeitszeitmodell, das zwar nie auskömmlich war, aber bei dem mittlerweile Maß und Mitte verloren gegangen ist.

Yvonne: Bereits auf unserem Gewerkschaftstag habe ich eine einfache Logik herangezogen: Wer Leistung will, muss Gesundheit fördern! – Wenn die Arbeitszeit, wie z.B. in der Lehrkräftearbeitszeitverordnung, auskömmlich geregelt wird und die Entgrenzung der Arbeit auch durch die ständig neu hinzukommenden Aufgaben und Anforderungen zu einer Art behördlichen „Normalität“ geworden ist, muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders stark werden. Wenn dann noch durch die Digitalisierung das mobile Arbeiten zunimmt, müssen die Arbeitsbedingungen und möglichen gesundheitlichen Belastungen und Gefahren in den Fokus gerückt werden. Dies hat der GPR für sich im Blick –, die Dienststellen

Fotos: hlz/Jamil Jalla

„Wer Leistung will, muss Gesundheit fördern!“ Yvonne Heimbüchel

aber leider immer noch nicht so, wie es sich gehörte! Aber auch daran arbeiten die Kolleg_innen im GPR und den schulischen Personalräten.

Der GPR befindet sich allerdings gerade in Verhandlungen zu diversen Prozess- und Dienstvereinbarungen mit der BSB zu den unterschiedlichsten Digitalisierungsthemen.

***hlz:** Du, Sven, bist Sonderpädagoge und hast von Anbeginn des Inklusionsvorhabens diesen Prozess kritisch begleitet. Wo stehen wir aktuell, wo liegen die größten Defizite und was muss getan werden, um den Ansprüchen einer gelungenen Inklusion zu genügen?*

Sven: Diese Frage kann ich natürlich in der gebotenen Kürze nur schlaglichtartig für den Bereich Schule beantworten. Bei den Ressourcen konnten wir als GEW durch unser politisches Engagement und harte Verhandlungen vieles von unseren Forderungen – nach mehr Personal, Barrierefreiheit, bessere Therapie- und Pflegemöglichkeiten und Einiges mehr – durchsetzen. Hier sei nochmal an unsere Forderung nach 550 zusätzlichen Stellen für die Inklusion erinnert. Natürlich ist noch Vieles im Argen, und bei den Personalressourcen ist natürlich immer Luft nach oben. Aber ohne unser Engagement wären wir heute längst nicht so weit. Die politisch Verantwortlichen mussten verstehen, dass Inklusion ohne weitere Ressourcen nicht zu machen ist, das ist für mich ein wichtiges Ergebnis! Natürlich müssen wir weiterhin die Arbeitsbedingungen an den Schulen kritisch im Blick haben, dies gilt natürlich genauso für die ReBBZ, den speziellen Sonderschulen und den überregionalen Bildungs- und Beratungszentren. Auch hier bedarf es dringend zusätzlicher Ressourcen!

Inhaltlich haben wir ja mit unseren Leitlinien für gute Bildungspolitik in Hamburg unsere Forderungen benannt: U.a. die Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen, die Einführung eines Fördermonitorings und die Überprüfung der aktuellen LSE-Diagnostik am Ende der 4. Klassenstufe, die Weiterentwicklung von Therapie und Pflege. Das sind alles ambitionierte inhaltliche Projekte und ganz schön dicke Bretter, die wir da weiterhin mit unseren Bündnispartnern bohren müssen. Wenn wir teilhaberelevante Bildungsangebote, auch unter erschwerten Bedingungen, für spezifische Zielgruppen in Anerkennung ihrer sozialen und persönlichen Lebenslage flächendeckend und gleichwertig ermöglichen kön-

nen und für jedes Kind und jeden Jugendlichen ein passendes Lernangebot vorhalten können, dann wären wir schon einen guten Schritt weiter.

hlz: *Du, Yvonne, hast dich stark im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes engagiert. Was ist das vorrangige Ziel, das du nun GEWseitig verfolgen wirst?*

Yvonne: Wie ich bereits sagte: Wer Leistung will, muss Gesundheit fördern! Und dies in ALLEN Bereichen, denn der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein zentrales Querschnittsthema, an dem man auch und gerade in diesen Zeiten nicht herumkommt. Ich habe mich hier vielfach auf Fortbildungen mit Gewerkschaftskolleg_innen (auch aus anderen Gewerkschaften) in Hamburg und auf Bundesebene ausgetauscht – wir alle stehen vor den gleichen Herausforderungen. Darin sehe ich eine große Chance! Denn gerne rückt der Arbeits- und Gesundheitsschutz bei den Verantwortlichen (und manchmal auch bei den Beschäftigten) in den Hintergrund. Vielleicht, weil er zu zeit- oder kostenaufwändig erscheint, vielleicht weil er einem bei den vielen neuen Möglichkeiten, die sich gerade so bieten oder den scheinbaren Notwendigkeiten, die gerade so anstehen, nicht als Erstes in den Sinn kommt. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz erscheint leider häufig eher als kurzfristiger Bremser und nicht als – wie es eigentliche seine Natur wäre – in jedem Fall langfristiger Gewinn. Und er gehört so selbstverständlich zum salutogenen Leistungshandeln wie das „Guten Morgen“ zu den Beschäftigten! Mein vorrangiges Ziel ist es also, hier die Verantwortlichen zu einem Paradigmenwechsel zu bewegen, um Aussagen wie: „Natürlich ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz beachtlich!“ und unlautere Aussagen: „Es sind doch erwachsene Menschen, die wissen, wie man sich gesund erhält und schützt“, als Lippenbekenntnisse bloßzustellen.

Ich möchte Strukturen befördern, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz besser zu organisieren, um alle Mitspieler_innen in diesem Bereich in gleicher Zielrichtung miteinander zu vernetzen. Hierfür muss der allgemeine Gesundheitsschutz (AGS) von der Basis aus gestärkt und der Kontakt zu den aufsichtsführenden Akteuren gestaltet werden.

Ich möchte, dass unsere Beschäftigten sich nicht in einem Klima der Angst wie im Hamsterrad immer weiter selbst ausbeuten, sondern den strukturellen Druck, der auf allen Beteiligten liegt, wie in einer guten Gefährdungsbeurteilung analysieren, dokumentieren und mit einzelnen Maßnahmen angehen.

hlz: *Wenn aktuell nun der Präsenzunterricht wieder stattfindet, ist damit die Infektionsgefahr ja nicht aus der Welt. Welche Anforderungen müssen nun an den Gesundheitsschutz gestellt werden?*

Yvonne: Das Spannende ist, dass m.E. momentan ja auf den Infektionsschutz geachtet, aber der Arbeitsschutz in vielen Fällen vernachlässigt wird. Zu unterscheiden sind hier z.B. Maskenpflicht (Aerosolminimierung/Infektionsschutz) und Maskenerholung (Sauerstoffzufuhr/Arbeitsschutz) oder häufiges Lüften (Aerosolminimierung/Infektionsschutz) und Vermeidung von dauerhaftem Durchzug (muskuläre Verspannungen/Arbeitsschutz). Bei der Einführung der Infektionsschutzmaßnahmen wurde nicht beurteilt, welche Gesundheitsgefahren diese Maßnahmen für die Menschen vor Ort ggf. zur Folge haben könnten. Es wurden wohl Begehungen gemacht, um zu prüfen, ob alle Fenster ausreichend zu öffnen sind. Doch blieb der Blick auf die Gesundheitsgefahren für die Beschäftigten und Schüler_innen besonders im Winter in manchmal schlecht zu heizenden Räumen unzureichend.

Es ist also wichtig, gemeinsam die Gefahren in den Blick zu nehmen und sie mittels gezielter Maßnahmen zu vermeiden. Gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilungen binden die Beschäftigten als Betroffene unter Beteiligung einer geschulten sicherheitsbeauftragten Person und der Personalräte ein und sind demgemäß sach- und fachgerecht durchzuführen. Hier haben Personalräte anders als Betriebsräte zunächst nur eine Mitbestimmung bezüglich der Maßnahmen. Es ist also im ersten Schritt eine Frage der Verantwortung und der Strukturen. Und es muss allen Akteuren die Zeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz eingeräumt werden – ein Schnellschnell birgt langfristige Nachteile für den AGS und somit für alle an Bildung Beteiligten! Dies sehen wir leider immer wieder, so dass die GBU mittlerweile als zahnloser Tiger gilt, der sie keinesfalls ist! Wenn es schnell gehen muss, können Gefährdungsbeurteilungen angepasst werden, aber dürfen niemals unberücksichtigt bleiben.

Um dies zu gewährleisten, muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz einen festen Platz und feste Organisationsstrukturen vor Ort erhalten. Arbeitsschutzausschüsse vor Ort, geschulte und aktive Sicherheitsbeauftragte, fortgebildete Leitungskräfte und nicht zuletzt gestärkte und unterstützte Beschäftigte wären hier als Minimum zu nennen.

hlz: *Bodo, Du vertrittst nun an der GEW-Spitze u.a. einen Bereich, die Mitglieder des Pädagogisch Therapeutischen Personals, der bislang noch im Schatten stand. Auf welchen Aspekt willst du vorrangig dein Augenmerk lenken?*

Bodo: Ganz im Schatten stand er ja nicht. Es gibt schon lange die PTF Fachgruppe in der GEW. Gerade die Einführung der Dienstzeitregelung 2018 wurde und wird von der Fachgruppe, aber auch der ganzen GEW sehr kritisch begleitet. Das pädagogisch-therapeutische-Fachpersonal mit den unterschiedlichen Professionen war bei den Warnstreiks und den Tarifverhandlungen der letzten 10 Jahre sehr sichtbar und lautstark.

Aber du hast natürlich recht, da geht noch mehr. Und das muss es auch: Ich sehe hier im Moment drei große Themen:

Das erste, das jetzt auch gleich ansteht, sind die Tarifverhandlungen im Herbst. Hier wird sich die Hamburger GEW natürlich ganz stark dafür einsetzen, dass es endlich zu einer finanziellen Gleichstellung der schulischen Therapeut_innen mit den ihnen früher gleich gestellten Erzieher_innen kommt. Ich schließe hier gleich die Vorschullehrer_innen mit ein. Sie fallen sowohl aus der JA13-Kampagne bzw. der -Regelung als auch aus dem Sozial- und Erziehungsdienst heraus. Das werden zwei Themen, die Hamburg in die Tarifverhandlungen einbringen wird. In Hamburg ist dafür auch schon gut vorgearbeitet worden. Trotzdem wird es auf Bundesebene nicht leicht werden.

Das zweite Thema haben wir schon besprochen. Die Dienstanweisung gehört auf jeden Fall verbessert. Insbesondere was die Auskömmlichkeit der K-Zeiten angeht. Dabei möchte ich hier aber noch einmal erwähnen, dass es für die Schulleitungen durchaus Möglichkeiten gibt, diese auskömmlicher zu gestalten. Die Dienstanweisung gibt es durchaus her, z. B. Kommunikationsthemen in die Bedarfszeit (B-Zeit) zu verlagern. Die Schulleitung muss es aber auch wollen!

„Es muss endlich zu einer finanziellen Gleichstellung der schulischen Therapeut_innen mit den ihnen früher gleich gestellten Erzieher_innen kommen.“ Bodo Haß

Und damit sind wir schon im dritten Thema: Den Platz, den unsere Arbeit als PTF in der Schule und in der Schulöffentlichkeit einnimmt; und der gebraucht wird, damit wir in den Schulen sinnvoll und professionell wirken können. Gerade in diesem Jahr der Pandemie wurde immer wieder deutlich, dass viele Kolleg_innen an manchen Schulen zwar gern genutzte Lückenstopfer waren. Gleichzeitig werden unsere Profession und unsere Aufgaben von der BSB häufig gar nicht mitgedacht. Das geht damit los, dass bei der jetzt geplanten Einführung für Dienstgeräte für Kolleg_innen immer nur von Lehrkräften und am Unterricht beteiligten Personen die Rede ist. Wer in Schule ist denn nicht am Unterricht beteiligt? Wenn es tatsächlich Kolleg_innen im PTF gibt, die das nicht sind, sollen die dann aus der „Digitalsierungsstrategie“ herausfallen? Sollen sie nicht mit den Schüler_innen und Kolleg_innen kommunizieren? Das macht mich ehrlich wütend.

Schon fast lustig ist es, wenn es verpflichtende „Schnelltests“ für Lehrkräfte während des Präsenzunterrichtes gibt und sie für das PTF weiter freiwillig sind. Natürlich gibt es Kolleg_innen, die sich nicht testen wollen und die darüber froh sind. Aber als Konzept zeigt das doch wieder, dass wir nicht mitgedacht wurden.

Natürlich hat sich die BSB auch weiterentwickelt. Es gibt eine PTF-Grundsatzreferentin, die auch viele Dinge angeht. Im Frühjahr gab es den Brief aus der Behörde an alle PTF-Kolleg_innen. Aber es ist noch viel Arbeit von allen nötig, damit von allen das PTF als eine tragende, wichtige Säule des Hamburger Schulsystems angemessen beachtet wird.

Aber ich möchte noch einmal weg vom PTF bzw. von mir als Physiotherapeuten an einer Schule. Das ist ja nur ein kleiner Teil des PTF. Dass ich jetzt in den Vorsitz der Hamburger GEW gewählt wurde, ist ja auch der Ausdruck davon, dass die GEW ein „ganz schön bunter Haufen“ geworden ist und auch nicht nur an Schulen ihr Zuhause hat. Dafür möchte ich selber den Blick offen haben und dies auch nach außen vertreten. Wenn wir gemeinsam Dinge erreichen wollen, müssen wir die einzelnen, manchmal sehr kleinen Berufsgruppen in der GEW im Blick behalten und mitnehmen; gleichzeitig aber auch einen Blick auf „das Ganze“ und die Themen, die alle gleich angehen, haben. Das ist nicht immer einfach, aber das finde ich wichtig.

„Erst einmal muss das Soziale im Vordergrund stehen, bevor business as usual weitergehen kann." Sven Quiring

Damit stehen wir in Hamburg ja nicht allein. Das Thema gibt es genauso auf Bundesebene.

hlz: *Als Bildungsgewerkschaft vertreten wir neben den klassischen Bereichen aus Schule und Kita zunehmend Kolleg_innen auch aus den Bereichen Hochschule und Erwachsenenbildung. Welche Rolle spielen diese Bereiche in euren Überlegungen? Auch Studies, Junge GEW, kritische Stimmen, die nicht mehr auftauchen, nicht zu vergessen.*

Sven: Diese Bereiche haben wir natürlich im Blick! Wir unterstützen sie systematisch und wollen auch insbesondere an der Vernetzung mit den anderen Bereichen arbeiten. Das gilt natürlich auch für die Junge GEW, die Studierenden und die Betriebsgruppe Ruheständler_innen.

hlz: *In Sachen Arbeitszeit zeigte sich der Senator bislang hartleibig. Was gedenkt ihr in dieser Sache zu unternehmen? Es gibt ja immer noch den GEW-Beschluss: „Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse" gegenüber der Vorstellung, weiter am AZM herumzufrickeln, sprich: Kampf um WAZ. – Kann man mit dem Widerspruch leben?*

Sven: Mit diesem Widerspruch leben unserer Mitglieder in den Schulen ja schon seit 2003! Beides ist wichtig: das AZM grundlegend zu kritisieren und seine Problematiken aufzuzeigen, aber auch, an allen Schulen konkrete Verbesserungen einzufordern und zu erstreiten. Das gilt gerade auch in der Pandemiesituation. Um es klar zu sagen: Für uns ist die Arbeitszeit- und Belastungssituation an den Schulen nicht hinnehmbar. Wir suchen mit den Kolleg_innen nach bekannten und auch nach neuen Wegen, z. B. über den Gesundheitsschutz, um Verbesserungen durchzusetzen.

hlz: *Der JA13-Erfolg ist noch sehr frisch. Das Geld ja auch noch nicht auf den Konten der Kolleg_innen. Was plant ihr, wie man diesen Sieg für die GEW noch stärker nutzbar machen kann?*

Sven: Da haben wir als GEW HH tatsächlich einen großen Erfolg erkämpft. Ab dem neuen Schuljahr wird endlich die erste Stufe umgesetzt. Wir wollten das eigentlich gebührend in der „Nacht der GEW" am 4.6.21 feiern, aber das musste auf 2022 verschoben werden. Aber natürlich werden wir die einzelnen Stufen der Umsetzung nicht nur pressemäßig begleiten.

hlz: *In der Amtszeit eurer Vorgänger_innen gab es einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Wie wollt ihr diese Erfolgsspur weiterverfolgen?*

Sven: Wir sind als GEW eine Mitmachgewerkschaft und leben von unseren aktiven Mitgliedern. Diese müssen wir in ihrer Arbeit und in ihrem Engagement stärken. Daher legen wir einen besonderen Fokus auf die Arbeit in den und mit den Betriebsgruppen. Wir haben in den letzten Jahren schon viele vor Ort auf unserer Betriebsgruppentour besucht. Das möchten wir nach der Pandemie verstärken. Wir bieten an, Betriebsgruppen bei ihrer Gründung zu unterstützen, die Vorsitzenden und die Referent_innen zu Vorträgen und Diskussionen vor Ort einzuladen. Wir wollen auch hauptamtliches Personal zur Gewinnung und Aktivierung von Mitgliedern ausbauen, gerade im schulischen Bereich, wo in den nächsten Jahren ein deutlicher Personalaufwuchs geplant ist.

hlz: *Anderthalb Jahre Pandemie haben Spuren hinterlassen. Was sollte deshalb jetzt im Vordergrund stehen?*

Sven: Da sind wir alle drei d'accord: Es wird jetzt wichtig sein, Schule als sozialen Ort wieder zu öffnen und gemeinsam zu Er-leben. Natürlich sind im letzten Jahr auch Wissenslücken entstanden und die – zumindest weitestgehend – auch aufgeholt werden müssen, aber das Soziale muss erst einmal im Vordergrund stehen, bevor business as usual weitergehen kann.

hlz: *Na, dann hoffen wir mal, dass vom usual so viel wie möglich auf der Strecke bleibt.*

Wir danken für die Beantwortung der Fragen, die schriftlich gestellt wurden.

DIE REDAKTION

BUNDESGEWERKSCHAFTSTAG

Anja gewählt

Unsere ehemalige Vorsitzende überzeugte die Delegierten

Die Delegierten des pandemiebedingt online stattfindenden höchsten Gremiums der GEW wählten unsere langjährige Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze zur Leiterin des Bundes-Vorstandsbereichs Schule. Anja gelang es, eine Mehrheit der Delegierten von ihrer Kandidatur zu überzeugen. Sie will die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundes GEW verbessern und neu ausrichten. Hierzu soll das schulpolitische Programm der GEW erneuert und in einem breiten Beteiligungsprozess aktualisiert werden. Regionalkonferenzen wären dafür ein geeignetes Mittel. Bildungspolitik und Gewerkschaftspolitik sollen dabei gleichwertige Bereiche sein.

In ihrer Amtszeit will Anja die kritische Lobbyarbeit gegenüber der KMK verstärken, um GEW Positionen dort wirksamer zu machen. Sie steht auch für neue breitere Bündnisse, etwa im Bereich Inklusion, unter Beteiligung von Verbänden, Eltern- und Schüler_innenorganisationen. Diese Ansätze in Richtung schulpolitischem Aufbruch stärkten die Delegierten mit ihrer Wahl. JG

Foto: GEW

Wir wünschen der frisch Gewählten im Bundesvorstand den gleichen kämpferischen Elan, wie wir ihn in Hamburg erleben konnten: Anja 2018 vor dem Rathaus anlässlich unserer Demonstration für gleiche Bezahlung aller Lehrer_innen im Rahmen der Kampagne JA13

Foto: Yvonne Hembüchel

Ganz nah dran

Mein Präsidiums-Arbeitsplatz vor Ort beim Bundesgewerkschaftstag in Leipzig: Die Messehallen riesig, die Spannung gewaltig, die Kandidatin großartig!

Anja saß mir bis zu ihrer Wahl gegenüber, im Block der Kandidat_innen und der Wahlkommission. Kurz vor Beginn des Gewerkschaftstages, das Online-Vorprogramm noch auf den Bildschirmen, besuchte sie mich am Präsidumspult für einen kurzen Plausch und ein Winken, welches wir den Delegierten als Gruß aus der Halle zusendeten.

Die Moderation des Wahlvorgangs zum VB Schule, für den Anja kandidierte, übernahm ein anderes Präsidiumsmitglied, so dass ich alle Zeit zum Daumendrücken und Klatschen hatte.

Auf ihrem neuen Sitzplatz als neugewähltes Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands konnte ich sie hinter dem dicken Blumenstrauß, den sie zu den vielen herzlichen Glückwünschen zu ihrer erfolgreichen Wahl erhalten hatte, später kaum noch sehen.

YVONNE HEIMBÜCHEL
Präsidumsmitglied des GEW BGT 21 in Leipzig

Fotos: Kay Herschelmann

„Bildung muss krisenfest gemacht werden", dafür hat sich die GEW während des 29. Gewerkschaftstages stark gemacht. Dies will die neugewählte Vorsitzende der GEW-Bund, Maike Finnern, anschieben

Sechs Forderungen zur Stärkung des Bildungssystems

Unter dem Motto „Bildung krisenfest machen" hat die neue GEW-Vorsitzende Maike Finnern ein Sechs-Punkte-Programm vorgestellt. Um mehr Geld in Bildung investieren zu können, fordert die Gewerkschaft auch eine Coronaabgabe für Superreiche

Mit einem Sechs-Punkte-Programm will die GEW Lehren aus der Coronapandemie ziehen und die akuten Schwächen des deutschen Bildungssystems beseitigen. Wichtige Stichworte des Programms, um Bildung krisenfest zu machen, sind: Aufhebung des Kooperationsverbots, Reform der Steuerpolitik, mehr Fachkräfte, Auflösung des Investitionsstaus, Ausbau der digitalen Infrastruktur, Qualität im Ganztag und mehr politische Bildung.

Schon bei ihrer Wahl am Donnerstag kündigte Finnern Bildungsgerechtigkeit als ein Schwerpunktthema an. Bei der Pressekonferenz zum Abschluss des 29. Gewerkschaftstages am Freitag bekräftigte sie: „Die mangelnde Chancengleichheit ist und bleibt die Achillesferse des Bildungswesens. Es ist absolut inakzeptabel, wenn die Postleitzahl über die Bildungschancen der Menschen entscheidet."

Um die Unterfinanzierung des Bildungswesens zu beenden, will die GEW einkommensstarke Schichten mehr in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Sie plädiert für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Coronaabgabe für Superreiche. Zudem müssten die Schuldenbremse ausgesetzt und die Rückzahlung der Coronakredite zeitlich erheblich gestreckt werden.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessern

Die Arbeitsbedingungen von Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern müssten deutlich verbessert werden, um gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Gleichzeitig seien die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen.

Um den Investitionsstau an Schulen und Hochschulen in Milliardenhöhe aufzulösen, schlägt die Bildungsgewerkschaft ein auf zehn Jahre ausgelegtes Bundesprogramm zur Sanierung von Bildungsgebäuden vor. Für einen stärkeren Ausbau der digitalen Infrastruktur sei der Digitalpakt Schule aufzustocken, zu verstetigen und auf andere Bildungsbereiche auszuweiten.

Den Ausbau des Ganztags will Finnern mit einer Qualitätsoffensive verbinden. Um rechtsextremen Parteien, Ideologien und Verschwörungsmythen etwas entgegenzusetzen, fordert sie mehr politische Bildung von der Schule bis zur Weiterbildung. „Eine demokratische, antifaschistische Gesellschaft zu festigen, ist Aufgabe der Bildung und gehört zum Selbstverständnis der GEW."

Geschäftsführender Vorstand komplett

Die GEW hat einen neuen Vorstand: Maike Finnern an der Spitze der Gewerkschaft. Dem Gremium gehören vier weitere neugewählte Mitglieder an, drei Mitglieder wurden von den Delegierten des 29. Gewerkschaftstages in ihren Ämtern bestätigt

Der achtköpfige Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist jetzt komplett. Die Delegierten wählten auf dem virtuellen Gewerkschaftstag in Leipzig, der unter dem Motto „Bildung. Weiter denken!" stand, als

Vorsitz: Maike Finnern
Stellvertretung: Andreas Keller
Finanzen: Nick Strauss
Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik: Frauke Gützkow
Tarif- und Beamtenpolitik: Daniel Merbitz
Jugendhilfe und Sozialarbeit: Doreen Siebernik
Schule: Anja Bensinger-Stolze
Hochschule und Forschung: Andreas Keller
Berufliche Bildung und Weiterbildung: Ralf Becker

TEXTE: HOMPAGE GEW-BUND

Der Geschäftsführende Vorstand ist komplett! Die neue Vorsitzende Maike Finnern hat es auf dem #GEWTAG21 mit einem Selfie festgehalten

Foto: Wolfgang Svensson

SCHULE NACH CORONA

Freude und Angst

Ein Hamburger Schüler einer 7. Klasse auf die Frage, ob er sich freue, wenn er wieder zur Schule gehen könne: „Nein, überhaupt nicht, die Lehrer haben uns schon angekündigt, dass wir dann unheimlich viele Klassenarbeiten schreiben werden."

„Ich bin aufgeregt wegen ….

ich treffe wieder meine Freunde und auch die Leute von anderen Klassen ..."

„Wenn man im Video-Call ist, dann kann man den Lehrer nicht so gut hören und man kann besser fragen, was man nicht versteht ..."

„Meine Noten sind schon schlechter geworden in meinem Halbjahreszeugnis..."

„ Ich find's richtig gut, weil …. meine Freunde wiederzusehen, meine Lehrerin wiederzusehen ..."

„Meine Freunde, meine Klasse, meine Lehrer die habe ich schon etwas vermisst..."

„Das war ein bisschen langweilig, die ganze Zeit am Computer zu sitzen, die ganze Zeit die Videokonferenzen zu haben …."

„Und wenn dann mal das Internet zusammenbricht, dass ich dann nichts mitbekomme ..."

„Also hier kann ich besser schreiben und zu Hause war ich immer abgelenkt."

Interviews mit Hamburger Schüler_innen, aus der Sendung: NDR – Hamburgjournal am 7.6.21

KESS

Aufstieg in den Keller

Sparprogramm der Behörde auf Kosten von Kindern, Eltern und Schule – Offener Brief der Betriebsgruppe der Grundschule Brehmweg

Für unsere Grundschule in Stellingen ist die Anpassung des Sozialindexes von KESS 2 auf KESS 4 eine Katastrophe. Nicht nur in Coronazeiten, aber besonders jetzt ist es nicht gerecht, Ressourcen abgeben zu müssen, da diese sowie schon sehr knapp verteilt werden. Die Probleme von Schule sind nicht erst durch die Pandemie entstanden, sie wurden dadurch bloß verstärkt. Das aktuelle Vorgehen aufgrund der ‚Berechnung' des Sozialindex wird es weiter verstärken!

Nach zwei Schuljahren mit Lockdown (im Schuljahr 2019/2020 fast ein halbes Jahr kein regulärer Unterricht: von März bis Mitte Mai 2020 kein Präsenzunterricht, ab Mitte Mai dann ein Tag pro Woche pro Klasse; im Schuljahr 2020/2021 von August bis Mitte Dezember 2020 Präsenzunterricht, dann 2,5 Monate Distanzunterricht und ab Mitte März 2021 im Hybridunterricht) stellen wir Lehrkräfte diverse Lücken fest. Viele Kinder haben zwar am Distanzunterricht online teilgenommen und wir als Schule haben ein sehr gutes Konzept umsetzen können, trotzdem zeigt sich, dass der Unterrichtsstoff bei weitem nicht verfestigt werden konnte. Guter Unterricht ist nicht durch online Unterweisung zu ersetzen.

Jetzt haben wir in der Zeit des Hybridunterrichts in Kleingruppen die Möglichkeit, ein wenig vom Versäumten aufzuholen, in dem wir alle Stunden (Förder-, Forder-, Fachunterricht…) nutzen, um intensiv mit den Kindern zu arbeiten und uns ihren Defiziten zu widmen. Im Wechselunterricht bemerken wir, wieviel ruhiger es zugeht, wieviel effektiver gelernt werden kann. Es gibt Zeit und Raum für jedes Kind. Wir können gegebenenfalls Halbgruppen nochmal teilen, um auch Kinder, die im Lockdown zu den Verlierer_innen gehören, wieder zum Arbeiten zu animieren. Das geht, weil wir zurzeit relativ gut ausgestattet sind mit Personal und kleine Klassen mit maximal 19 Kindern haben. So läuft das Aufholen auch, obwohl wir kaum Gruppenräume haben, in denen wir uns Teilgruppen widmen können. In unseren schulischen Beratungsrunden fällt immer wieder der Satz: ‚Jetzt im Wechselunterricht läuft es mit Schüler_in XY zurZeit etwas besser.'

Daran wird deutlich, wieviel ruhiger und auch lerneffektiver der Schulalltag ablaufen kann, wenn einfach weniger Kinder da sind. Dies geht zu Gunsten der Kinder, die Unterstützung benötigen. Kess hin oder her, wir haben davon genügend Kinder. Auch alle anderen Kinder und die Klassengemeinschaft profitieren davon stark.

Durch die Pandemie haben wir alle verstärkt bemerkt, dass die Kinder, die zu Hause Unterstützung bekommen können, natürlich besser abschneiden. Fehlende Ressourcen an unserer Schule werden somit den Negativeffekt (Kinder, denen zu Hause die Unterstützung fehlt, rutschen weiter ab) noch weiter verstärken.

Der kommende Jahrgang wird schon bei der Einschulung wesentlich weniger KiTa- und/oder VSK-Zeiten gehabt haben als jeder andere Jahrgang in diesem Jahrhundert.

Und nun, wo wir alle wissen, dass unsere Grundschulkinder wesentlich weniger unterrichtet wurden als vor 2020, dass große Lücken entstanden sind, sollen wir ab Sommer 2021 viel größere Klassen und wesentlich weniger Lehrer_innenstunden, Förderstunden, sonderpädagogische Stunden haben und als Lehrkräfte für unsere Arbeit noch weniger WAZ bekommen als vorher. Das ist das Dankeschön der Behörde für unsere Arbeit in

Die Betriebsgruppe der Ida Ehre Schule schließt sich dem Protest der Grundschule Brehmweg gegen die "Anpassung" des KESS-Faktors an

Ida Ehre Schule
die Schule für alle

Auch an der Ida Ehre Schule werden mit dieser Begründung Fördermaßnahmen zusammengestrichen, und das in einer Zeit, in der bundesweit mit milliardenschweren Förderprogrammen gegen Lernrückstände nach der Pandemie politisch gepunktet werden soll.

Auch bei uns ist deutlich wahrzunehmen, dass wir mit kleineren Gruppen effektiver arbeiten. Viele Lehrer_innen und Schüler_innen bemerken, dass sie in der halben Klasse etwa zwei Drittel des Stoffes in der halben Zeit schaffen und die Beziehungen der Schüler_innen untereinander und zwischen Lehrer_innen und Schüler_innen sehr viel persönlicher sind und gerade in der gegenwärtigen Situation das Lernen und die Entwicklung besonders fördern. Hier gilt es, Zeit und Geld zu investieren und nicht am falschen Ende zu sparen.

Betriebsgruppe der IDA EHRE SCHULE

Lockdown, Homeoffice, Distanz- und Hybridunterricht, für unser aller Arbeit, damit die Kinder auch in diesen Zeiten bestmöglich versorgt werden.

Und für die momentanen und künftigen Jahrgänge unserer Schülerinnen und Schüler kann man das nur als verantwortungslos und zynisch betrachten, wie die Behörde mit uns umgeht. Die Art der Ermittlung des Sozialindex sehen wir alle sehr kritisch. Die jetzigen Vorschulkinder an unserer Schule zeigen, dass wir Sonderpädagog_innen und Doppelbesetzungen auch in kommenden Jahrgängen benötigen werden, um allen Kindern wenigstens ansatzweise gerecht werden zu können. Wir arbeiten präventiv, so dass möglicherweise weniger Hilfen zur Erziehung durch den ASD nötig sind – wird uns das jetzt zum Verhängnis? Die Präventionsarbeit an unserer Schule gemeinsam mit den Sozialpädagog_innen vom *Rauhen Haus* und der *Lichtlinse* führt oft zu Unterstützungsmaßnahmen, die nicht über das Jugendamt laufen. Diese Arbeit wird in keinem Punkt berücksichtigt. Es werden für die Erstellung von KESS 4 Daten von Kindern aus nichtdeutschen Familien einbezogen, nicht aber die vielen Sprachförderkinder, die wir insgesamt haben, sowie die große Anzahl an Kindern mit Lernförderung nach §45. Auch das Kriterium Wahlbeteiligung berücksichtigt nicht die Familien, die gar keine Wahlberechtigung haben, weil sie keinen deutschen Pass besitzen.

Die BSB spart die Schule kaputt, anstatt sich um ein Konzept zu kümmern, wie mit den Lockdown-Jahrgängen umgegangen werden soll. Statt die Folgen des Lockdowns zu berücksichtigen und Klassen und Schulen besser auszustatten, wird gespart. Lasst uns das Geld vom Bund in kleinere Klassen und Doppelbesetzungen stecken! Denn: Grundschule lebt von Beziehungsarbeit. Defizite kann man nicht mit Personen, die den Kindern unbekannten sind, am Nachmittag oder in den Ferien aufholen.

Nein, wir benötigen kleine Klassen und ganz viele Doppelbesetzungen, um die Kinder möglichst gut zu fördern!!! Bildung und Schule braucht insgesamt mehr Ressourcen und kleinere Klassen!!

Eine Umverteilung führt nur zu Ungerechtigkeiten an anderer Stelle.

Die Kürzungen, das Sparprogramm wollen wir als Schule nicht hinnehmen!

GB GS-BREHMWEG

LEHRERARBEITSZEITVERORDNUNG

Offener Brief der GEW-Betriebsgruppe des Gymnasium Altona

Die GEW unterstützt den Offenen Brief der GEW-Betriebsgruppe des Gymnasium Altona zur Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung

Sehr geehrter Herr Rabe,

die Betriebsgruppe der GEW des Gymnasiums Altona und weitere Kolleg_innen erklären sich solidarisch mit dem offenen Brief der Gretel Bergmann Schule vom 9.12.2020 und anderen Schulen und deren Kritik an der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung, wie den ständig wachsenden Anforderungen an unseren Beruf, die unter den besonderen Pandemiebedingungen noch erheblich zugenommen haben.

Wir meinen auch, dass das Hamburger Arbeitszeitmodell unsere tatsächliche Arbeitsleistung schon vor der Pandemie nicht abgebildet hat. Zusätzlich kamen dieses Schuljahr noch weitere Anforderungen und Unsicherheiten durch die Lernbedingungen unter Corona hinzu. Immer mehr entsteht bei uns der Eindruck, dass Gesundheitsfürsorge und pädagogische Zielsetzungen einem oberflächlichen Leistungsgedanken untergeordnet werden.

- Wir haben eine extrem hohe zusätzliche Arbeitsbelastung durch Unterricht unter Pandemiebedingungen, insbesondere durch eine teilweise Verdopplung der aufgewendeten Vor- und Nachbereitungszeit im Hybridunterricht.
- Zusätzlich entsteht großer Aufwand durch notwendige pädagogische Unterstützung, insbesondere durch individuelle Beratung z.B. in Telefonaten.
- Die schriftliche Kommunikation hat sich vervielfacht.
- Die erweiterte Einarbeitung in digitale Medien für den (Fern-)Unterricht erfordert Zeit.
- Trotzdem wurde dieses Schuljahr weiterhin an Leistungstests, wie z.B. mündliche Überprüfungen in Jahrgang 10 oder Klassenarbeiten in der Sek I in Nebenfächern, festgehalten. Auch die Erfüllung der sowieso schon umfangreichen Curricula am Gymnasium soll gewährleistet werden.

Während der Pandemie war der Gesundheitsschutz zudem für uns ungenügend. Die Gefahr der Ansteckung in Schulen wurde heruntergespielt und Lehrkräfte wurden zum Präsenzunterricht (auch in vollbesetzten Klassen ohne Möglichkeit, Abstand einzuhalten) verpflichtet.

Die Möglichkeit, Impftermine zu buchen, kam in Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern für uns sehr spät und bereits durch den Patientenservice vergebene Termine mussten unter Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen abgesagt werden.

Masken durften laut Behörde während Präsenzklausuren abgenommen werden, wobei Kolleg_innen in diesen Fällen um ihre eigene Gesundheit fürchten oder striktere Regeln individuell durchsetzen mussten. Dazu kamen Unsicherheiten über den Standard der Masken, die uns zur Verfügung gestellt wurden, weil sie nicht zweifelsfrei FFP2- Qualität besaßen.

Wir fordern deswegen zeitnah:

- ausreichenden Gesundheitsschutz
- Angebote zur Entlastung
- faire Arbeitszeitbemessung
- Einstellung von mehr Schulpersonal

Zudem brauchen wir in der jetzigen Zeit eine Kürzung der Bildungspläne, damit wir uns vermehrt um den Kontakt mit den Schüler_innen kümmern können.

Weitergehend fordern wir, Lehrergesundheit und Arbeitsschutz langfristig zu priorisieren, das Arbeitszeitmodell auszusetzen und stattdessen eine angemessene Leistungsbeschreibung mit den Gewerkschaften und Lehrerverbänden zu erarbeiten.

Konsequenzen

Da die Arbeitsbedingungen krank machen, schließen wir uns dem Schreiben u.a. der Gretel Bergmann-Schule darin an, Konsequenzen zu ergreifen, wenn uns nicht Angebote zur Entlastung gemacht werden. Zur Diskussion stehen:

- Dienst nach Vorschrift und Einschränkung auch von notwendigen Tätigkeiten so, wie es von der Schulbehörde in der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung bemessen ist.
- Remonstrieren, siehe: https://www.news4teachers.de/2021/04/wir-remonstrieren-wie-lehrer-gegenueber-der-schulaufsicht-begruenden-warum-sie-ihren-dienst-derzeit-fuer-rechtswidrig-halten/
- Dienstanweisungen einfordern, z.B. dazu, wie unser Unterricht zu planen ist und welche Standards bei ungenügender Arbeitszeitbemessung eingehalten werden sollen.

Wollen Sie, Herr Rabe, anderenfalls tatsächlich die Verantwortung dafür übernehmen, wie die Qualität von Schule aussieht, wenn Lehrkräfte in der dienstlich vorgegebenen Zeit ihre Arbeit verrichten? Es könnten z.B. keine Klausuren zuende korrigiert werden, die Unterrichtsstunden würden nicht angemessen vorbereitet werden, die Dokumentation von Schüler_innen-Leistungen würde unter den Tisch fallen und für die sozial-emotionale Betreuung bliebe keine Zeit mehr.

Das Problem der Überlastung war bereits vor der Pandemie erheblich, ist durch diese verstärkt worden und wird auch danach nicht einfach verschwinden.

Wir fordern, dass Sie zeitnah in unserem Sinne und damit im Sinne unserer Schüler_innen handeln.

Mit freundlichen Grüßen,

die GEW-BETRIEBSGRUPPE und weitere Kolleg_innen des Gymnasium Altona

Freie und Hansestadt Hamburg

Lehrerkammer Hamburg 03. Juni 2021

Stellungnahme zur „Verordnung über Maßnahmen im Rahmen der Schulorganisation zum Schuljahresbeginn 2021/2022"

Die Lehrerkammer nimmt die vorliegende Verordnung über die Schulorganisation zum Schuljahresbeginn 2021/2022 zur Kenntnis.

Die schulorganisatorischen Maßnahmen im zweiten Abschnitt § 2 Satz 3 zum Gymnasium Finkenwerder lehnt die Lehrer_innenkammer ab und sieht auf der Elbinsel ideale Bedingungen für die Gründung "Einer Schule für alle"!

Wir werden in der kommenden Ausgabe ausführlich darüber berichten. *Die Redaktion*

Anpassung auch für uns

Sie sind nicht mehr bereit, ihre unangemessene und ungerechte tarifliche Einstufung zu akzeptieren

Die Vorschulklassen in Hamburg werden von Jahr zu Jahr mehr – zum kommenden Schuljahr wurden wieder 679 Kinder mehr angemeldet als im Vorjahr. Dies wird von Senator Rabe immer sehr stolz in den Medien vorgetragen und die Hamburger Vorschule als Erfolgsmodell gepriesen. Dabei bleibt regelmäßig unerwähnt, dass dieser Erfolg zuallererst den Vorschullehrer_innen zu verdanken ist!

Täglich meistern diese die Herausforderung, fünfjährigen Kindern im Übergang von Kita zur Schule ein vielfältiges, anregendes, buntes, liebevolles, sicheres und spannendes Unterrichtsangebot zu machen, das die Kinder behutsam in das System Schule einführt und Lust auf mehr macht. Bei vielen Kindern legt die Vorschule zunächst einmal die Grundlagen für einen gelungenen Schuleinstieg.

Trotz dieser besonders verantwortungsvollen Aufgabe werden die Vorschulklassen und die Vorschullehrkräfte immer wieder übersehen und mit einer Bezahlung abgespeist, die in der schulischen Tarifhierarchie an unterster Stelle steht. Nach wie vor werden Vorschulkolleg_innen mit einer regelhaften Zwangsteilzeit von 85 Prozent der Arbeitszeit eingestellt und mit einer Eingruppierung in die Tarifgruppe E9 abgespeist.

Nachdem der Sozial- und Erziehungsdienst in Schulen nun in die S-Tabelle übergeleitet und für die Grundschullehrer_innen A13 durchgesetzt werden konnte, kommt bei den Vorschullehrkräften vermehrt Unmut auf.

„Wir werden regelmäßig übersehen, oft im Alltag von der Schulleitung und den Lehrer-Kolleg_innen und besonders seit Jahren immer wieder von der BSB“, beklagt eine Kollegin aus einer Niendorfer Grundschule.

Doch damit soll jetzt Schluss sein! Der ´Arbeitskreis Vorschule´ in der FG Grundschule der GEW war in den letzten Monaten sehr aktiv und hat viele engagierte Kolleg_innen aus Vorschulklassen aller Bezirke zu mehreren Online-Treffen zusammengeholt, um für die kommende Tarifrunde vielfältige Aktionen zu planen.

Zunächst wurde freundlich um ein Gespräch beim Senator gebeten – leider gab es darauf keine Reaktion. „Wieder einmal werden wir ignoriert“, bringt es eine Kollegin auf den Punkt. Jetzt wurde ein Brief mit einer deutlichen Botschaft übergeben – in der Hoffnung, endlich gehört zu werden.

Und nach den Ferien wird es weitergehen! „Wir müssen endlich für uns kämpfen“, ist die einhellige Meinung aller im Arbeitskreis Vorschule.

Also: Auf geht‘s – lasst uns laut werden und Spuren setzen!

KERSTIN MÖGLE, Sprecherin VSK

Foto: VSK

Übergabe des Offenen Briefs durch die Sprecher_innen des AK Vorschule, Malica Bedi (links) und Catrin Bassus, an LSR Thorsten Altenburg-Hack

Diesmal muss es klappen!

Physio- und Ergotherapeut_innen an Schulen fordern die gleiche Bezahlung wie die schulischen Erzieher_innen

Zweieinhalb Jahre sind die letzten Tarifverhandlungen im TVL fast her. Mit harten Verhandlungen und vielen streikenden Kolleg_innen aus den Schulen wurden dabei die S-Tabellen aus dem TVÖD für den Sozial- und Erziehungsdienst an Schulen erkämpft.

Dies war ein großer Schritt Richtung angemessene Bezahlung für die betroffenen Kolleg_innen und ein großer Erfolg für die Streikenden und die Gewerkschaften. Nötig war er auch, weil der TVL dort dringend an den TVÖD der Kommunen angeglichen werden musste.

Die schulischen Ergo- und Physiotherapeut_innen, die mit ihren Kolleg_innen auf der Straße waren und – gerade in Hamburg – sehr deutlich auf sich aufmerksam gemacht haben, wurden aber wieder nicht in die Verbesserungen für den Sozial- und Erziehungsdienst miteinbezogen.

Auch nach dem Tarifabschluss ließen die Kolleg_innen und die GEW Hamburg von dem Thema nicht ab. Auf dem Hamburger Gewerkschaftstag 2019 wurde ein Antrag zur Unterstützung der schulischen Therapeut_innen einstimmig verabschiedet. Bürgermeister Tschentscher wurde dort von vielen anwesenden Therapeut_innen deutlich begrüßt und von der GEW Vorsitzenden mit dem Thema konfrontiert.

Es folgten Briefe aus der Fachgruppe PTF und von verschiedenen Schulkollegien an den Senator und Bürgermeister. Auch an den Besuch des Schulausschusses der Hamburger Bürgerschaft durch zwei Kolleginnen im Herbst 2019 soll hier noch einmal erinnert werden.

Die FHH sah sich aber nicht in der Lage, eine landesspezifische Regelung einzuführen, auch wenn immer wieder Regierungs- und Behördenmitarbeiter_innen deutlich machten, dass sie mit der jetzigen Situation nicht glücklich sind.

In der GEW trifft sich regelmäßig eine AG schulischer Therapeut_innen. Diese bereitete 2020 zusammen mit Birgit Rettmer eine Veranstaltung zum Thema „faire Bezahlung für die schulischen Therapeut_innen“ vor.

Coronabedingt fiel diese erst aus und fand dann als Fachgespräch mit Herrn Kuring aus dem Personalamt, Frau Krüger und Frau Gottschick aus der BSB, Birgit Rettmer und Dirk Mescher als Moderation aus der GEW und mehreren Ergo- und Physiotherapeut_innen aus verschiedenen Hamburger Schulen statt. (siehe auch den Bericht in der HLZ im Herbst 9-10/2020, S. 16ff).

Dort hinterließen wir Therapeut_innen einen starken Eindruck! Wir waren gut vorbereitet, hatten viel schriftliche Unterstützung aus verschiedenen Schulen dabei und konnten deutlich machen, welche qualitative und wichtige Arbeit an den Schulen durch die Ergo- und Physiotherapeut_innen geleistet wird. So ist eine an den Sozial- und Erziehungsdienst angeglichene Bezahlung nur gerecht und für den Schulfrieden notwendig.

Im Frühjahr fanden jetzt die ersten Besprechungen der Bundestarifkommission der GEW statt. Auch dort wurde das Thema von der GEW Hamburg, aber auch aus Niedersachsen und Baden-Württemberg eingebracht.

Auch wenn dieses Jahr die Tarifverhandlungen coronabedingt sicherlich nicht einfach werden, muss jetzt etwas passieren! Die Angleichung der schulischen Therapeut_innen an den Sozial- und Erziehungsdienst (SUE) ist notwendig und steht jetzt an (übrigens genauso, wie eine deutliche Verbesserung der Bezahlung der Hamburger Vorschullehrer_innen, die ebenfalls nicht zum SUE zählen, aber auch nicht von der Ja13 Kampagne für Grundschullehrer_innen profitieren).

Um diese und die weiteren berechtigten Forderungen für alle Kolleg_innen im Herbst durchzusetzen, bedarf es des Einsatzes und der Solidarität aller Kolleg_innen.

Die Tarifverhandlungen im Herbst werden auf Grund der aktuellen Situation nicht einfach werden, es gibt aber keinen Grund davon auszugehen, dass wir uns nicht durchsetzen können. Für diese Durchsetzung werden wir unsere Forderungen auf vielfältige Weise auf die Straße und in die Öffentlichkeit bringen.

Lasst es uns angehen!

BODO HAß,
Fachgruppensprecher PTF
für das Arbeitsteam schulischer
Therapeut_innen in der GEW

Die Tarifverhandlungen für den TVL stehen im Herbst wieder an und die Physio- und Ergotherapeut_innen an Schulen scharren mit den Füßen! Sie wollen nicht wieder vergessen werden und fordern die gleiche Bezahlung wie die schulischen Erzieher_innen!

gb@-SEMINARE 2021

In Hüll(e) und Fülle

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Exposé-Schreibwerkstatt

...für Studierende in der Endphase und Absolvent_innen, die sich bereits zu einer Promotion entschlossen haben und eine erste Idee für ein mögliches Promotionsthema haben.

Das Exposé ist Voraussetzung für die Bewerbung um ein Promotionsstipendium, manchmal auch für wissenschaftliche Stellen. Ein Exposé erfordert bereits eine sehr aktive Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema. Vor diesem Hintergrund sollen Aufbau, Inhalte, wissenschaftliches Arbeiten, eigenes Schreiben, Beispiele und gegenseitige Unterstützung im Vordergrund stehen. Ergänzt wird dies durch Schreibübungen und Planungsstrategien.

Gerne können vorliegende Entwürfe bzw. Fragmente mitgebracht werden.

Sa., 3. Juli 2021-11:00 Uhr
bis So., 4. Juli 2021-17:00 Uhr
Bad Bevensen,
Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.
Leitung: Ingrid Keller-Russell
Kostenanteil: 20 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 10 €, Nicht-Mitglieder: 80 €)

In Kooperation mit der GEW Niedersachsen Tolpuddle in Hüll

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist normalerweise ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland, das an einem Wochenende im Juli Musik, Unterhaltung und Politik erlebbar macht. Wegen Corona findet es in diesem Jahr nur Online statt.

Wir wollen die entspannte Stimmung des Festivals trotzdem erleben und treffen uns an dem Festival-Wochenende in Niedersachsen, um einige Online-Diskussionen, Debatten und Konzerte des Festivals zu verfolgen. So erhalten wir auch einen kleinen Einblick ins aktuelle gesellschaftliche und politische Geschehen auf der Insel. Wir können bei Interesse einige der Themen vertiefen und uns in entspannter Atmosphäre darüber austauschen, wie die Corona-Pandemie uns verändert hat: Unser Verhältnis zu Solidarität, die Lust, sich zu engagieren oder unseren Blick auf Arbeitsbedingungen, ...

Im Vordergrund steht, mal wieder durchzuatmen und nach vorn zu blicken und gemeinsam an einem schönen Ort zu sein und eine entspannte Zeit miteinander zu verbringen.

Nur für GEW-Mitglieder!
Freitag, 16. Juli 2021-15:00 bis Montag, 19. Juli 2021-14:00
ABC-Hof in Drochtersen-Hüll
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 60 € inklusive Verpflegung/ Unterkunft (ermäßigt: 30 €)

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW Hamburg, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue Kolleg_innen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten? Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt.

Samstag, 14.08.2021,
10:30-17:00 Uhr
Tour auf der Alster vom Haselknick – Klein Borstel
Leitung: Charlien Bredefeld, Jürgen Frehse
Kostenlos für Neumitglieder inkl. Verpflegung (GEW-Mitglieder 10 €)

Join the GEWolution!

Unter 35, Gewerkschaftsmitglied und Lust auf mehr? Dann bring mit uns die GEWolution in Gang! Verbringe ein Wochenende mit Workshops zu Übergängen im Beruf, Selbstmanagement, Arbeitsbelastung und vielem mehr sowie Austausch mit jungen GEWerkschafter_innen aus allen Bereichen der GEW.

Fr., 20. August 2021-18:00 bis So., 22. August 2021-13:30
Bad Malente, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Kostenanteil: 20 € inklusive Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 10 €)

Spannungsausgleich für Erzieher_innen

In diesem Seminar wird am körperlich-seelischen Spannungsausgleich gearbeitet, der Körperbewusstsein und Wohlbefinden zum Ziel hat. Eutonie, die gute Spannung, dient der Gesundheitsförderung und der Erhaltung der Arbeitskraft und Lebensfreude.

Mit verschiedenen Materialien wie Bällen, Bambusstäben oder Kirschkernsäckchen wird über Berührung und wohldosierten Druck gearbeitet.

Bitte mitbringen: ein oder zwei Wolldecken oder eine dünne Isomatte und 1 Wolldecke, bequeme, warme Kleidung, warme Socken und ein Handtuch.

Samstag, 4. September 2021,
10:00-17:00 Uhr
Ort: GEW-Geschäftsstelle im Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg
Leitung: Karin Coch
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Aktiv werden in der GEW

Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und mit anderen gemeinsam spannende Projekte voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust. An diesem Nachmittag stellt sich die GEW Hamburg vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpersonen? Welche aktuellen Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.

Dienstag, 7. September 2021,
17:00-19:30 Uhr
Ort: GEW-Geschäftsstelle im Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder inkl. Verpflegung, nur für GEW-Mitglieder

Neutralität in Schule und Gesellschaft

Immer wieder stellen wir uns die Frage nach dem richtigen Umgang, wenn es z.B. rassistische Äußerungen an der Schule gibt, aber auch bei der Frage, welche Haltung die Lehrkräfte an der Schule einnehmen sollten und wann Schüler_innen, Eltern und sonstigen Personen Grenzen gesetzt werden sollten. Welche Regeln gibt es dazu und wie können wir uns positionieren?

Mit der Hilfe von verschiedenen Theoretiker_innen wollen wir zunächst unser Wissen um die Perspektive im Kampf gegen den neuen Faschismus verbessern und erweitern. Diese Perspektiven wenden wir auf Beispiele aus der Schule, dem Alltag und der öffentlichen Debatte um die AfD an. Dabei soll es weniger um direkte sprachliche Strategien gehen, sondern vielmehr eine Analyse zum Verständnis des Handelns und Denkens von „Rechts" stattfinden.

Samstag, 11. September 2021,
10:00-17:00 Uhr
Ort: GEW-Geschäftsstelle im Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg
Leitung: Florian Schubert
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 5 €)

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

PANDEMIE

Was mich so richtig nervt…

Provoziert die Öffnung der Bildungseinrichtungen eine vierte Welle?

Heute ist der 1. Juni 2021 und die Nachrichten verkünden Lockerungen über Lockerungen all überall.

Der Leiter des Robert-Koch-Instituts, Prof. Dr. Lothar H. Wieler, verkündet die Herabstufung der Pandemielage von sehr hoch auf „nur noch" hoch und zeigt sich erfreut darüber.

Doch wie sind die Zahlen im Vergleich zu dem Geschehen Ende Mai 2020 zu beurteilen? Die bundesweite Inzidenz ist mit 35 auf 100.000 Einwohner heute knapp 9-mal so hoch wie Ende Mai 2020. Im Mai, Juni und Juli 2020 lagen die Inzidenzwerte im Bundesdurchschnitt bei unter 5; im September 2020 noch unter 10 und erst ab Oktober ging es mit den Inzidenzwerten stetig hoch.

Ja, es wird ca. 4-mal so viel getestet wie vor einem Jahr (zurzeit bis zu 1,2 Mio. Testungen pro Woche), doch selbst unter Einbeziehung dieses Faktors (35 durch 4) sind die Inzidenzzahlen immer noch doppelt so hoch wie

vor einem Jahr.

Die Belegung der Intensivbetten beträgt – Stand 1.6.2021 – bundesweit 2.450 belegte Betten im Gegensatz zu 701 Betten Ende Mai 2020. Also eine mehr als 3-mal so hohe Inanspruchnahme der Intensiv-Betten im Vergleich zum Vorjahr.

Dass mutmaßlich nun weniger Menschen an Covid sterben werden, darf als Vorteil, der durch die Impfungen und die Impf-Priorisierung erreicht wurde, gewertet werden. Die Inzidenzen bei den über 80-jährigen Menschen liegen bei (nur noch) 14 zu 100.000 und bei den 60-79-jährigen Menschen bei 17 zu 100.000. Diese Altersgruppen sind zwar nicht zu 100 Prozent gefeit vor einer Infektion, aber zurzeit mit einem doch deutlichen Schutz gegen schwere Krankheitsverläufe gewappnet.

Wie fließt die Impfquote in diese Betrachtung mit ein? Stand 1.6.2021 sind „erst“ 18 Prozent der Bevölkerung Deutschlands vollständig geimpft (zweifach, bzw. Johnson & Johnson einfach). Diese verbreiten das Virus nur noch in vernachlässigbarer Größenordnung. 43,3 Prozent haben bis heute einen einfachen Impfschutz, so dass auch von diesem Anteil der Bevölkerung nur noch eine geringe Gefahr der Virus-Verbreitung ausgeht.

Wenn also von 18 Prozent so gut wie keine bzw. von 43,3 Prozent der Bevölkerung nur eine geringere Gefahr der Virus-Verbreitung ausgeht, ist der Umstand, dass die Infektionszahlen heute fast 9-mal so hoch bzw. bei Einbeziehung des höheren Testungsanteils immerhin noch doppelt so hoch sind wie vor einem Jahr, als es noch keinen Impfstoff gab, kein Grund zur Freude, sondern im Gegenteil besorgniserregend.

Am 11. Dezember 2020 wurde die Pandemielage von „hoch“ auf „sehr hoch“ heraufgesetzt; jetzt, nach fast sechs Monaten, ist sie wieder auf dem Niveau, das bis zum 11. Dezember 2020 galt und ist somit noch sehr weit entfernt von einer Pandemie-Lage, die als beherrschbar einzustufen ist. Laut RKI-Chef Wieler genügt es nicht, dass viele Landkreise schon unter 35 liegen, um alle Beschränkungen aufzuheben. Dafür müssten „mehr als 80 Prozent der Menschen in unserem Land einen Impfschutz haben oder einen Immunschutz haben – entweder durch eine vollständige Impfung oder durch eine Infektion plus Impfung“, sagt er. Aktuell haben aber erst 18 Prozent der Deutschen den vollen Impfschutz.

Minister Spahn vergleicht die Gefährdungslage mit dem Strand, dem Meer und dem Wetter. „Wie weit kann man rausschwimmen?“ – „Sehr hoch heißt: am besten gar nicht schwimmen gehen. Und hoch heißt: man kann ein paar Meter ins Wasser gehen, aber es droht noch was. Es könne auch schnell wieder anders werden.“

Es ist bei weitem nicht vorbei und überstanden, der Gesundheitsschutz muss weiterhin oberste Priorität haben und politisches Handeln danach ausgerichtet werden. Dies geschieht nicht, im Gegenteil: in Kita und Schule werden Maßnahmen abgeschwächt – und das ist es, was mich so richtig nervt.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe, Landesverband GEW-Hamburg

Die Offene Liste
in Kooperation mit GEW
im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG
Die Liste zum Mitmachen

Verbesserung des Personalschlüssels im Elementarbereich!

Nein, es sind keine Halluzinationen! Der Personalschlüssel im Elementarbereich soll tatsächlich ab 2022 in drei Schritten bis 2024 auf 1 Fachkraft für 10 Kinder erhöht werden. Im Haushaltsentwurf ist wirklich Geld dafür veranschlagt worden. Wie hoch die einzelnen Raten sein werden, ist noch nicht bekannt.
Das haben wir unseren hartnäckigen Auseinandersetzungen und insbesondere dem Kita-Netzwerk zu verdanken. Uns allen ist es damals gemeinsam gelungen, dass die erkämpfte Verbesserung des Personalschlüssels im Kitagesetz festgeschrieben worden ist. Deshalb sieht sich die Sozialbehörde gezwungen, diese schrittweise umzusetzen. Andernfalls wäre die, damals versprochene, Verbesserung sicher den Einsparungen im sozialen Bereich zur Finanzierung der Pandemiekosten zum Opfer gefallen. Es wird ja sogar gleichzeitig über Ausgleichsabgaben nachgedacht.

Mehr Hände für Hamburgs Kinder

Die **O**ffene **L**iste ist der Ansicht, dass die Zuwendungen für jede Kita real in mehr Personalwochenstunden umgesetzt werden müssen. Sie dürfen nicht dazu verwendet werden, etwaige Verluste aus der Pandemie zu kompensieren.

Jede Elbkinder Kita kann Überlegungen anstellen, wie die Stunden vergeben werden sollen, z. B. durch Stundenerhöhungen für Kolleg_innen in Teilzeit oder neue Verträge. Die Elbkinder insgesamt sollten sich weitere Gedanken zur Personalgewinnung und zum Halten des Personals machen. Attraktivere Arbeitsbedingungen sind dafür unbedingt notwendig. Häufige Probezeitkündigungen passen nicht ins Bild, wenn Personal gesucht wird. Die betroffenen Kolleg_innen, gerade Berufsanfänger_innen, benötigen das Recht auf eine zweite faire Chance.

Mehr Stunden für mittelbare Pädagogik und zur Abdeckung der Ausfallquote

Besonders der Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zeigt, wie wichtig ausreichend Personal ist, um z. B. die Hygienemaßnahmen einzuhalten. Die Ausfallquote ist durch viele mit Corona infizierte und daran erkrankte Kolleg_innen noch angestiegen, vor allem, weil etliche Kolleg_innen längere Zeit ausfallen. Für viele von uns bedeuteten die letzten 15 Monate eine große physische und psychische Belastung, deren Auswirkungen erst langsam spürbar werden.
Die mittelbare Pädagogik nimmt einen größeren Raum ein, weil die Arbeit neu geplant werden muss, der Kontakt zu den Eltern und anderen Institutionen wieder intensiviert werden muss und weil Maßnahmen zur Festigung der Teams notwendig sind. Die Mitglieder **D**er **O**ffenen **L**iste begrüßen die reale Umsetzung der Verbesserung des Personalschlüssels im Elementarbereich.

Die **O**ffene **L**iste fordert einen Stufenplan zum tatsächlichen Ausgleich der Ausfallquote und zur Berücksichtigung der Bedarfe der mittelbaren Pädagogik. Die Anzahl der Erziehungskräfte sollte so kalkuliert sein, dass in der Krippe immer eine pädagogische Kraft 4 Kinder betreut und im Elementarbereich eine Kollegin immer nur bis zu 10 Kinder betreut.

Gute pädagogische Arbeit braucht Planung, Vorbereitung und Nachbereitung!!!

Wie ist eure Meinung dazu?

Wer sich besonders belastet fühlt, kann die vertrauliche psychosoziale Beratung im Betrieb nutzen.

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann– Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Ungleiche digitale Ausstattung verhindert gleichberechtigte Teilhabe

Erste Befunde des Forschungsprojekts „Digitalisierung im Schulsystem“

Die Corona-Pandemie hat wie in einem großen „Feldversuch“ zu einem Digitalisierungsschub im deutschen Schulwesen geführt. Wie haben Schulen und Lehrkräfte auf diese Herausforderung reagiert? Wie verändert die Digitalisierung die Arbeitsbedingungen an Schulen? Die Studienergebnisse zeigen, dass durch die Digitalisierung neue, zusätzliche Anforderungen und aufgrund der Pandemie auch temporäre Überforderungen durch notwendige Improvisationen und kurzfristige Zusatzanforderungen hinzugekommen sind. Das Zusammenspiel von Corona und Digitalisierung verstärkt die angespannte Arbeitssituation der Lehrkräfte und die schon zuvor teils hohen Belastungen. Ein erhöhter Aufwand entsteht beispielsweise durch Homeschooling/Fernunterricht, Hybrid- und Wechselunterricht oder durch das Überführen analoger in digitale Materialen. Auch das permanent zu verschriftlichende Feedback an (einzelne) Schülerinnen und Schüler ist unter Pandemiebedingungen nicht nur überaus wichtig, sondern auch herausfordernd.

Mit bemerkenswerter Dynamik haben Lehrkräfte und Schulen im Kontext der Pandemie pragmatische Lösungen zum Einsatz digitaler Medien, Techniken sowie digitaler Lehr- und Lernkonzepte entwickelt und umgesetzt. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass digitale Medien und Techniken inzwischen mehrheitlich zum normalen Unterrichtsgeschehen an deutschen Schulen gehören. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass die Herausforderungen unterschiedlich gut von den Schulorganisationen bewältigt werden. Zum Teil gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern. Auch nach einem Jahr Pandemie klaffen im Januar / Februar 2021 immer noch eklatante Lücken in der digitalen Infrastruktur der Schulen. Dies zeigt sich beispielsweise an teilweise fehlendem WLAN für Lehrkräfte, noch mehr bei fehlenden Zugängen für Schülerinnen und Schülern oder bei nicht verfügbarer Schul- und/oder Bildungscloud. Ein Teil der untersuchten Schulen ist inzwischen gut ausgestattet, aber an anderen gibt es noch immer keine digitalen Bildungskonzepte und teils deutliche Defizite bei der Infrastruktur für das digitale Lehren und Lernen. Dies führt zu Hindernissen beim Einsatz digitaler Techniken im Unterricht wie technische Ausfälle und Unterbrechungen sowie zu unausgereiften Lehrmaterialien und -konzepten.

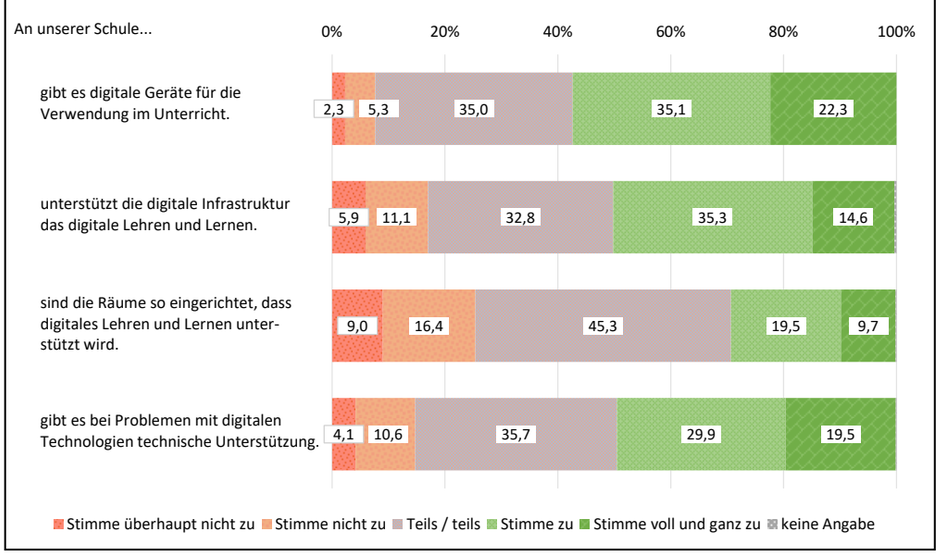
Der Vergleich digitaler Strategien und Infrastrukturen zeigt eine deutliche Kluft an deutschen Schulen und Risiken für die Chancengleichheit.

Im internationalen und europäischen Vergleich hinkten deutsche Schulen 2013 und 2018 deutlich hinterher. Inzwischen hat sich die Digitalisierungsdynamik auch in Deutschland spürbar verstärkt. Man kann geradezu von einem Digitalisierungssprung im Zeichen des Lockdown sprechen. Die Vergleichskennzahlen zeigen deutlich erhöhte Nutzungsintensitäten und Verfügbarkeiten digitaler Medien und Techniken in deutschen Schulen.

Beim nationalen Vergleich der digitalen Strategien und Infrastrukturen an Schulen in Deutschland offenbaren die Studienergebnisse aber auch eine deutliche Kluft zwischen vier Schultypen: den Digitalen Vorreiterschulen, Digital orientierten Schulen, Durchschnittsschulen und Nachzügler-Schulen. Während die Lehrkräfte an Schulen mit höherer digitaler Reife die Potenziale ihrer Schülerinnen und Schüler besser fördern können, ist die Arbeitssituation an digital unterdurchschnittlichen Schulen stärker durch höhere Belastungen, fehlende digitale Lehr- und Lernkonzepte und größere Hindernisse beim Technikeinsatz geprägt. Wenn Schulen aber den Anschluss an die Digitalisierung verlieren, wächst auch die digitale Kluft bei den Schülerinnen und Schülern.

Diese erstmalige Identifizierung und mit harten Fakten belegte digitale Kluft zwischen Deutschlands Schulen ist mit aller Deutlichkeit als Gefährdung der Chancengleichheit zu bewerten. Nur selten werden in der Sozialforschung in so vielen Dimensionen so klare und durchgängig statistisch signifikante Unterschiede auf hohem Niveau gefunden wie bei der digitalen Spaltung. Tatsächlich zeigen sich die Unterschiede auch bei der pädagogischen Nutzung digitaler Techniken, beim Einsatz im Unterricht und bei den Chancen der Schülerinnen und Schüler, elementare digitale Kompetenzen zu erwerben. Es ist nicht gut für eine Demokratie, wenn nur 34 Prozent der Schülerinnen und Schüler in digitalen Nachzügler-Schulen lernen, wie sie prüfen können, ob sie sich

Rahmenbedingungen für das digitale Lehren und Lernen an deutschen Schulen (Anfang 2021, Angaben in Prozent, alle Bundesländer, n = 2.750)



Digitalisierung im Schulsystem

Herausforderung für Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften

Das bundesweite Forschungsprojekt zur Digitalisierung im Schulsystem wird gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung und die BGAG-Stiftung Walter-Hesselbach und wurde beim Feldzugang von allen Landesverbänden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt. Während der Erhebungsphase vom 4. Januar 2021 bis 21. Februar 2021 haben 2.750 zuvor registrierte Lehrerinnen und Lehrer mithilfe eines Onlinefragebogens umfassend Auskunft über ihre Arbeitssituation und ihre Arbeitsbelastung im Rahmen der fortlaufenden Digitalisierung gegeben. Da der Erhebungszeitraum mitten in die Corona-Pandemie mit Lockdown, Homeschooling und Wechselunterricht fiel und damit mitten in eine der größten Umstellungen im deutschen Schulsystem, wurden auch lehrkraftspezifische Anforderungen durch die Corona-Pandemie erfasst.

Die Studie wurde an Gymnasien, Gesamtschulen und vergleichbaren Schulformen mit Sekundarstufe I/II in allen Bundesländern durchgeführt (insgesamt 233 bzw. 4 Prozent der Schulen). Die Qualität des Feldzugangs, aber auch die erreichte Beteiligungsquote von 1 Prozent der Lehrkräfte sowie die strukturelle Verteilung der Stichprobe ermöglichen repräsentative Befunde auf Bundesebene.

Ziel der Studie ist es, die Herausforderungen der Digitalisierung im Schulsystem aus Sicht der Lehrkräfte in Deutschland zu untersuchen. Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf ihre Arbeitsbedingungen? Was sind ihre Beanspruchungen, was ihre Erfahrungen, was ihre Erwartungen? Welche Chancen und Risiken kommen auf Lehrkräfte zu durch digitale Arbeitsformen, digitale Lehr-Lern-Modelle und kollaborative Plattformen? Welche arbeitspolitischen Herausforderungen bringt die zunehmende Digitalisierung des Arbeitsplatz Schule für die Arbeitszeit und die Arbeitsbelastung von Lehrkräften mit sich? Welche Empfehlungen, welche Entwicklungs- und Gestaltungsbedarfe gibt es?

auf Informationen im Internet verlassen können.

Nach dem eher pragmatischen Digitalisierungsschub unter der Pandemie werden der Austausch und das ambitionierte Ringen aller Akteur_innen um die besten digitalen Lösungen immer wichtiger – mittel- und langfristig geht es um die bedarfsgerechte, sozial verantwortliche und integrierte Gestaltung der Digitalisierung an deutschen Schulen. Dabei ist zu beachten:

Die Überforderung von Lehrkräften darf die Zukunftsgestaltung nicht gefährden. Die Corona-Phase hat einmal mehr seit langem bekannte Trends offengelegt: Die Berufsgruppe zeichnet sich durch erhöhte Belastungen und zu lange Arbeitszeiten aus. Schon vor der Pandemie war ‚Arbeiten am Limit' verbreitet. Dies gefährdet die Gesundheit von Lehrkräften und macht den Beruf unattraktiv – Schwierigkeiten bei der Lehrkräfteversorgung sind die Folge. Die Pandemie zeigt, dass die Bewältigung von zusätzlichen Anforderungen viel Kraft kostet. Als Nachwirkung ist mit Erschöpfungserscheinungen zu rechnen, welche die Spielräume für die Weiterentwicklung von Schule zusätzlich verengen.

Auf der arbeitspolitischen Tagesordnung steht die Organisation und Finanzierung einer gezielten Unterstützung gesundheitsgefährdeter Lehrkräfte (psychische Erschöpfung, professionelle Unterstützung) sowie substantielle Entlastungen hochbelasteter Lehrkräfte (z.B. Reduktion der Stundenverpflichtung, Wegfall von Zusatzaufgaben, Unterstützung durch andere Berufsgruppen, durch Infrastruktur etc.). Vorschläge z.B. vom Niedersächsischen Expertengremium Arbeitszeitanalyse liegen dazu vor.

Weil sich unsere Gesellschaft in der digitalen Transformation befindet, müssen alle Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen digitale Kompetenzen erwerben, um gleichberechtigt am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Um dies zu gestalten und angepasste Konzepte für das digitale Lehren und Lernen zu realisieren, müssen Schulen möglichst passgenaue Strategien zur Entwicklung von digitalen Lernkonzepten und zum Aufbau digitaler Infrastrukturen entwickeln.

Eine solche Strategieentwicklung sollte als partizipativer Prozess aller an der Schule beteiligten Akteursgruppen (Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern) gestaltet werden. Nur im Zusammenspiel der verschiedenen Akteur_innen sind zukunftsfähige Lösungen belastbar und tragfähig.

Lehrkräfte benötigen Spielräume, um das digital unterstützte Lehren und Lernen zu gestalten: Die Umsetzung der Digitalisierung stellt alle Lehrkräfte vor die Herausforderung, ihr persönliches Unterrichten weiterzuentwickeln und sich am Schulentwicklungsprozess zu beteiligen, wie digitale Medien und Techniken pädagogisch sinnvoll zu integrieren sind. Die digitalen Kompetenzen von Lehrkräften sind jedoch unterschiedlich ausgeprägt und ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten unterscheiden sich stark sowohl zwischen den Schulen als auch zwischen den Bundesländern (Fort- und Weiterbildung).

Es bedarf größerer Anstrengungen bei der Entwicklung digitaler Kompetenzen für das Lehren und Lernen. In Pandemiezeiten wurden bereits wichtige Erfahrungen gesammelt, an die es jetzt anzuschließen gilt. Dazu sollten die Zeitspielräume für individuelles Lernen erweitert, non-formales Lernen gezielt gefördert (Erfahrungsaustausch im Kollegium, kollegiales Lernen etc.) und formale Angebote der Fort- und Weiterbildung verstärkt angeboten werden.

In digitalen Nachzüglerschulen häufen sich die Probleme der Digitalisierung: Der überraschende Befund, dass in Schulen mit einer entwickelten digitalen Strategie und Infrastruktur nicht nur viel weniger technische Probleme auftreten und das digitale Lernen stärker ausgeprägt ist, sondern die Lehrkräfte auch ihre berufliche Situation, die Entwicklung ihrer digitalen Kompetenzen, ihre Arbeitssituation und Arbeitszufriedenheit besser bewerten, zeigt: Lehrkräfte sind motiviert, passende moderne Lehr- und Lernformen mit digitalen Medien und Techniken umzusetzen. Sie benötigen jedoch die entsprechenden Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten.

Wir empfehlen daher, dass die Schulverwaltungen und die Politik diese Motivation unterstützen, indem sie endlich ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellen, operative und fördertechnische Hürden des Digitalpakts beseitigen und die Nutzung der verfügbaren Mittel für integrierte digitale Schulkonzepte erleichtern. Digitale Entwicklungsprozesse sollten von eigenverantwortlichen Schulen entschieden weiter vorangetrieben werden.

Die digitale Kluft an Deutschlands Schulen gefährdet die Kompetenzentwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe.

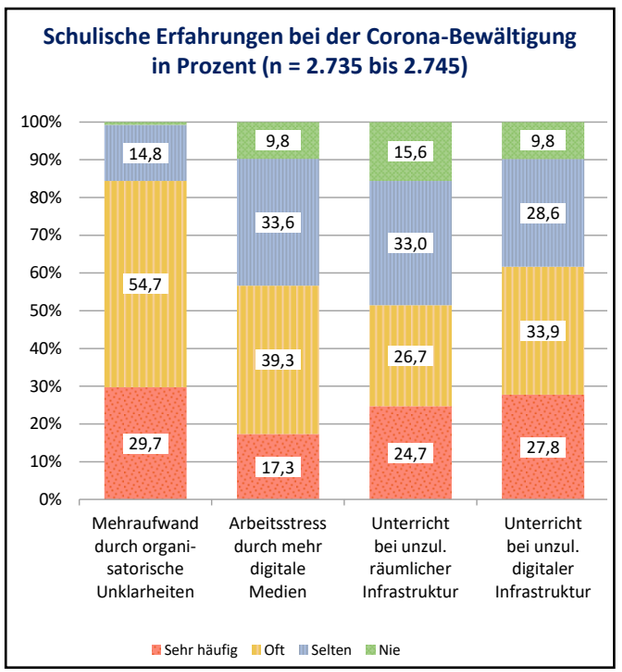
In vielen Schulen erwerben Schülerinnen und Schüler nicht die digitalen Kompetenzen, die notwendig sind. Eltern erfahren nicht die Unterstützung, die möglich ist. Und Lehrkräfte erleben eine Benachteiligung in der Ausübung ihres Berufes, weil sie mit viel mehr Herausforderungen, Hindernissen und am Ende auch Belastungen konfrontiert sind, als in Schulen mit explizit digitaler Orientierung.

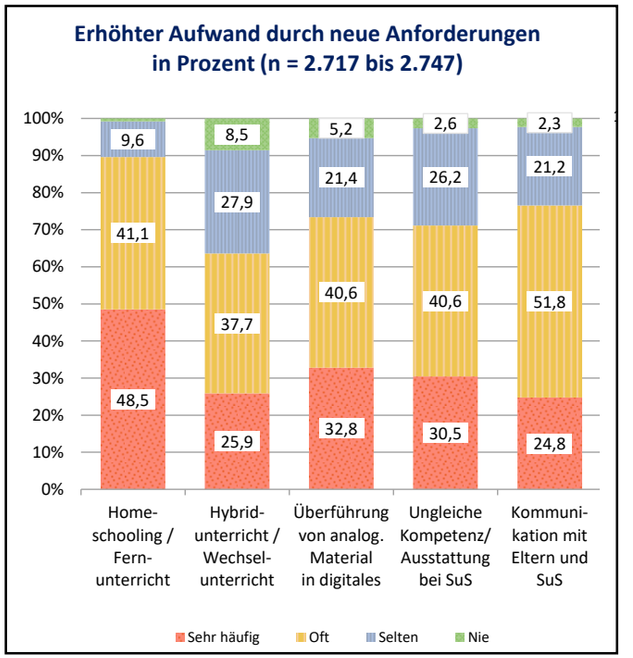
Es sind daher nachdrücklich Maßnahmen zur Überwindung der digitalen Kluft anzuraten. Schulen müssen in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Schulleitungen müssen ermuntert werden, sich auf partizipative Entwicklungsprozesse einzulassen. Digitale Infrastrukturen müssen forciert und pädagogisch angemessen ausgebaut werden.

FRANK MUßMANN
Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen

Der wissenschaftliche Abschlussbericht mit allen Befunden ist für September 2021 geplant.

Studienergebnisse und Materialien im Download unter www.arbeitszeitstudie.de





Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel und Rückseite: hlz/Foto: Sven Timmann – Klipper Ambiance

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 9-10/2021: 2.9.2021

Endlich tut sich was, aber…

Die bislang für Pädagog_innen an den Hamburger Schulen vorgesehenen digitalen Werkzeuge genügen nicht den Anforderungen pädagogischer Arbeit

Nun ist es offiziell. Die Hamburger Schulbehörde hat mit dem Schreiben vom 15.3.2021 bekannt gegeben, dass alle am Unterricht beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen an den Hamburger Schulen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden sollen. Dies begrüßt der GPR ausdrücklich. So wird hier endlich einer längst überfälligen und vom GPR geforderten Beschaffung von dienstlichen digitalen Endgeräten im Rahmen der Digitalisierung der Schulen im Zuge der Umsetzung des Digitalpaktes IV grundsätzlich nachgekommen. Nun geht es an die Umsetzung des Vorhabens und hier sind noch viele Fragen offen.

Laut Schulbehörde soll „mit den digitalen Dienstgeräten vorrangig im Unterricht, bei der Unterrichtsvor- und -nachbereitung und bei der Organisation und Dokumentation des Unterrichts und der Ergebnisse gearbeitet werden.“ (Brief des Landesschulrats vom 15.03.2021) Für die Ausgestaltung dieser dienstlichen Aufgaben dürfen sich die Schulen nach erster Vorabfrage zwischen zwei Arten von Tablets entscheiden.

Mit dieser einheitlichen Festlegung auf zwei vorbestimmte Endgeräte verpasst die Behörde nicht nur die Chance, geeignete passgenaue Geräte für den Bedarf vor Ort anzuschaffen, sondern erfüllt auch nicht die durch den Arbeits- und Gesundheitsschutz vorgegebenen Grundlagen zum Schutz der Beschäftigten, wie z.B. die ergonomischen Voraussetzungen für die Bildschirmarbeit. Ein Beispiel hierfür ist die Größe der Bildschirme, zumal allen Beteiligten einleuchten dürfte, dass Tablets für die aufwändige häusliche Unterrichtsvor- und -nachbereitung nicht geeignet sind, sondern primär im mobilen Einsatz im Unterricht selbst ihre Stärken haben. Zum Beispiel könnten höherwertige Laptops mit einer gewissen Bildschirmgröße die von der BSB bisher genannten Aufgabenfelder deutlich besser erfüllen und sollten als alternatives oder ergänzendes Angebot von der Dienstelle bereitgestellt werden.

Ohnehin hätte eine Gefährdungsanalyse im Voraus stattfinden müssen, einhergehend mit einer genauen Beschreibung der Tätigkeiten, die mit den Geräten geleistet werden sollen. Auf diese Sachverhalte hat der GPR die Schulbehörde mehrfach in Gesprächen hingewiesen und sieht hier, dass die BSB die Vielfältigkeit der zu erfüllenden Aufgaben in der Hamburger Schullandschaft und ihre Fürsorgepflicht als Dienstherr nicht genug im Blick hat. Auch sieht der GPR die Notwendigkeit, langfristiger zu planen. Hier reicht es nicht, in der schnelllebigen digitalen Zeit die einmalige Beschaffung von Endgeräten seitens der BSB zu gewährleisten, sondern es müssen auch zeitnah Arbeitsplätze in Schulen und zu Hause, z.B. mit Hilfe von zusätzlichen Bildschirmen mittels Dockingstations, geschaffen werden, die in die Struktur eines Arbeitsplatzes integriert werden können. Gleichzeitig muss die langfristige Finanzierung der Erneuerung und Wartung der Geräte sichergestellt werden.

Im Schreiben der BSB vom 15.03.2021 kündigt diese an, dass sie Lehrerinnen und Lehrer sowie Beschäftigte im Unterricht mit Endgeräten ausstatten will. Falls Kolleg_innen, die nicht unter diese Oberbegriffe fallen, an den Schulen durch diese Regelung aus der Ausstattung mit Endgeräten herausfallen, wird dies längerfristig an Schulen zu Problemen führen. Hier sind die Schulleitungen gefordert, für alle Kolleg_innen Dienstgeräte anzufordern, damit alle in Schule Beschäftigten in die Arbeitsprozesse integriert werden können.

Der GPR geht davon aus, dass die dienstlichen Geräte, das Betriebssystem und die weitere Software zukünftig seitens der Schulbehörde zur Verfügung gestellt und in ein Wartungs- und Supportkonzept einbezogen werden. Dieses Konzept muss sowohl datenschutzkonform sein als auch ein barrierefreies Arbeiten ermöglichen. Ohne diese Grundvoraussetzungen und IT-Verantwortlichen ist die Nutzung und Akzeptanz der Dienstgeräte aus Sicht des GPR nicht gewährleistet.

Eine Einigung zwischen GPR und BSB kann deshalb ggf. dazu führen, dass geeignete Geräte nicht zu Beginn des nächsten Schuljahrs ausgeliefert werden können.

aus: GPR-INFO VOM MAI 2021

Lesen in der digitalen Welt

Gibt es die zunehmende Leseschwäche trotz oder wegen der dramatisch gestiegenen Nutzung digitaler Medien?

Eine Sonderauswertung der PISA-Studie von 2018 zur Lesekompetenz in der digitalen Welt wurde im Mai 2021 veröffentlicht. Lange vor Corona und der zugespitzt kritischen Debatte über die Digitalisierung an Schulen wird OECD-weit der Blick auf die Lesekompetenz der 15-Jährigen im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien in Schule und Privatleben gerichtet.

Nach 15 Monaten Coronapandemie und vielen Monaten, in denen Schule im Lockdown für viele Schüler_innen ganz ausfiel oder nur stark eingeschränkt stattfand und durch digitales Homeschooling mehr schlecht als recht ersetzt wurde, kann diese Untersuchung ein Schlaglicht auf die Problemlage schon vor der Pandemie werfen. Die Bedingungen für eine Trendumkehr bei der Lesekompetenz am Ende der Pflichtschulzeit in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem für die Verbesserung der Bildungschancen für Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien sind schlecht:

„Rund 21 Prozent der Schüler_innen in Deutschland erreichen im Bereich Lesekompetenz nicht das für ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft erforderliche Mindestniveau. Wenn ein beachtlicher Teil der Schüler_innen gegen Ende der Pflichtschulzeit Leseschwächen aufweist, lohnt sich ein Blick auf frühere Stadien des Lernprozesses. In der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU), in der Schüler_innen der 4. Jahrgangsstufe getestet werden, hat sich Deutschlands Position im Länder-Ranking im Bereich Lesekompetenz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern im Zeitverlauf deutlich verschlechtert.“

Auch die Ergebnisse von PISA 2018 zeigen deutlich, dass die Lesekompetenz ganz entscheidend vom sozialen Status der Schüler_innen abhängt. Dieser Zusammenhang gilt in allen untersuchten Ländern, aber nach wie vor ist er in der Bundesrepublik besonders ausgeprägt. Das zeigt sich auch beim Beherrschen von Lesestrategien. „Die Ergebnisse für Deutschland zeigen auch, dass bei der Beherrschung effektiver Lesestrategien erhebliche Unterschiede zwischen sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Schüler_innen bestehen. In PISA 2018 wies Deutschland bei diesem Index das viertgrößte sozioökonomische Gefälle aller teilnehmenden Länder und Volkswirtschaften

nach der Schweiz, Luxemburg und den Vereinigten Staaten auf. Die Kenntnis effektiver Lesestrategien scheint im Hinblick auf Chancengerechtigkeit eine entscheidende Rolle zu spielen“.

Schon vor Grundschuleintritt bestehen diese Leistungsunterschiede aufgrund von sozialen Statusunterschieden, weshalb dafür plädiert wird, bereits in den Grundschulen die Anstrengungen bei der Leseförderung zu intensivieren.

Neben dem sozioökonomischen Status ist das Geschlecht besonders in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidendes Merkmal für die Lesekompetenz: Mädchen haben eine deutlich höhere Lesekompetenz als Jungen. Bietet nun die zunehmende Digitalisierung bessere Chancen, die Schere in der Lesekompetenz zwischen Kindern aus armen und aus wohlhabenden Haushalten zu schließen? „Wer also jemals dem Irrglauben anhing, das Internet könne die soziale Schere gerade bei der Lesekompetenz schließen, hat sich gründlich geirrt. Das Gegenteil ist der Fall: Die soziale Spreizung bei der Lesekompetenz setzt sich im Internet fort, sie verschärft sich sogar. Kinder aus Familien mit vielen Büchern, deren Eltern ihnen vorgelesen haben und nach wie vor selbst zum Vergnügen lesen, können auch besser mit den Quellen im Internet umgehen.“ (Heike Schmoll in: FAZ v. 20.5.2021)

Zunächst aber wird der im Corona-Lockdown vermittelte Eindruck bestätigt, dass die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausstattung und Anwendung digitaler Medien an Schulen dem Durchschnitt der Industriestaaten hinterherhinkt. „ICILS (eine internationale Studie, K.B.) 2018 zeigte, dass in Deutschland in der Schule kaum digitale Geräte benutzt werden, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern. Dieser Befund bezieht sich auf alle Schularten und Fächer. Zwei Drittel der Achtklässler_innen in Deutschland gaben an, im Unterricht nie digitale Medien genutzt zu haben.“

Während 2018 nur die Hälfte der deutschen Schüler_innen angaben, digitale Geräte zum Lernen zu nutzen, waren das OECD-weit bereits Dreiviertel.

Das ist mit der Beschleunigung bei der Umsetzung des Digitalpakts 2020/21 sicherlich besser geworden.

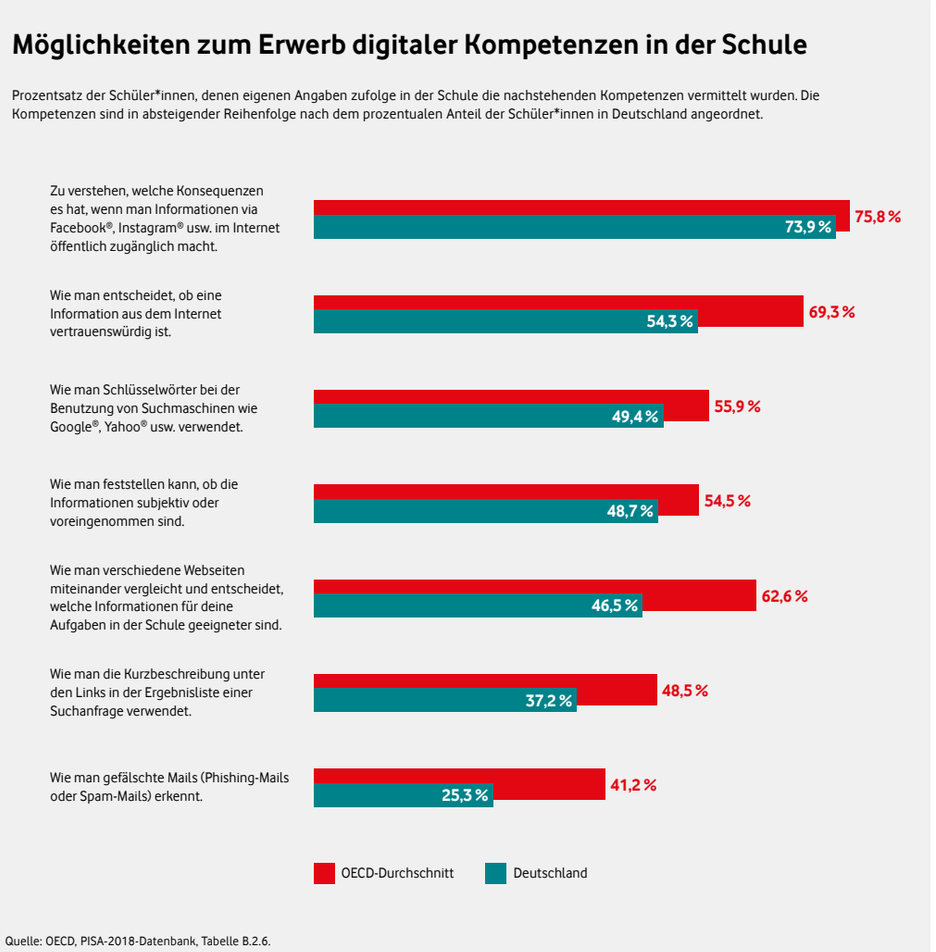
Aus den PISA-Erhebungen 2018 geht auch hervor, dass die Internetnutzung der 15-Jährigen in der OECD bis 2018 innerhalb von sechs Jahren von 21 auf 35 Stunden wöchentlich oder um 66 Prozent zugenommen hat. Gleichzeitig hat sich die Freude am Lesen (digital und analog) zwischen 2009 und 2018 im Durchschnitt aller Länder leicht zurückgebildet, in der Bundesrepublik stärker als in fast allen anderen Ländern. 11 Prozent mehr Schüler_innen in Deutschland sagen 2018, dass sie nur lesen, wenn sie müssen.

„Wer also jemals dem Irrglauben anhing, das Internet könne die soziale Schere gerade bei der Lesekompetenz schließen, hat sich gründlich geirrt.“ (Heike Schmoll, aus FAZ vom 20.5.21)

Schon der Hinweis darauf, dass die Freude am Lesen relativ unabhängig davon ist, ob digital oder analog gelesen wird, lässt am einfachen Kausalschluss, dass das Lesen zurückgeht, weil die Beschäftigung mit dem Internet zunimmt, zweifeln. Vielmehr gilt auch bezogen auf digitale Medien, dass der sozioökonomische Hintergrund der Schüler_innen sowohl für die Freude am Lesen als auch für den Erwerb der Fähigkeiten dafür entscheidend ist:

„Aus den Schülerangaben geht hervor, dass die Schule nicht für eine flächendeckende Vermittlung digitaler Kompetenzen sorgt und dass zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund der Schüler_innen und ihren Möglichkeiten zum Erwerb wichtiger Lesekompetenzen für digitale Kontexte ein deutlicher Zusammenhang besteht. Im OECD-Durchschnitt gaben Schüler_innen mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund seltener an, in der Schule gelernt zu haben, wie man verzerrte Informationen im Internet erkennen kann als Schüler_innen mit günstigem sozioökonomischem Hintergrund, wobei sich der Unterschied auf acht Prozentpunkte belief. In Deutschland fällt der Unterschied sogar noch größer aus, ebenso wie in Belgien, Brunei Darussalam, Dänemark, Luxemburg, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten (mindestens 14 Punkte).“

Eine weitere Erkenntnis aus der Untersuchung könnte auf den ersten Blick als Bestätigung derjenigen gelesen werden, die vor dem weiteren Ausbau der Digitalisierung der Schulen warnen: „Geht die Nutzung digitaler Geräte in der Schule bzw. für schulische Zwecke mit einer höheren Lesekompetenz einher? In PISA 2018 war nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Status der Schüler_innen und Schulen in 35 Ländern und Volkswirtschaften ein negativer Zusammenhang zwischen den Schülerleistungen im Bereich Lesekompetenz und der Nutzungsdauer digitaler Geräte für schulische Zwecke festzustellen. In Deutschland war dieser negative Zusammenhang am stärksten ausgeprägt: Eine Erhöhung der wöchentlichen Nutzungsdauer digitaler Geräte für schulische Zwecke um eine Stunde ist – unter Berücksichtigung des sozioökonomischen Status der Schüler_innen und der Schulen – mit einer Veränderung der Schülerleistungen im Bereich Lesekompetenz um -27 Punkte verbunden (gegenüber einem OECD-Durchschnitt von -7 Punkten).



Die PISA-Ergebnisse sind korrelativ und lassen daher keine Aussagen über die Kausalrichtung der beobachteten Zusammenhänge zu, etwa darüber, ob die IKT-Nutzung von Schüler_innen zu schwächeren Leistungen führt oder ob leistungsschwache Schüler_innen tendenziell häufiger IKT nutzen.“

Der Erwerb digitaler Kompetenzen ist ebenso vom sozioökonomischen Status der Schüler_innen abhängig wie der Erwerb der Lesekompetenzen generell. Das ist auch nicht weiter überraschend. Dass das in der Bundesrepublik besonders stark ausgeprägt ist, liegt auch daran, dass die Schüler_innen durch das gegliederte Schulsystem viel stärker nach sozioökonomischen Hintergründen getrennt lernen als anderswo. Insofern ist der Ausbau der Digitalisierung der Schulen kein Treiber der sozialen Disparitäten im Unterricht, sondern entspricht nur der generellen Struktur des Schulsystems. So wie es nötig ist, Fördermaßnahmen z.B. bei der Lesekompetenz für die sozial benachteiligten Schüler_innen und ihre Schulen mit mehr Nachdruck als bisher zu entwickeln, so ist eine solche Förderung auch bei der kritischen Nutzung digitaler Medien erforderlich.

KLAUS BULLAN

Endlich zurück

Anfangen, Auffangen, ins Gespräch kommen – Bericht vom 2. digitalen Forum der GGG – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V.

So lautet der Titel einer wunderbar praxisnahen Broschüre einer Hamburger Schule. Weniger positiv antwortete vor kurzem ein Schüler der 7. Klasse einer anderen Schule auf die Frage, ob er sich freue, wenn er wieder zur Schule gehen könne: „Nein, überhaupt nicht, die Lehrer haben uns schon angekündigt, dass wir dann unheimlich viele Klassenarbeiten schreiben werden."

Diese Aussage steht in einem krassen Widerspruch zu der überall bemühten Erkenntnis, Corona habe gezeigt, wie wichtig die Schule für den sozialen Zusammenhalt der Schüler_innen sei und wie sehr sie sie schätzen gelernt hätten. Ob dem Rechnung getragen wird, hängt sehr davon ab, mit welchem Verständnis die jeweilige Schule den Schüler_innen entgegen tritt. Aus unserer Sicht muss Schule ein guter Ort für ihre Schüler_innen sein, an dem gerade in Krisenzeiten der Austausch über Lebens- und Arbeitsbedingungen und das Lernen einen Platz haben.

Lehrkräfte, didaktische Leiter_innen, Schulleiter_innen aus 25 Stadtteilschulen, Vertreter_innen von Elternorganisationen, GEW und Schulberater_innen waren auf unserem zweiten Forum vertreten. Ein klares Ergebnis war, dass das schulische Leben und Lernen nicht nur in Corona Zeiten verändert werden muss. Es wurde deutlich, was Schüler_innen generell brauchen, um die Schule als einen Ort zu erleben, an dem sie das lernen, was zu einem guten und erfolgreichen Leben gehört.

Dafür hat das Forum eine Vielzahl anregender Beispiele und Modelle erbracht (nähere Informationen siehe: https://www.ggg-web.de/z-hh-diskurs/183-hh-schule-leben-lernen-lehren – Anm. d. Red.).

Neben allem Enthusiasmus, mit dem die Teilnehmer_innen ihre Arbeit und Erfolgserlebnisse darstellten, wurde aber auch überdeutlich, dass viele am Rande ihrer Möglichkeiten agieren.

So kann es nicht weiter gehen!

Mit Vehemenz wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die von der Behörde verlangte Ausrichtung des Unterrichts auf Klassenarbeiten und Prüfungen die Belastungen verstärke. Das Festhalten am Auslesen fördere unsinniges Pauken und behindere sinnvolles und bedeutsames Lernen. Stattdessen müssten sich Lerninhalte stärker an den Interessen und Erfahrungen der Schüler_innen orientieren, sie dürften nicht von den Rahmenplänen erdrückt werden.

Die Schule muss sich in dieser herausfordernden Zeit bei laufendem Betrieb in vielen Teilen „neu erfinden". Das geht nicht ohne regelmäßigen kollegialen Austausch, fachliche Beratung, Fortbildung, Supervision. Dafür müssen sofort Zeiträume zur Verfügung gestellt werden. Überdeutlich wurde: Die Ausstattung mit neuen Medien erfordert zusätzliche Stellen für Systemadministrator_innen. Die Einrichtung, Pflege und Wartung von Geräten und Netzen kann nicht noch zusätzlich den Pädagog_innen aufgebürdet und auch nicht aus Unterrichtsstunden finanziert werden.

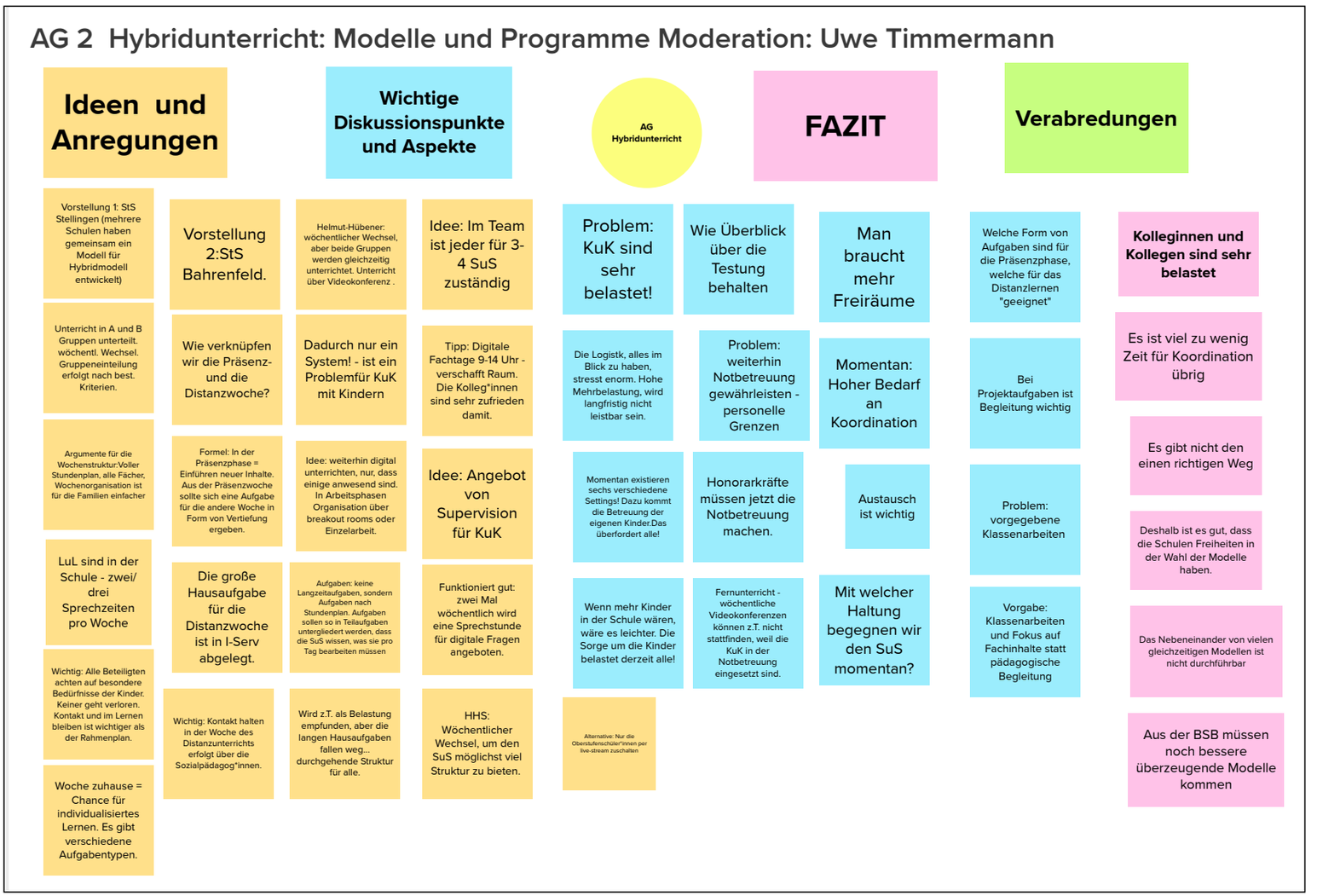
Es führt kein Ablenkungsmanöver daran vorbei: Die Schulen brauchen zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für die genannten Aufgaben! Ein „Weiter so" auch nach der Pandemie kann es nicht geben! Es geht um mehr Qualität in der Kooperation der Kolleg_innen und in der Begleitung und Betreuung der Schüler_innen. Nicht nur in, sondern auch nach der Zeit der Pandemie.

Die GGG fordert den Senat auf, den in der Pandemiezeit deutlich gewordenen Erfordernissen aus der Praxis endlich gerecht zu werden.

Nächste Schritte

Die GGG-Hamburg ist derzeit in Planung und Vorbereitung einer „Hamburger Arbeitsgruppe Lernkultur". Ein nächstes Forum könnte sich mit der Frage befassen: „Schule nach Corona – Lehren aus der Pandemie"

aus: NEWSLETTER DER GGG HAMBURG



Die Abwicklung

Interview mit Mitgliedern des Schulsprecher_innenteams und der Betriebsgruppe der „Abendschule Vor dem Holstentor“ (ASH) darüber, wie grundsätzlich falsch die Behörde Strukturveränderungen plant

hlz: *Der klassische Zweite Bildungsweg bot vor allem in den 1970er und 80er Jahren vielen eine Chance, die „Weihen höherer Bildung“ zu erlangen, weil der Anteil derjenigen, die auf dem Ersten Bildungsweg die Hochschulreife erreichten, noch sehr klein war. Das aber hat sich deutlich verändert. Wer entscheidet sich heutzutage dafür, die Hochschulreife auf dem Abendgymnasium zu erwerben?*

Schulsprecher_innenteam: Die Biografien, die ans Abendgymnasium führen, sind sehr vielfältig. Viele Schüler_innen durchlebten Krisenzeiten oder lange Krankheitsphasen, die ihren konventionellen Schulbesuch verhinderten, einige kommen aus schwierigen familiären Verhältnissen. Zumeist bringen sie verschiedenste berufliche Erfahrungen mit, kümmern sich um Familie oder Kinder. Viele fielen durch die Raster der Unterstützungsangebote, wurden von bürokratischen Hürden blockiert oder entwickelten tiefsitzende Ängste vor Bildungseinrichtungen.

Betriebsgruppe: Das Wort „Abendgymnasium“ trifft es auch nicht, um pedantisch zu starten: Es geht um alle Bildungsabschlüsse an unserer Schule. Bei uns gibt es ein Vormittagsprogramm, womit der ESA erworben werden kann, im Nachmittags- und Abendbereich der MSA und das Abitur. Grundsätzlich gilt aber, dass sich der Charakter in der Erwachsenenbildung seit den 1990er Jahren grundlegend gewandelt hat. Für die 1980er Jahre gilt noch dieses Bild, dass es die festangestellte Bürokraft oder ein_e Industriearbeiter_in gewesen ist, die aus einem relativ planbaren Lebensweg heraus diese Chance ergriffen. Uns allen ist klar, dass sich seitdem unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse verändert haben. Unsere Schule ist mehr ein Reparaturbetrieb. Es geht um die wachsende Zahl derjenigen, die durch z.B. psychische Erkrankungen oder Schulverweigerung den Ersten Bildungsweg abbrechen mussten, um prekär Beschäftigte, die viele Jobs haben und eine unsichere Zukunft. Und natürlich Geflüchtete, Leute aus migrantischen Communities, die noch einmal ganz andere Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen mitbringen. Die Heterogenität ist schon enorm.

Fotos: hlz

Lichthof der „Abendschule Vor dem Holstentor“ in ihrer einzigartigen Architektur. Schüler_innen protestierten am 4. Dezember 2019, als sie erfuhren, dass sie mit den anderen beiden Bildungseinrichtungen für Erwachsene zusammengelegt werden sollen und das Gebäude wohl verlassen müssten, nachdem die jahrelangen Renovierungsarbeiten unter dem Motto „Gute Räume für gute Bildung“ gerade abgeschlossen waren.

hlz: *Nun stehen Strukturveränderungen an. Was könnt ihr nachvollziehen?*

Betriebsgruppe: Das ist nicht ganz so einfach. Der ganze Prozess, der nun in diesen Strukturveränderungen kulminiert, war schräg. Schließlich hat das Kollegium nur über Flurfunk mitbekommen, dass dies überhaupt geplant war. Es hieß plötzlich, dass die Justizbehörde an unserem Gebäude interessiert sei…

Schulsprecher_innenteam: …der große Pluspunkt unserer Schule, da fühlt man sich als Schüler_in einfach wertgeschätzt, wenn du allein diesen Lichthof betrittst…

Betriebsgruppe: …und dann über Ecken zu erfahren, dass auch unser Leiter von der Behörde gebeten wurde, ein „Fusionspapier“ auszuarbeiten, ohne dies ans Kollegium kommunizieren zu dürfen – das schafft nicht unbedingt eine Grundlage, um einer solchen Veränderung positiv gegenüberzustehen.

Schulsprecher_innenteam: Ne, also: Wenn wir jetzt davon ausgingen, dass die Behörde wirklich realisieren würde, was sie nun für das ZEH (Zentrum für Erwachsenenbildung) verspricht, dann gibt es da schon ein paar Verbesserungen – für uns Schüler_innen: Eine umfangreiche Bibliothek, ein gut ausgestattetes Selbstlernzentrum, der Ausbau der Unterstützungssysteme…

Betriebsgruppe: Klar, das ist ein wichtiger Punkt, dass wir über sozialpädagogische oder psychologische Kräfte verfügen müssten, dass Synergieeffekte entstünden, wenn die Einrichtungen der Erwachsenenbildung besser miteinander vernetzt wären, aber…

Das Gebäude der „Abendschule Vor dem Holstentor“ wirkte 75 Jahre als dritter Pädagoge - Renovierungsarbeiten im Jahre 2018

hlz: *Das hört sich doch ganz gut an. Was seht ihr denn kritisch?*

Schulsprecher_innenteam: Grundsätzlich könnte alles, was sinnvoll und gut an dieser Veränderung ist, auch in die bestehenden Systeme integriert werden. Dafür bräuchte es diese Strukturveränderung nicht. Desaströs ist, wie dieses „Projekt“ initiiert wurde und durchgeführt wird. Prinzipiell müsste es doch so sein, dass von der Basis aus Probleme oder Potentiale bestimmt werden, um anhand dessen mög-

In Hamburg existieren drei staatliche Institutionen, an denen Erwachsene sämtliche Schulabschlüsse erwerben können: das Hansa-Kolleg, die Abendschule St. Georg und die Abendschule Vor dem Holstentor. Innerhalb der Schulbehörde gibt es schon seit über zehn Jahren Pläne, die unterschiedlichen Institutionen der Erwachsenenbildung zusammenzulegen. Der Senat will nun diese Pläne verwirklichen: Die Neugründung eines ‚Zentrums für Erwachsenenbildung‘ (ZEH) ist für den Sommer 2022 angesetzt. Trotz all der Versprechungen, dass es sich hierbei um eine „Weiterentwicklung“ der Erwachsenenbildung handele, gibt es Kritik an und Protest zu diesen Plänen, schließlich könnte die Einsparung zweier Standorte und des entsprechenden Personals der eigentliche Grund für die Pläne der Behörde sein. In diesem Sommer sollen das Schulgesetz und die APO-AH verändert werden, um einen weiteren Schritt Richtung „Neugründung“ zu gehen.

SP-TEAM und BG

liche Ziele für die Veränderung zu formulieren. Die Behörde ging genau umgekehrt vor: Erst sollte der Kreis der Entscheider_innen möglichst klein gehalten werden, denn die Ziele standen fest; aber über das Konkrete, die Inhalte oder Probleme, darüber kann sich ja noch später Gedanken gemacht werden.

Betriebsgruppe: Unser Personalrat hat bereits im März 2019 die Behörde mit der Frage angeschrieben, inwiefern solche großen Veränderungen ins Haus stünden, doch die Antwort blieb vage. Erst als unsere Aktivitäten zunahmen, gab es Bewegung in der Behörde.

Schulsprecher_innenteam: Wir haben eine Petition zum Erhalt unserer Schule mit 1400 Unterschriften gesammelt, in der Schüler_innenkammer haben wir Rabe zur Rede gestellt.

Betriebsgruppe: Es gab eine Kleine Anfrage von Sabine Boeddinghaus von der Linken dazu, wie es denn jetzt weitergehen könne; es gab selbst ein Treffen mit Rabe vor den Bürgerschaftswahlen, in dem allerhand versprochen und zugesichert wurde – man „gewährte" nun auch Partizipation. Im Februar letzten Jahres wurden AGs eingerichtet, in denen zumindest über bestimmte Aspekte diskutiert werden sollte. Spannender war und ist, dass kritische Anmerkungen unsererseits in den AGs den Weg nicht in die Protokolle fanden und wir somit nicht über das „Ergebnispapier" abstimmen konnten, das dem Senator vorgelegt worden war, um diese „Strukturveränderungen" zu finalisieren. Eine „Pseudopartizipation"!

Schulsprecher_innenteam: Also, um das zu verdeutlichen: In diesem „Ergebnispapier" stand plötzlich drin, dass 40 Prozent der Oberstufenschüler_innen doch online das Abitur erwerben könnten. Dabei haben wir diese Zahl nie diskutiert, es gibt auch keine Grundlage dafür, eine solche Zahl anzunehmen...

Betriebsgruppe: ...außer wir gehen davon aus, dass das angedachte Gebäude für dieses Zentrum eben zu klein ist, um all die Schüler_innen der drei Schulen aufzunehmen. Das ist nämlich die andere Setzung: Das Gebäude am Holzdamm steht leer und bewirkt Kosten für die Behörde. Und wenn die Zahlen nicht passen, dann wird es halt passend gemacht. Gerade wenn wir unsere Erfahrungen aus der Pandemie einbeziehen, dann wissen wir, dass unsere Leute den persönlichen Umgang, die kleinen Gruppen brauchen, um Vertrauen zu fassen und sich entwickeln zu können. Haben wir 40 Prozent der Leute nur online, dann wird die Abbrecherquote weiter steigen. Das war indes der Grund für die Behörde, uns diesem Prozess auszusetzen: Wir würden ja die Hälfte der Leute auf dem Weg zu den Abschlüssen verlieren. Wer denke denn an all diejenigen, die nicht ankämen! Als ob es der Behörde genau darum ginge!

Diese Behörde, die Schülerbiographien anführt, um ihre Pläne zu rechtfertigen, will auch das Schulgesetz, die APO-AH, verändern, um den Zweiten Bildungsweg eben nicht länger für alle offen zu halten. Ein rot-grüner Senat will in Zukunft selektieren, um zu entscheiden, wer diese Möglichkeit nutzen darf. Es sind Tests im Gespräch, die Unterrichtsstoffe abfragen. Wir wissen aber, dass für die Abbruchquote nicht die mangelnde fachliche Qualifikation verantwortlich ist! Es gibt ja mit der Bellenberg-Studie vom Januar 2019 sogar den wissenschaftlichen Nachweis, dass unsere Quoten bundesweiter Durchschnitt sind und dies ein generelles Problem des Zweiten Bildungsweges ist. Aber anstatt dies wirklich anzugehen, gemeinsam erst einmal das Problem zu analysieren, ist diese „Neugründung" gesetzt. Zwar hat Rabe versprochen, dass die Behörde mehrere Alternativen prüfen will, aber davon haben wir wenig gespürt.

***hlz:** Wie könnten wir Euch unterstützen?*

Betriebsgruppe: Von gewerkschaftlicher Seite haben wir schon viel Unterstützung erfahren und wir hoffen auch, dass durch dieses Interview sich auch gerade die Kolleg_innen der beiden anderen Schulen mit uns solidarisieren und wir damit in den nächsten Monaten noch öffentlichen Druck erzeugen können.

Schulsprecher_innenteam: Bald soll ja eine Veränderung des Schulgesetzes verabschiedet werden und dann wollen wir eine Kundgebung organisieren, Öffentlichkeit schaffen und es wäre famos, wenn uns möglichst viele dabei unterstützen könnten! Die Behörde wird einfach sonst ihren Willen durchsetzen.

Betriebsgruppe: Ja! Denn warum spricht die Behörde nun von „Neugründung", wo es anfangs „Fusion" hieß? Weil bei einer „Neugründung" unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten minimiert werden! Und schon jetzt rechnet uns die Behörde vor, dass wir sowieso in den letzten Jahren zu wenig gearbeitet hätten, so dass wir genug „angespart" hätten, um im laufenden Betrieb eigenständig die drei unterschiedlichen Schulsysteme zusammenführen zu können. Hier werden Probleme verschärft, aber nicht gelöst!

***hlz:** Wir danken für die Beantwortung der Fragen und wünschen euch in eurem Kampf um den Erhalt von Bildungschancen viel Erfolg!*

DIE REDAKTION

ANZEIGE

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- Speziell ausgebildete Berater für den öffentlichen Dienst
- Exklusive Vorteilsangebote für Mitglieder von Gewerkschaften und Verbänden
- Attraktive Produktvorteile unter www.bbbank.de/gew
- Informative Ratgeber und regelmäßige Newsletter mit aktuellen Informationen aus dem öffentlichen Dienst
- Interessante Veranstaltungen wie z. B. Exklusive Abende für den öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- Seit fast 100 Jahren Erfahrung und Kompetenz als Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Interesse geweckt?

Jetzt informieren
BBBank Filiale Hamburg
Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg
Telefon: 040/30 69 87 40
E-Mail filiale.363@bbbank.de
oder www.bbbank.de/gew

Folgen Sie uns

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

Foto: Yannic/Projekt Thor Heyerdahl

ERLEBNISPÄDAGOGIK

Hand gegen Koje

Interview mit unserer frisch gewählten ersten stellvertretenden Vorsitzenden Yvonne Heimbüchel, einer, die weiß, welche Wirkung außerschulisches Lernen hat

hlz: *Yvonne, ich habe gehört, du machst Segeltörns mit Schüler_innen. Wie bist du denn auf die Idee gekommen?*

Yvonne: also, ich bin über die Schule im Grunde genommen darangekommen, dass ein Kollege mich mal fragte, ob ich eine Segelreise in der Oberstufe als Studienfahrt mitmachen wolle? Das war dann schon im Rahmen einer richtigen Projektwoche und so vorbereitet, dass wir eine Einführung ins Nautische gekriegt haben. Dazu gehörte schon, dass wir auch die Essenspläne erstellt haben, weil wir uns selbst versorgen mussten. Wir hatten dann auf dem Ijsselmeer eine wunderschöne Zeit.

hlz: *Ich gehe mal davon aus, dass du schwimmen konntest, aber sonst? Du hast eben von nautischen Kenntnissen gesprochen. Hast du dir jetzt aufgrund von Erfahrungen diesbezügliches Wissen aneignen können?*

Yvonne: Ja, auf jeden Fall. Ich bin mittlerweile seit 2012 auf einem Dreimaster unterwegs, und auf diesem Traditionsegelschiff wird die seemännische Tradition noch richtig gepflegt. Es ist auch ein Verein zum Erhalt und zur Förderung der Seemannschaft, speziell der Jugendarbeit. Ja, ich habe da ganz viele unterschiedliche Handwerksbereiche kennengelernt. Man kommt in die Maschine und hat dann halt einen großen 400 PS-starken Deutz-Dieselmotor vor sich mit viel Schmiere und Lautstärke und den Gerüchen, die da sind, oder zur Bootsmannschaft, wo man spleißt und diverse Holzarbeiten macht …

hlz: *Das heißt, in solchem Fall besteht die Aufgabe darin, die Schüler_innen anzuleiten. Wenn sich dann ein Gefühl entwickelt, dass man das gemeinsam hinkriegt, haben alle Beteiligten ein Erfolgserlebnis.*

Yvonne: Genau. Als ich das erste Mal an Bord der Thor (Heyerdahl) kam, war ich auch „Schülerin“. An Bord ist man dann einfach jemand, der im Grunde „Hand gegen Koje“, so heißt das, fährt. Man wird bewegt, aber man muss natürlich selber etwas dafür tun, dass sich das Schiff auch bewegt. Da ist keine explizite Mannschaft, die einen durch die Meere segelt, sondern man legt selber Hand mit an in allen Bereichen. Das geht, wie gesagt, von der Maschine über die Kombüse, das ganz alltägliche Reinemachen bis hin zum Segelsetzen und Navigieren. Man wird mit eingebunden und erlebt wirklich alles hautnah. Es ist jetzt nicht belegt mit Scheinen oder mit irgendwelchen Zertifikaten, sondern ich habe mich – ja – überall eingearbeitet, wo es mir Spaß gemacht hat oder wo ich nötig war. Man merkt eben, dass es einfach Notwendigkeiten gibt. In der Gemeinschaft machen auch Notwendigkeiten total viel Spaß.

hlz: *Und wo ging es hin?*

Yvonne: Die ersten Törns gingen in die Dänische Südsee, das ist also das Ostsee-Gebiet von Kiel ausgehend Richtung Dänemark. Kiel ist der Heimathafen der Thor Heyerdahl. Dann waren wir viel auf tollen dänischen Inseln. Die nächsten weiteren Reisen gingen nach Norwegen, Richtung Larvik. Larvik ist die Heimatstadt von dem Namensgeber des Schiffes, Thor Heyerdahl, und 2016/2017 habe ich dann die große Reise mitmachen dürfen.

hlz: *Was heißt „große Reise“?*

Yvonne: Im Winterhalbjahr ist die „Thor Heyerdahl“ der Schulcampus für das Schulprojekt „Klassenzimmer unter Segeln“ (KUS), das von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführt wird. Der Wintertörn startet von Kiel aus über England, über die Kanaren nach Grenada, Panama, Kuba, Bermudas und dann waren es noch die Azoren, dann wieder England und dann Kiel.

hlz: *Wahnsinn! Und wie lange hat das gedauert?*

Yvonne: Das sind sechs Monate, die man unterwegs ist.

hlz: *Mit wie vielen Schüler_innen ist man da unterwegs?*

Yvonne: An Bord finden 50 Personen auf dem 50 m langen Schiff Platz. Das ist eine schöne Gedankenstütze. Davon sind es ca. 32 Schüler_innen, je nach Stammbesatzung.

hlz: *Was waren die größten Herausforderungen in Hinblick auf das Segeln, aber auch in Hinblick auf die Art des Zusammenlebens mit den Schüler_innen?*

Foto: Henry/Projekt Thor Heyerdahl

Chillen an Bord...

Foto: Yannic/Projekt Thor Heyerdahl

... aber auch hier wird gestestet

Yvonne: Ach, die größten Herausforderungen – man denkt, dass eigentlich diese Enge zu Problemen führen würde, das ist aber gar nicht so. Alle genießen es im Grunde genommen und finden ihren ganz, ganz eigenen Platz an Bord. Jeder hat so sein Eckchen, das man sich eben sucht und man findet dort seinen stillen Moment. Das ist tatsächlich gar nicht das Problem. Manchmal hat man mordsmäßig Hunger. Essen spielt einfach eine Riesenrolle. Wie man sagt: „food is good for the mood".

hlz: *Also Essen – das muss stimmen.*

Yvonne: Schon wenn die „Backschaft" anfängt, das Mittagessen vorzubereiten… Ja, allein dieser Geruch, der sich dann über Bord verströmt, das ist ein magischer Anziehungspunkt. Alle sind dann auf einmal ganz kribbelig, stecken ihren Kopf durch die Bullaugen in die Kombüse.

hlz: *Gab es eine Situation, wo ihr – man sagt ja wohl – Schwere See hattet?*

Yvonne: Ja, Schwere See gibt es hier und da mal. Dafür ist das Schiff aber bestens ausgestattet und die Mannschaft eben auch. Es werden alle von Anfang an gut darauf trainiert.

hlz: *Und die Schüler_innen, wie erleben die das bzw.: wie empfindest du , wie sie das erleben?*

Yvonne: Ein schönes Beispiel ist, wenn sie merken, dass ich auch mal seekrank werde. Sie sind immer ganz erstaunt, dass der Segelstamm, also die Erwachsenen, auch seekrank werden. Das ist für sie immer undenkbar. Dieses Gemeinsame über der Reling ist schon etwas ganz Besonderes. Auch das fördert wieder Gemeinschaft. Es geht einem dann zwar schlecht, aber man wird versorgt und es gibt total strahlende Gesichter, die sich freuen, dass sie nicht seekrank werden und die dann Pfefferminztee kochen und Zwieback bringen und sich wirklich rührend um einander kümmern und auch um mich. Das sind dann so die schönen Momente trotz der blöden, die es auch gibt. Man erlebt einfach alles ganz intensiv. Und dann ist sie erst mal wieder weg, die Seekrankheit, und man verschwendet keinen Gedanken mehr daran. Auch den Kindern geht es so. Man nimmt es gelassen, dass sie wiederkommen könnte, weil man weiß, sie geht auch wieder weg.

hlz: *Und die Kinder selbst, wenn sie Bilanz ziehen, was sagen sie nach diesen sechs Monaten?*

Yvonne: Viele wollen eigentlich gar nicht so richtig von Bord. Die Zeit der Rückreise – es gibt diesen Wendepunkt irgendwann – dann wird ganz viel Tagebuch geschrieben, dann erinnert man sich noch mal gemeinsam, man singt immer wieder die gleichen Lieder, die bestimmte Momente geprägt haben.

Ich habe von Schüler_innen gehört, die nach Hause gekommen sind und ihre großen Zimmer absurd fanden. Die ihre Matratze genommen haben, um sich irgendwo eine kleine Ecke zu suchen, weil sie eigentlich eher dieses Kammerdasein, dieses Reduzierte gewohnt waren und sich im großen Zimmer alleine, irgendwie verloren fühlten.

Und dann die gewonnenen Freundschaften! Die Kinder von der großen Reise kommen aus ganz Deutschland, teilweise auch aus anderen deutschsprachigen Ländern, Österreich und Schweiz. Da muss sich besucht werden. Die können nicht voneinander lassen. Das sind Freundschaften fürs Leben. Das ist ganz, ganz toll.

Es findet ja auch Unterricht an Bord statt und überführt es direkt in die Praxis in den jeweiligen Ländern. Die Sprache, das kulturelle Miteinander zu erleben, auch die kulturelle Andersartigkeit, das ist einfach großartig!

hlz: *Das heißt, wenn ihr in den jeweiligen Häfen ward, seid ihr an Land gegangen und habt auch Kontakte mit Jugendlichen dort gehabt?*

Yvonne: Ja, genau. Es gab so eine Art Austauschprogramm, das dann direkt für Sprachunterricht genutzt wurde. Es gibt einen engen Kontakt zu einer kubanischen Schule. Dort wird der Unterricht mitgemacht. In Panama leben die Kinder in Gastfamilien. Auch auf diese Weise entstehen Kontakte und Anschlussmöglichkeiten.

hlz: *Das klingt alles phantastisch. Warum macht man das nicht mit mehr Schüler_innen und als Programm, diesmal von der Bundesregierung aufgelegt, mit ein paar Milliarden unterstützt – frech, der Betrag, aber wenn man an das Geld für Computer denkt?*

Yvonne: Ja, das wäre natürlich sehr, sehr wünschenswert, wenn es jetzt gerade nach der Pandemie dazu käme, dass gerade solche außerschulischen Erfahrungen mehr und mehr möglich gemacht würden. Es müssen ja gar nicht die großen Reisen

Foto: Projekt Thor Heyerdahl

Anleitung in luftiger Höhe

Foto: Projekt Thor Heyerdahl

Nicht wegen des Ausblicks hier oben

sein. Das, was die Kinder da sechs Monate erlebt haben, ist ja im Grunde genommen ein Auslandsschuljahr. Aber auch die kürzeren Reisen machen Sinn.

Ich habe auch schon Tagestörns mitgemacht, die unheimlich gewinnbringend waren. Z.B. mit Kindern, die aus Einrichtungen des deutschen Kinderschutzbundes in Schleswig-Holstein kamen. Allein das Klettern im Rick, einmal die Erfahrung, dass es wackelt, dieses Schiff mit nach vorne zu bringen und gleichzeitig als Spielplatz zu erleben und handwerkliche Dinge zu erfassen oder einfach nur wahrzunehmen und dabei Gemeinschaft einfach noch mal neu zu erleben und zu merken, dass man sich aufeinander verlassen können muss, dass man aufeinander achten muss, dass keiner von Bord geht... Das ist ganz, ganz wichtig.

Wie gesagt: Es braucht gar nicht die ganz große Reise, sondern es muss jetzt nach der Pandemie viele Angebote geben, um das soziale, kulturelle Miteinander wirklich wieder in den Vordergrund zu holen, das während der Pandemie natürlich ganz arg in den Hintergrund getrieben wurde.

Abenteuer, Lernen, Segeln, fremde Länder. Erlebe 6 Monate deiner Schulzeit auf einem Traditionssegler und in fremden Ländern.

Infos unter www.kus-projekt.de

hlz: *„Auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt" – welcher sollte das sein?*

Yvonne: Es sollten gerade jetzt z.B. Projektwochen in mehr Schulen laufen. Es ist ein Umdenken nötig, um auch organisatorisch Freiräume zu schaffen. Es ist nicht immer nur das Finanzielle, es ist auch gerne mal das Organisatorische: Es muss allen die Zeit hierfür gegeben werden!

hlz: *Also jetzt nach der Pandemie wirklich die Chance nutzen, auch pädagogisch mal einen Sprung nach vorne zu wagen?*

Yvonne: Ja und das bedeutet für mich, die Bildung nicht nur auf das Digitale zu konzentrieren, sondern gleichzeitig auch mehr Möglichkeiten zu schaffen, erlebnispädagogische Angebote zu machen, um gruppendynamische Prozesse, Selbst- und Sozialkompetenz in Gang zu setzen. Das sind doch die Dinge, die in der Lehrer_innenfortbildung jetzt aufgegriffen werden müssten. Auch um den Kolleg_innen wieder mal ein bisschen den Blick aus diesem kleinen digitalen Kosmos heraus zu weiten. Ich hoffe, ich kann animieren, den Blick auch in die Weite schweifen zu lassen und das Erlebnis zusammen mit Schüler_innen zu suchen.

Für mich selber geht es dann ja auch wieder in diese Abenteuer…

hlz: *Nämlich?*

Yvonne: Mich packt das Projekt „Klassenzimmer unter Segeln" ein zweites Mal: Ich werde mich wieder mit ca. 32 Schüler_innen, weiteren Lehrkräften und Segelstamm auf die Thor begeben.

hlz: *Und diesmal?*

Yvonne: Es steht pandemiebedingt noch nicht ganz fest, ob es wieder in die Karibik geht. Alternativ sind die Kapverden das Ziel – an der westafrikanischen Küste – und die Etappen dazwischen. Schauen wir mal!

hlz: *Wir sind gespannt! Ich denke, so toll, wie du das Ganze beschrieben hast, wird das sicherlich den einen oder die andere inspirieren, sich die Sache doch mal durch den Kopf gehen zu lassen und vielleicht mit euch bzw. mit dir Kontakt aufzunehmen. Du wirst sicherlich viele Tipps haben und Dinge anstoßen können, die vielleicht auch ein bisschen Geld kosten, aber Geld, denke ich, ist in diesem Fall vielleicht gar nicht so das Problem, weil der Erfolg, der mit einer solchen Reise erreicht werden kann, so immens ist. So habe ich das auf jeden Fall jetzt wahrgenommen. Ich danke dir für das Gespräch.*

JOACHIM GEFFERS
führte dieses Interview analog

Foto: Projekt Thor Heyerdahl

Mitmachen heißt weiterkommen

Foto: Kira/Projekt Thor Heyerdahl

Sprung ins Unbekannte

Deutschland ab vom Wege

Henning Sußebach macht sich auf den Weg durchs Hinterland: „Ich wollte das Unbekannte kennenlernen, das Abseitige erkunden – zumal, wenn das Abseitige so groß ist, dass man es genau genommen nicht abseitig nennen kann: fast das ganze Land." Und so läuft er einmal längs durch Deutschland, fast vollständig ohne Straßen zu berühren, vom Darß bis zur Zugspitze, in 50 Tagen. Natürlich geht es nicht nur um die Verschiedenheit der Landschaften; es geht um die Menschen. Die Deutlichkeit, mit der die gesellschaftliche Spaltung zwischen Armen und Reichen und auch die zwischen Stadt und Land verläuft, ist für den Städter unerwartet.

1. Kapitel: Der Norden

Inzwischen ist er ungefähr auf der Höhe von Hamburg

An den mecklenburgischen Seen kam der Sommer zurück, als wolle er sich erklären. Plötzlich war Leben im Land, Licht, von allen Seiten kam Bewegung ins Bild. Mähdrescher mit riesigen Heuschreckenkörpern fraßen sich durch die Felder. Am Rande eines Hofes sah ich einer Gruppe Mädchen beim Voltigieren zu; ein Kind stand Kreis um Kreis auf dem Rücken eines Pferdes, stockgerade und stolz, Zirkus ohne Zelt. Wurde es Abend, brachten Väter ihren Söhnen auf abgelegenen Waldwegen Motorradfahren bei. Ich lief jetzt in schweren, klobigen Stiefeln, ein altes, krachledernes Paar, das meine Frau aus dem Keller geholt hatte. Wir trafen uns an einer Landstraße zwischen den Dörfern Hägerfelde und Klein Upahl; ich hatte zu Fuß eine Woche dorthin gebraucht, sie mit dem Auto zwei Stunden.

Trockenen Fußes ging ich durch von der Eiszeit geschliffene Landschaft, eher dünig als hügelig, in Senken lagen kreisrunde Seen, auf einem Steg saßen zwei junge Frauen, Rücken an Rücken. Gern hätte ich beide nach ihren Leben gefragt, aber das hätte bedeutet, sie zu erschrecken. Für sie kam ich aus dem Nichts, ein Fremder, der wie auf der Flucht über die Felder stolperte. Mir wuchs jetzt ein Bart.

Am Dobbertiner See legte ich einen Tag Pause ein, hielt am Ufer meine Füße in die Sonne, teilte mir ihre Wärme mit einer Blindschleiche im Gras. Dies war Fontane-Land, windstill. Im Wasser spiegelten sich die Türme eines Klosters, trutziger Außenposten der Christianisierung, schon vor Jahrhunderten säkularisiert und von allen folgenden Herrschern in eigener Sache genutzt. Unter den Nazis Unterschlupf für ausgebombte SS-Angehörige, nach Kriegsende Entlausungslager für russische Kriegsgefangene, von 1962 an Heim für geistig Behinderte und psychisch Kranke unter Trägerschaft der Bezirksnervenklinik Schwerin, seit der Wende geführt von einer Diakoniewerk gGmbH.

Ich lernte, der Legende nach heiße Dobbertin «guter Ort», eine slawische Gründung, *dobry, dobre, dobar, dober* sagt man auch heute wenig weiter östlich. Und Dobbertin war gut zu mir. Unter den psychisch Kranken im Städtchen fiel ich kaum auf, als ich – bis auf wenige Schritte asphaltfrei – über sandige Gehwege lief und von Grünstreifen zu Grünstreifen ins Gasthaus «Zwei Linden» sprang, um etwas Warmes, Gekochtes, Gegartes zu essen und mir in bierschwerer Runde Gasthofgeschichten anzuhören. Die Männer im Wirtshaus waren Handwerker und Landwirte, die Frauen Lageristinnen und Kassiererinnen in den Discountern an den Rändern der nächstgrößeren Städte: Krakow, Plau und Lübz. Eine junge Mutter, die bei Penny an der Kasse saß, erzählte, sie habe immer eigenes Kleingeld im Kittel, den Säufern fehle andauernd ein Cent, um die Flasche Korn bezahlen zu können, oder sie suchten zu lange mit zittrigen Fingern, da lege sie schnell die fehlende Münze dazu, «sonst gibt das nur Stress». Ein Bauer ließ wissen, er habe soeben seinen «Brotweizen» geerntet, genau mit dem richtigen Proteingehalt, um ihn zum Höchstpreis zu verkaufen. Den kümmerlichen Raps lasse er stehen, er hoffe auf Hagelschlag und eine satte Versicherungssumme.

Am Tresen war ein Rechnen wie an der Börse, die meisten wetteten in diesem Jahr auf Mais, auf «Futtermais» für die Rind-Brötchen-Gurke-Konsumenten und auf «Energiemais» für Biogasanlagen. Die Zusammensetzung meines «Strommixes» fand Ausdruck in endlosen Maisfeldern und spitz zulaufenden Biogas-Meilern, oft hatte ich gleich zwei nebeneinander gesehen.

«Wie schöne, straffe Brüste, wa?», fragte einer.

Ich saß in einem Gasthof in der sogenannten Provinz, aber mir war, als liefen genau hier alle Fäden des Weltgeschehens zusammen. Deutschland war Maisland geworden, erst wegen der Massentierhaltung, dann wegen der Energiewende. Seit 1980 hat sich die Anbaufläche von Mais im Land verdreifacht, nach Fukushima bauten sie noch mal mehr an, erklärten die Bauern, das Land sehe komplett anders aus als vor wenigen Jahren.

In Dobbertin lernte ich auch einen jungen Schlachter kennen, der sagte, seit den Sanktionen gegen Russland habe er kaum noch Arbeit. Vor dem Krimkrieg wurden fast alle Schweine, die er in Filets, Koteletts und Nackenstücke zerlegte, nach Moskau exportiert. Mit jeder Bombe, die Putin jetzt auch noch auf Aleppo werfen lasse und jeder Vollversammlung der Vereinten Nationen, die darauf folge, rücke die Arbeitslosigkeit näher an sein Leben. Der Mann hatte zwei kleine Kinder.

Ein außer Kontrolle geratenes Atomkraftwerk in Japan, die Besetzung einer Halbinsel im Schwarzen Meer, ein Bürgerkrieg in Syrien und die Zukunft einiger Männer in einer ostdeutschen Kneipe, alles hing mit allem zusammen, jetzt, da nicht mehr Eiszeiten die Erdoberfläche prägten, sondern Subventionen, und eine Entscheidung in New York, Berlin oder auf dem Kommandostand eines russischen Flugzeugträgers im östlichen Mittelmeer einen Mecklenburger zum Gewinner oder Verlierer der Geschichte machen konnte, je nachdem, ob er auf Mais oder Fleisch gesetzt hatte.

Was ist heute eigentlich der Zufluchtsort für Romantiker – das Land oder die Stadt? Wo spielt sich Wesentliches ab und wo Nebensächliches? War ich wirklich ein Aussteiger mit meinen Stiefeln und der staubigen, taschenbesetzten Hose? Oder nicht eher ein Einsteiger?

Der junge Schlachter sagte, die einzigen beiden Parteien, die gegen Sanktionen gegen Russland seien, also am ehesten seinen Job retten könnten, wenn sie an der Regierung wären, seien die Linke und die AfD. Aber er bringe es nicht über sich, sie zu wählen. Seine Überzeugungen waren ihm wichtiger als seine berufliche und finanzielle Sicherheit.

Als Stadtkind fragte ich mich, ob ich bei Wahlen je gegen meine Interessen gestimmt hatte. Ob es überhaupt möglich war, in Berlin, Hamburg oder München derart existenziellen Entscheidungen ausgeliefert zu sein wie der Schlachter von Dobbertin. Wählte ich die Grünen, weil mir an Umweltschutz lag, nahm ich eventuell einen etwas höheren Steuersatz in Kauf. Stimmte ich für die CDU, um Angela Merkel in ihrer Flüchtlingspolitik zu bestärken, würde es vermutlich nichts mit einem Tempolimit auf den Autobahnen. Aber nie ging es um meinen Job.

Als Reporter fragte ich mich, wieso so selten etwas über Menschen wie den Schlachter von Dobbertin zu lesen war. Taugte er nicht zur Romanfigur, mehr noch als AfD-Günther, weil er mit sich rang und kämpfte?

Warum, verdammt, traf ich diesen Mann erst jetzt?

Auch im Gasthof fiel hin und wieder das Wort «Lügenpresse», hinzu kam die Vokabel «Märchenmedien», die war mir neu. Als Journalist weiß ich, dass es keine Verschwörung der Eliten gibt und der Begriff «Lügenpresse» eine Erfindung der eigentlichen Lügner ist, der Hetzer vom rechten Rand. Trotzdem haben Menschen wie ich – nicht nur Journalisten, auch Filmregisseure, Professoren, Politiker und viele Talkshowdauergäste – einen Fehler gemacht. Wir waren träge. Das ist ein schwerer Vorwurf an Leute, die von Berufs wegen neugierig sein sollten. Unser Kontakt zu viel zu vielen Menschen ist gerissen. Vor allem zu jenen auf dem Land.

Die meisten Redaktionen sind voller Städter, die fast immer auch Akademiker sind. Das ist kaum vermeidbar, eher systemimmanent, weil es in meinem Beruf um Lesen und Schreiben geht, nicht darum, wie man ein Schwein schlachtet, einen Motor wartet oder ein Dach deckt. Der Fehler ist, sich deshalb wissend zu fühlen statt beschränkt. Wer verdrängt, dass es die anderen sind, die etwas können und etwas erleben, ist verschlossen da, wo Aufgeschlossenheit angebracht wäre.

2. Kapitel: Die Mitte

Zwischen Elbe und Werra erläuft Sußebach sich die Mitte Deutschlands

Als ich herabstieg vom Berg, lag ein Nebelsee im Tal, die ersten Buchen waren bronzen gefärbt, vom trockenen Spätsommer und beginnenden Herbst. Hin und wieder schneite es Blätter, ein Flirren wie der Konfettiregen bei Pokalübergaben, aber in allumfassender Stille. Auf den Weiden blühte Klee, blassblau verpackte Heurollen standen herum wie Riesenpastillen und rochen süßlich-gärend. Oberhalb eines Ortes lief ich über einen Friedhof und nahm im Notiz Notizbuch ein paar Namen voller Vokale mit, die auch Liviu, dem rumänischen Arzt, gefallen hätten: Anneliese, Emma, Alwin und Edeltraut.

Ich durchschritt einen Buchenwald hoch über der Werra. Erst stieg ich bergauf, dann bergab. Als ich an den Waldrand kam, sah ich die Tankstelle.

Vier blaue Fahnen, eine vertraute Raute und auf dem Tankstellendach ein luftgefüllter Würfel, auf dem stand: *So heiß. So frisch. So lecker.* Schlüsselworte in einer vertrauten Typographie. Fast jede Marke hat ihre eigene Hausschrift, Mercedes-Benz eine monarchisch barocke, die Deutsche Bahn eine sachlich serifenlose, Aral diese weiße, weich gerundete auf blauem Grund.

Die Tankstelle war die erste in Reichweite auf meiner Reise, wie etwas Vertrautes und wie ein Versprechen lag sie da, hastig stolperte ich den Hang hinab und musste an den Sozialgeographen denken, der von Tankstellen als Landmarken der Gegenwart gesprochen hatte: «Früher sah man von weitem die Kirchtürme, mit ihrem Glockenspiel und ihren Uhren synchronisierten sie den Alltag. Dann kamen Rathaustürme dazu; im Mittelalter war ja die Trinität von Markt, Kirche und Rathaus von Bedeutung. Jetzt gibt es wieder andere Markierungen und symbolische Repräsentationen.» So heiß! So frisch! So lecker! Nach vier Wochen mit lauwarmem Wasser und Rohkost, die das Land mir mal reichlich und mal rationiert zugeteilt hatte, war es eine berauschende Vorstellung, die Wahl zu haben – in einer Tankstelle, von der das fahrende Volk denkt, dort finde es nur das Nötigste.

Ich gestand mir einige Schritte auf Asphalt zu, die womöglich verboten waren, zumindest nach Maßstäben und Prinzipien der Stadt, deren moralischem Überlegenheitsgefühl ich mehr als 400 Kilometer entlaufen war, ging auf die gläserne Schwingtür zu wie ein Pilger auf eine Klosterpforte, trat ein in eine Fülle von Farben und Formen, Kühlschrankgesumm und Kassengepiep. Zum Nötigsten gehörten: Eis, Chips, Schnaps, Schokolade, Nüsse, Zigaretten, Zeitungen, Bonbons, Illustrierte, Croissants, Salzstangen, Sonnenbrillen, Bockwürste, Ketchup, Motorenöle, Prepaidkarten, Scheibenwischer, Schwämme, Brot, löslicher Kaffee, Konservensuppen, Ladekabel, Stromadapter, Blumensträuße, Mandala-Malbücher, Scheibenklar, Tiefkühlpizzen, Nudeln, Gewürzgurken, Hörbücher, Teebeutel, Senftuben. An der Stirnwand dieser Kirche des Konsums stand ein achtflügeliger Altar, der Getränkekühlschrank. Darin war das Angebot von Tugend zu Laster sortiert, begann links mit Wasser, ging nach rechts in Säfte über, dann in Limonaden, Energydrinks, Bier-Mischgetränke, Bier, zuletzt härtere Sachen. Ich zählte 20 Sorten Wasser, 22 Energydrinks und 36 Biere, stand unschlüssig herum, überfordert von der sofortigen Verfügbarkeit von allem und beobachtet von zwei Frauen hinterm Kassentresen, eine ältere, die mich beäugte, und eine jüngere, die Strubbelhaare weiß gebleicht, belegte Brötchen arrangierend.

Aus dem Kühlaltar nahm ich eine Flasche Kakao, ging zur Kasse, bestellte noch mehr Milch in Form eines Cappuccino, dazu ein Croissant, ewig nicht gegessen, und zwei Zeitungen. Ich sagte den beiden Frauen, dass ich gern einige Stunden in ihrem Schlaraffenland verweilen würde, und war in Sorge, sie hätten kein Verständnis, ist eine Tankstelle doch kein Ort des Bleibens, sondern des Kommens und Gehens, des Schwungholens, Krafttankens und Weitermachens. Wenig später merkte ich, dass das ein Irrtum war.

An einem Stehtisch, auf einem Barhocker sitzend, trank ich, aß ich, las in der Zeitung von einer Waschbärenplage und schaute Klassenfotos der Schulanfänger an, erwartungsfrohes Zahnlückenlächeln. Es war später Vormittag, Handwerkerzeit, Männer in Zimmermannshosen kauften Bockwürste, die schrumpelig im Heizglas standen und an anatomische Absonderlichkeiten im Keller einer medizinischen Fakultät erinnerten. Die Kunden trugen Arbeitskleidung mit rotem Engelbert-Strauss-Label, dem Statussymbol des Landvolks, aus Bein- und Brusttaschen ragten Zollstöcke und Bleistifte. Es gab keinen Rucola-Salat und kein Bärlauchpesto, die Brötchen waren mit Butter beschmiert und mit Remoulade getränkt; es gab wenig, was ein Städter gegessen, und viel, worüber er gelächelt hätte, aber über allem lag der fürsorgliche Ton der beiden Frauen, von denen ich mittlerweile wusste, dass die ältere Renate hieß und die jüngere Mandy.

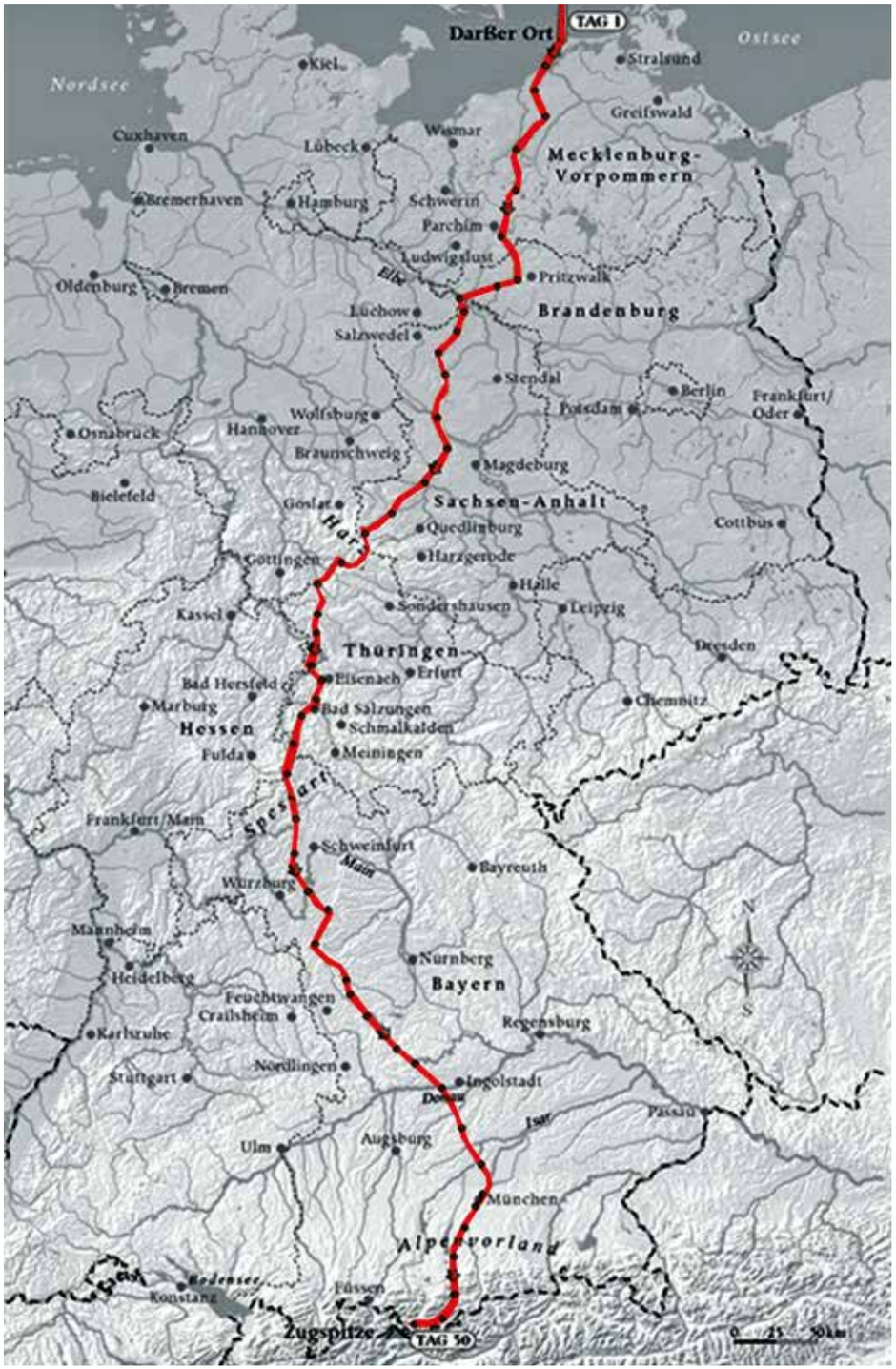
«Soll ich's in Folie packen?»

«Na, ausgeschlafen?»

«Grüß mal zu Hause!»

«Wie war der Urlaub?»

In einer ruhigen Viertelstunde kam Mandy an meinen Tisch und erklärte mir den Tagesablauf, den Wechsel der Kundschaft je nach Uhrzeit: Dies war Waldland, Holzfällerland, Sägewerkland. Morgens um fünf kämen Männer wie Frauen, Schichtarbeiter auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause, gegen neun die Handwerker, am späten Vormittag die Hausfrauen auf Einkaufstour, nachmittags die Büroangestellten und Kinder auf der Jagd nach Pokémon-Karten, abends junge Leute, die Pizza und Bier für Hauspartys kaufen, nachts übermüdete Lastwagen- und Langstreckenfahrer, zu jeder Tages- und Nachtzeit Notärzte, Polizisten, Mitarbeiter von Pflegediensten. Mandy war nicht nur Kassiererin, sondern auch Brötchen-Schmiererin, Lottoschein-Annehmerin, Spülmaschinen-Einräumerin, Tankdeckel-Öffnerin, Reifenwechs-



lerin, Scheibenwischwassereinfüllhelferin und Café-Barista, vor allem Zuhörerin, Beichtmutter, Trösterin. «Abends öffnen sich die Herzen», sagte sie, dann geht es um Ehekrisen, Entlassungen, Schichtstress, Geldsorgen und Erziehungskummer.

So saß ich in einer Tankstelle und dachte: Vielleicht müssen wir doch nicht alle miteinander wandern gehen, sondern nur 24 Stunden an diesem wohl letzten klassenlosen Ort verbringen, dieser Kathedrale des zu Ende gehenden Karbonzeitalters, immer erleuchtet, immer geöffnet für Katholiken, Protestanten, Muslime, Hindus, Agnostiker und Atheisten, für Junge und Alte, für Müde und Wache, für Reiche und Arme, einem Ort, an dem alle dasselbe suchen, in der gleichen Schlange warten und denselben Preis bezahlen, denn Tanken muss jeder, der ein Auto hat, und das sind in Deutschland viele. Ich überlegte, ob all die Meinungsforscher, die zuletzt so oft danebenlagen bei der Frage, was das Volk beschäftige, sich einmal ausführlich mit Mandy unterhalten sollten. Und ob Redaktionen ebenso viele Hinterland- wie Hauptstadtkorrespondenten beschäftigen müssten, um Antworten auf Fragen zu bekommen, die sie von selbst nicht stellen. Um ein Ohr zu haben für jede Ansicht, jede Dummheit, jede Hoffnung, jede Idee, jede Einfalt, jede Vielfalt, jede Alltäglichkeit, jede Angst – nicht, um sie sich anzueignen, aber um sie zu kennen. Um herauszufinden, was anderen wichtig ist. Nicht uns.

ISBN 978-3-499-63169-6

3. Kapitel: Der Süden

Ab der Rhön geht es dann mit großen Schritten auf den Endpunkt der Wanderung zu: die Zugspitze

Zum Ende der fünften Woche erreichte ich den Main. Nicht dort, wo sich der Fluss wie ein Postkartenmotiv durch sein Tal windet, sondern in einer ebenen Auenlandschaft bei Schwarzach. Hier reihte sich Zeltplatz an Zeltplatz. Männer auf Jetskis quirlten das Wasser auf. Ihre Frauen saßen auf Plastikstühlen am Ufer, leckten die Fingerkuppen feucht und blätterten durch Modezeitschriften.

Wieder war es ein heißer Tag, der Sommer, so spät im Jahr gekommen, wollte nicht weichen. Dreißig Grad und mehr im September, die Erde rissig, auch meine Haut, die Augenlider schorfig, die Unterarme verbrannt. Vor vielerlei Augen stieg ich eine Steintreppe hinab in den Fluss, ohne Schuhe, aber in Hemd und Hose, voller Staub und Schweiß. Als die Kühle des Wassers alles durchdrungen hatte, zog ich mich aus, wrang alles zusammen wie einen Schwamm, warf ein nasses Bündel ans Ufer und schwamm durch den Fluss, einmal unter die Weiden auf der anderen Seite und zurück, schwamm gegen die Strömung, die nach regenlosen Wochen nur noch schwach war, holte Luft, tauchte unter und trank Mainwasser, so sehr war mir nach Abkühlung von außen und von innen.

Zeltplatz war das falsche Wort für den Ort, an den ich an diesem Tag geraten war. Ein Provisorium war so verhäuslicht worden, dass es kein Provisorium mehr war. Soweit ich sehen konnte, war mein Zelt das einzige zwischen Hunderten von Wohnmobilen und Wohnwagen am Flussufer. Die Menschen waren mit ihren Autos «raus in die Natur» gefahren, um dort dicht an dicht auf einer parzellierten Wiese zu sitzen und alles zu tun, um beim Grillen den grillenden Nachbarn zu ignorieren. Die Grenzen der Stellplätze waren mit Geranientöpfen markiert. Viele Gäste hatten Fahnen gehisst: bayerische Rauten, fränkisches Rot-Weiß, das Südstaatenkreuz, Totenköpfe. Überall Quietschen und Klappern, das beim Öffnen und Schließen von Tupperdosen entsteht, dazu das Surren kleiner Kühlschränke. Männer drehten Markisen aus den Dächern ihrer Wohnmobile. Frauen wedelten ihre frisch lackierten Nägel trocken. Ich sah Paare, die mit Handbesen Baguettekrümel von Stuhlpolstern fegten. Am nächsten Morgen putzten sie Vogelscheiße von den Windschutzscheiben ihrer Autos, mit destilliertem Wasser.

Alles war so eng wie in Woodstock, nur ohne Lust auf Gemeinschaft. Oder war ich nur neidisch auf die anderen? Auf ihre frisch gewaschene Wäsche, ihre gekühlten Getränke, ihre eingecremten Beine?

Mit der Betoniertheit des Landes kam die Betoniertheit des Denkens zurück, auch bei mir. In der Stille des Nebeneinanders konnten allerlei Vorurteile wachsen, schaute ich so abschätzig auf die anderen wie sie auf mein hüfthohes Zelt.

Ich ging tags darauf durch streng gekämmte Weinberge, barocke Örtchen mit Schnörkelkirchen klebten an den Hängen, ich naschte Trauben, gedrückt von dem Gefühl, größeren Mundraub zu begehen als beim Mais. Hier stahl ich Kulturgüter. Der Kontakt zu den Menschen brach ab, aber die Landschaft wurde einladender, lieblicher – noch ein altes Wort, das gebraucht werden wollte. Jedem Feldquadrat war Pflege, jedem Rebstock Handarbeit anzusehen. Städter nehmen Landschaft meist als etwas Gegebenes wahr, dabei steckt schon im Begriff das Menschgemachte, das Schaffen, das Gemeinschaftswerk: Mannschaft, Nachbarschaft, Landschaft. Jetzt erkannte ich die Mühen, die Akkuratesse und meine kleine, trotzige Wilderei darin.

Als wolle das Wetter mein Stimmungstief illustrieren, sandte es eine Kaltfront vom Atlantik nach Mitteleuropa. Sie erreichte das Altmühltal zur selben Zeit wie ich, am vierzigsten Tag. Das Tal war tief, schmal; Wolken legten sich wie ein grauer Deckel darüber, es regnete pausenlos, die Welt wurde eng. Nebel ließ Blicke ins Leere laufen, auch waren da keine Geräusche aus der Ferne mehr, nur noch nahes Tropfen, Triefen, Klöppeln und das Rascheln des Regenponchos. Es war so feucht, dass die Brillengläser beschlugen. Ich lief durch Fichtenwälder, in denen Nässe die Baumstämme schwarz gefärbt hatte; die Nadeln unter den Sohlen knirschten nicht mehr, jedem Schritt folgte ein Schmatzen, bei jeder Erschütterung verwandelten sich Kieselsteine vor meinen Stiefeln in Kröten und sprangen davon.

Irgendwo hier verlief der Limes, die alte Grenze zwischen Raetien und Barbaricum; einige Römerstraßen sollten noch erhalten sein, als bemooste Dämme in den Wäldern. Auf ihnen zu laufen, hätte ich mir erlaubt, obwohl diese Wege der Anfang von etwas gewesen waren; antike Autobahnen. Jetzt fand ich sie nicht. Manchmal sah ich die Altmühl, der Regen malte Ringe in den Fluss. Auf Uferwiesen lagen Kanus, schlank wie Fischleiber. Die Wetterwarte der Zugspitze meldete Schnee. Noch 160 Kilometer.

In Dollnstein quartierte ich mich in einem Gasthof am Fluss ein und blieb zwei Tage. In dem Haus war alles verblasst, die Fassade, die Markise, die Teppiche, die Gardinen. Ich schien der einzige Gast zu sein, im Frühstücksraum saß ich allein. Tags sah ich aus meinem Fenster in den Regen. Einmal posierte ein Hochzeitspaar unten am Fluss, spitzfingrig zog die Braut ihr Kleid hoch und stakste durch Pfützen, der Bräutigam machte ein Schmerzensgesicht im Wind, dazu lachten Enten ihr Schnatterlachen.

Auch Dollnstein hatte einst an einer Römerstraße gelegen, Archäologen gruben hier Reste einer Villa Rustica aus, eines antiken Landgutes. Im Mittelalter war der Ort ein bedeutender Markt, bis heute prägt eine Burg die Silhouette. Jetzt ist Dollnstein nur noch Durchgangsstation von Rad- und Bootstouristen, die der Altmühl in Richtung Donau folgen. Über dem Ort lag eine Saisonschlussmüdigkeit, die meiner Erschöpfung angesichts des nahenden Endes ähnelte.

Im leeren Gastraum hörte ich Radio, wie zur Reintegration. Auf Bayern 3 lief Werbung, bald war «Weltreifentag … Winterreifen nicht vergessen», es folgten die Nachrichten, Syrien, Merkel, Islamischer Staat, Trump und «ein Wetter, da möchte man gar nicht vor die Tür gehen», sagte die Sprecherin. Der Verkehrsfunk meldete Stau und stockenden Verkehr, hier «eine Viertelstunde Zeitverlust» und dort «sogar zwanzig Minuten». Dann Durchhalte-Musik und eine Gute-Laune-Moderatorenstimme, die den radioüblichen Countdown bis zum Wochenende anzählte:

«Nur noch drei Tage, dann …»

Die Zeit lief wieder linear.

Die Wirtin und ich saßen beisammen und sprachen. «Die Leut'», sagte die Frau, «die hatten's nie so eilig wie heute.» Vor dreißig Jahren habe sie mit ihrem Mann das Lokal von den Eltern übernommen, damals kamen Sonntagsausflügler und blieben zwei Stunden. «Heut' wollen alle schon beim Bestellen bezahlen.» Der typische Tourist? Ein Radler, der darauf besteht, sein 2000-Euro-Gefährt auf der Sonnenterrasse direkt neben den Tisch zu stellen, statt es unten am Fluss anzuschließen, der dann Rhabarberschorle ordert und patzig wird, wenn es mal nur Apfel, Traube, Johannisbeere oder Kirsche gibt, der bei seiner Beschwerde der Wirtin aber kaum in die Augen schaut, weil er zur selben Zeit auf seinem Tachometer die gefahrene Strecke, die Durchschnittsgeschwindigkeit und Trittfrequenz prüft. Selbst Hotelgäste haben keine Ruhe mehr, schlafen nicht aus, sondern wollen sonntags um sieben Uhr frühstücken und dann weiter. Zum Buffet kommen sie mit Helmen, Handschuhen und Windschutzbrillen. Wie ein Sondereinsatzkommando vor einer Geiselbefreiung.

«Die genießen nicht mehr, die machen nur Strecke und ziehen Bilanz», sagte die Wirtin. «Jetzt ist den Leuten die Gemütlichkeit sogar im Urlaub verlorengegangen. Versteh ich nicht.» Als Geschäftsfrau hatte sie ihre Schlüsse daraus gezogen. «Seit ich die Salatplatte *Vitalis* nenne», sagte sie, «verkaufe ich sie viel öfter als früher.»

„Wie finden Sie Angela Merkel“?

Ein digitaler Begegnungs- und Interviewworkshop für Schüler_innen aus Dänemark

Mit Beginn der Pandemie kollabierten zahlreiche internationale Kontakte zwischen Schulen, tolle bi- und trinationale Projekte mussten ersatzlos gestrichen werden, jetzt schon im zweiten Jahr konnte keine reale Begegnung zwischen Schülerinnen und Schülern der Partnerschulen stattfinden. Wie wurde in diesem Umfeld bei engagierten Kolleginnen und Kollegen die Debatte um Digitalisierung von Kommunikation aufgenommen? Gibt es positive Berichte bzw. verwertbare Erfahrungen mit digitaler Kommunikation? Können internationale Partnerschaften und Projekte bruchlos fortgesetzt werden oder hat der Corona-Lockdown sogar bei manchen dazu beigetragen, andere positive Erfahrungen mit neuen digitalen Formaten zu sammeln?

Ein wirklich gelungenes Projekt mit dem Schwerpunkt „Deutsch als Kommunikationsmittel zur Verständigung über ein aktuelles landeskundliches Thema“ soll hier beschrieben werden. Die beiden Unterzeichner_innen waren mit unterschiedlicher Intensität und verschiedenen Rollen daran beteiligt. Die Erfahrungen sind auf andere Formate internationaler Austausche übertragbar und anwendbar. Tue Gutes und rede darüber. Aber lest selbst:

Das Projekt:

„Ich war überrascht, dass ich ein Gespräch mit einem Deutschen verstehen konnte.“ – Dieser Satz lässt die Herzen von DaF-Lehrkräften höher schlagen, besonders nach 18 Monaten Pandemie, mehreren Lockdowns und gefühlten 6521 Zoom-Meetings und Online-Unterrichtsstunden. Unter diesen Umständen ist es schwieriger denn je, unsere Schülerinnen und Schüler zum Sprechen in der Fremdsprache zu motivieren. Doch die Pandemie lehrt uns auf ein Neues, kreativ zu werden, den Unterricht anders zu gestalten und uns an der Lebenswelt der Jugendlichen zu orientieren – einer Lebenswelt, die von digitalen Medien, Kommunikation über das Internet und Online-Begegnungen geprägt ist.

Interaktiv und alltagsnah sollten auch die ca. 300 Schüler_innen aus Silkeborg, Dänemark, über Politik und die Bundestagswahl 2021 in Deutschland sprechen – das war das Ziel des Workshops, der von dem gemeinnützigen Verein aubiko e.V. (Verein für Austausch, Bildung und Kommunikation) konzipiert und durchgeführt wurde. Nun sind Politik und Wahlen nicht gerade Themen, die bei allen sofort auf Gegenliebe stoßen. Doch mithilfe von digitalen Tools, spielerischen und interaktiven Elementen, aber vor allem zahlreichen Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern aller Altersgruppen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands, die sich als Interviewpartnerinnen und -partner zur Verfügung stellten, ist genau das gelungen! Die Schülerinnen und Schüler waren begeistert und überrascht, wie gut sie mit ihren deutschen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern kommunizieren können und wie viel Deutsch sie tatsächlich schon verstehen.

In Gruppen von ca. 25 Teilnehmenden lernten die Schülerinnen und Schüler aus Dänemark zuerst ihre Kursleitung im virtuellen Raum kennen und außerdem auch gleich ein paar Gesichter aus der deutschen Politik. Gemeinsam wurde gesammelt, was die Jugendlichen bereits über die Parteienlandschaft wussten und erarbeitet, wofür die einzelnen Parteien stehen und wo sie sich im politischen Spektrum einordnen lassen. Daran beteiligten sich die dänischen Schülerinnen und Schüler aktiv. Wir haben auch gemeinsam versucht, dänische und deutsche Parteien zu vergleichen und inhaltlich einander zuzuordnen.

„Wie finden Sie Angela Merkel?“ – Im zweiten Teil konnten die Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen ihre Fragen in zwei Interviews mit Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern stellen. Die Fragen orientierten sich ebenfalls am Thema Politik und Bundestagswahl, aber das Hauptziel war, Deutsch zu üben und zu sprechen, und natürlich durften auch andere Fragen gestellt werden, die von den Gesprächspartnerinnen und -partnern ausführlich beantwortet wurden. Zum Beispiel, wie sie Dänemark finden.

Was sagt die Wissenschaft?

Der Umstieg auf digitalen Unterricht ist nicht nur eine Notwendigkeit in der Pandemie. Schon seit einiger Zeit finden wir theoretische Überlegungen zum Thema Digitalität in der Bildungsforschung. Doch in den letzten 18 Monaten *mussten* sich Lehrkräfte aller Fächer weltweit in der Praxis damit auseinandersetzen und sich die Frage stellen, wie im virtuellen Klassenzimmer erfolgreich Wissen vermittelt werden kann und wie die Lernenden Lernziele erreichen können. Darüber hinaus musste eine Antwort auf eine brennende Frage gefunden werden: Wie gestalten sich internationale Begegnungen in Zeiten der „reisefreien“ Pandemie? Wie können bestehende oder sich anbahnende Partnerschaften, Austausche und internationale Begegnungsprojekte gestaltet bzw. aufrecht erhalten werden?

Im (Fremdsprachen-)Unterricht und in Begegnungsprojekten ist die Orientierung an der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler stets wichtig, um zu motivieren und einen handlungsorientierten Unterricht und lebendige Begegnungen zu gewährleisten. Also scheinen digitale Medien geeignet zu sein, eine digitale Begegnung zu ermöglichen, wenn der Wunsch danach auf beiden Seiten besteht und wenn Inhalte, Methoden und Ziele einigermaßen formuliert sind – aber bitte mit Beteiligung der Schülerinnen und Schüler auf beiden (oder drei) Seiten.

Auch der Kontakt zu deutschen Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern aus verschiedenen Bundesländern wurde durch das digitale Setting erleichtert. Bei einer Präsenzveranstaltung wäre es vermutlich nicht möglich gewesen, dass alle 300 Jugendlichen aus Dänemark mit verschiedenen Personen aus ganz Deutschland in einen Austausch treten können.

Anders als sonst

Begegnungsprojekte mit Deutschlernenden aus anderen Ländern gehören zu den Aktivitäten, die aubiko e.V. regelmäßig durchführt. 2019 bewegten wir etwa 2500 bis 3000 Schülerinnen und Schüler über Grenzen, um Begegnungen und Austausch zu ermöglichen. Auch zur Freude und zum Gewinn vieler Schülerinnen und Schüler aus Hamburger Schulen.

Allein aus der Schule in Silkeborg, mit der dieser Online-Workshop stattfand, kommen üblicherweise circa 150 Schülerinnen und Schüler nach Hamburg, erarbeiten verschiedene Themen in spannenden Workshops und treffen Jugendliche aus verschiedenen Hamburger Schulen für einen gegenseitigen Austausch. Um eine Begegnung zwischen Deutschlernenden und Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern auch in Pandemiezeiten zu ermöglichen, wurde das Konzept der Online-Begegnungen entwickelt, bei dem schlussendlich alle Beteiligten etwas gelernt haben, zuallererst natürlich die dänischen Jugendlichen, aber auch die Kurslehrkräfte und nicht zuletzt die deutschen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner.

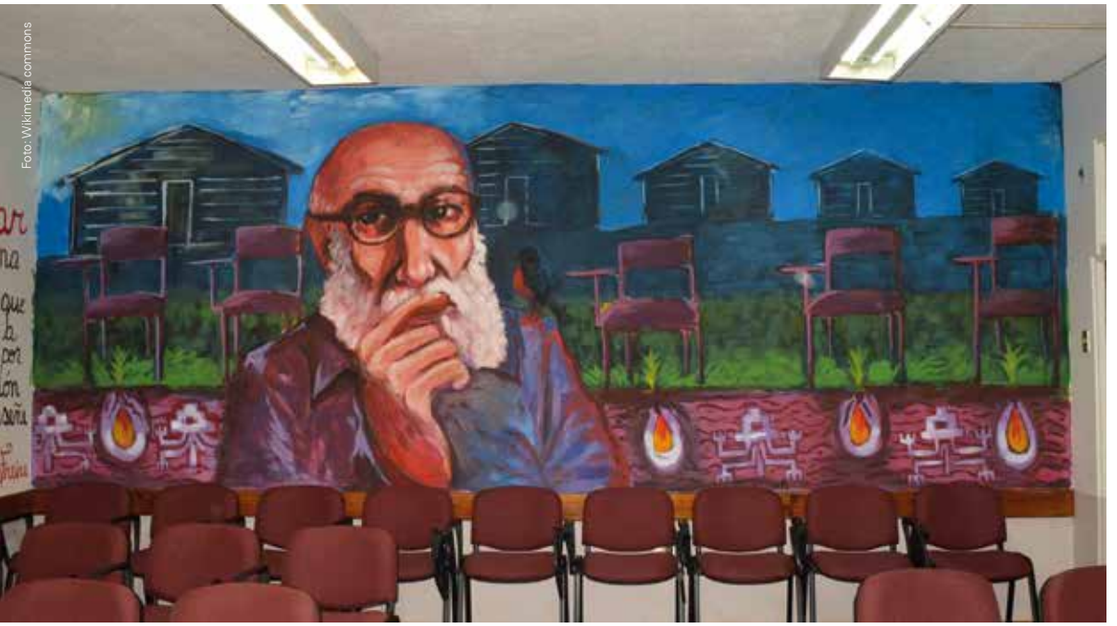
Die Zeit, in der wir uns in der Bildungsarbeit zwangsläufig auf digitale Medien zur Durchführung von Projekten, Begegnungen und Unterricht berufen müssen, bedeutet auch für aubiko e.V. eine Phase der Veränderung. Viele dieser neuen Konzepte werden bestimmt für längere Zeit einen Platz in unserem Methodenkoffer finden. Denn es ist unser Anliegen, mit verschiedenen Formaten – online und offline – Begegnungen für interkulturelle Kommunikation zu ermöglichen und damit einen Beitrag zur interkulturellen Verständigung zu leisten. Und natürlich hoffen wir, dass jede Online-Begegnung den Grundstein für eine zukünftige Präsenzbegegnung und eine langfristige Kooperation legt. Deshalb sind wir auch stetig auf der Suche nach neuen Projektpartnern und (vor allem Hamburger) Schulen, die unsere Leidenschaft für interkulturellen Austausch teilen und Freude an der Begegnung mit Deutschlernenden aus aller Welt haben, damit die Jugendlichen von heute zu weltoffenen und toleranten Erwachsenen von morgen heranwachsen.

Wir wollen mit diesem kleinen Bericht aus der Praxis nicht nur erfahrene Kolleginnen und Kollegen im gewerkschaftlichen Kontext ansprechen und Mut machen, sondern auch und gerade jüngere Lehrkräfte.

Daneben fragen wir uns, wo ein dringend notwendiger und gewünschter Erfahrungsaustausch stattfinden kann.

JULIA BIRNBAUM-CROWSON,
aubiko e.V
HARTWIG ZILLMER

Bei Anregungen und Fragen melden Sie sich bitte bei: j.birnbaum-crowson@aubiko.de



Wandbild der Fakultät Erziehungswissenschaft und Geisteswissenschaften der Universität in Concepción (Chile)

PAULO FREIRE

Zum 100. Geburtstag

„Wenn Poesie zu einer wesentlichen und der Welt zugewandten Verpflichtung gemacht werden könnte, wenn Leidenschaft und Lebensfreude zur Grundlage jeden intellektuellen und praktischen Engagements werden würden, dann ließen sich solch erstaunliche und seltene Wandlungen nirgendwo besser als in dem Werk des brasilianischen Erziehungswissenschaftlers und Pädagogen Paulo Freire beobachten." (Peter MacLaren)

Sein Lebenslauf

Paulo Freire wurde am 19.09.1921 in Recife/ Brasilien geboren. Aus bürgerlichem Hause kommend, studierte er dort Rechtswissenschaft. 1959 Promotion. Er arbeitete als Rechtsanwalt, Lehrer und Professor für Pädagogik. 1961 begann er mit Alphabetisierungskampagnen. Nach dem rechten Militärputsch wurde er 1964 für 70 Tage ins Gefängnis gesteckt und danach gezwungen, ins Exil zu gehen: zunächst in Chile, dann in den USA und in der Schweiz. 1970 ging Paulo Freire nach Genf und arbeitete als Berater des Ökumenischen Rates der Kirchen.

1980 konnte er nach Brasilien zurückkehren.

Neben zahlreichen Auszeichnungen erhielt Freire Ehrendoktortitel von 27 Universitäten weltweit und wurde Ehrenbürger verschiedener Städte in unterschiedlichen Ländern sowie Ehrenpräsident mehrerer Institutionen im Bereich der Bildung. Sein bekanntestes Buch: *Pädagogik der Unterdrückten* wurde in 18 Sprachen übersetzt. Paulo Freire wurde weltweit bekannt und fand in der Praxis der Bildungsarbeit international ein großes Echo. Er starb am 2.5.1997 in São Paulo.

Seine Botschaft

Paulo Freire verstand Pädagogik immer als politisches Projekt, welches auf Umwandlung der Gesellschaft gerichtet ist. Er hat pädagogische und soziale Bewegungen in der ganzen Welt beeinflusst und wurde für die Begründung und Tradierung von Kritischer Erziehungswissenschaft bedeutsam. Seine pädagogische Konzeption geht von Ehrfurcht und Demut vor dem Menschen aus und ist von tief empfundenem Respekt getragen. Dies verkörpert gegenseitiges Vertrauen und Solidarität in Bildungsprozessen.

In Deutschland

Paulo Freire löste in den 1970er Jahren eine Welle von Resonanz aus, die Menschen unterschiedlicher Profession, aber ähnlicher Gesinnung und Ziele zusammenführte. Auch an einigen Hochschulen wurde das Denken Paulo Freires rezipiert und weitergedacht, z.B. an den Universitäten Hamburg und Hannover. Die Anziehungskraft Paulo Freires und seiner Ideen lag in der Verheißung eines angestrebten gemeinschaftlichen Weges zum Wandel der Welt. Die Wirkung der Ideen Freires ebbte in Deutschland immer mehr ab, während sie in anderen Ländern neuen Schwung in die Bildungseinrichtungen brachte, wie in den USA und Mittel- und Südamerika.

Jedoch gibt es auch Trauriges zu berichten: In Brasilien gibt es Hunderte von Schulen, die stolz den Namen Paulo Freire tragen und sich den Inhalten und Zielen seiner Pädagogik verpflichtet fühlen. Sie alle sind dem brutalen Kulturkampf der rechten Regierung ausgesetzt: Schulen, die seinen Namen tragen, werden geschlossen bzw. umbenannt, dort arbeitende Kolleginnen und Kollegen werden drangsaliert und politisch verfolgt. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Paulo Freire hat heute am ehesten Einfluss in den Bereichen Bürgerinitiativen, Gemeinwesenarbeit und in Bereichen der Sozialen Arbeit. In der Praxis werden die Ansätze Paulo Freires in der von Augusto Boal inspirierten Theaterarbeit umgesetzt, in Fort- und Weiterbildungsseminaren oder in vereinzelten Veranstaltungen an Hochschulen.

Freire ist vor allem deswegen relevant, weil er der Erfahrung und Lebenswirklichkeit aller Menschen als Gestalter von Kultur und Wirklichkeit eine Bedeutung beimisst. Was uns im Bildungs-Sektor konkret beschäftigen kann und sollte, sind unsere ‚generativen Themen', die Aufgabe, die Knackpunkte unserer Lebenswirklichkeit zu entschlüsseln, um Handlungsperspektiven zu generieren und umzusetzen. Wer sich mit der Pädagogik von Freire in der Schule, in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik befasst, weiß von den praxisrelevanten Ansätzen zum Verständnis und zur Gestaltung von Integration und insbesondere der Inklusion.

Drei Themenkomplexe sind im Fokus unserer emanzipativen Arbeit: das Zusammenleben der Menschen miteinander, das Zusammenleben mit der Natur und insbesondere im Bildungs-

Wer ist das?

Es ist der 1. Mai 2021. Nach der DGB-Kundgebung am Fischmarkt setzt sich die Fahrrad-Demo in Bewegung. Gemütlich fährt es sich bei schönem Wetter und unvermittelt radeln vier GEW'ler_innen neben einander her und unterhalten sich u.a. auch über das Elend und die Folgen der Corona-Pandemie in den Schulen, über die Stressfaktoren der Kolleginnen und Kollegen. Wie halten die Akteur_innen das alles in den Schulen aus?

Ich kann nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass mich in meiner aktiven, langen Schullaufbahn zwei international „renommierte" Pädagogen immer wieder inspiriert und mir „geholfen" haben, meine Schulpraxis zu gestalten – auch in Konflikt- und Krisensituationen. Die Kolleg_innen fragten neugierig nach. Ich antwortete, der Situation angemessen kurz: „Es waren der polnische Pädagoge Janusz Korczak in meiner pädagogischen Praxis und der brasilianische Pädagoge Paule Freire in meinem politischen Selbstverständnis als Lehrender."

Also – den Namen Korczak hatten die Mitfahrenden schon gehört, aber Freire? Wer war das? Was hat der gemacht? Hast du mal von ihm etwas gelesen? Bis zum Gewerkschaftshaus habe ich den Namen immer wieder laut gesagt und: „Nicht vergessen: Er hilft". Immerhin konnte bei diesen aktiven Funktionsträger_innen in der GEW Neugierde geweckt werden. Zum Schluss meinte die Kollegin: „Schreib doch mal darüber". Das ist der Grund dafür, dass ich die beiden Unterzeichnerinnen, beide erfahrene Pädagoginnen in der Freire-Bewegung, gebeten habe, etwas über Paulo Freire zu schreiben, aus aktuellem Anlass: Sein 100. Geburtstag wird gefeiert. Zum anderen aber auch, um Kolleginnen und Kollegen in meiner GEW dazu zu motivieren, neugierig nachzufragen und zu recherchieren. Und eigentlich gehören diese Namen in die Fort- und Ausbildung aller pädagogischen Bereiche! Oh, das gäbe der Diskussion über und dem Verständnis für Inklusion einen ganz neuen, herrlichen Anschub!

Übrigens fand im Herbst 2018 eine Freire-Tagung Dialogisches Denken und Bildung als Praxis der Freiheit mit über 150 TN aus aller Welt in Hamburg statt, mit großzügiger Unterstützung der GEW Hamburg, u.a. war die Eröffnungsveranstaltung im Curio-Haus.

HARTWIG ZILLMER

bereich die Herausforderungen und Chancen durch die digitalen Techniken.

Im Zusammenleben der Menschen gilt die neo-liberale Doktrin als zu wenig hinterfragte vorherrschende Kraft der Strukturen, des Denkens und des Alltags weltweit. Anders zu denken und zu gestalten – gerade in allen pädagogischen Bereichen – ist eine echte Herausforderung. Wir planen Bildungsprogramme zur „politischen Alphabetisierung“, ein Begriff, den wir dem Werk von Freire entlehnen und im Sinne seiner dialogischen Prinzipien umsetzen möchten. Dabei geht es darum, kritisch an den Begriffen zu arbeiten, mit denen wir denken, um die Selbstreflektion eigener Gewissheiten zu ermöglichen, in Dialogen mit anderen streiten (lernen) und Zusammenhänge zwischen Menschen schaffen, die ihre #generativen Themen bearbeiten. Wir setzen uns dafür ein, theatrale und künstlerische Methoden in allen Bereichen des Zusammenlebens, insbesondere in der Bildung anzuwenden. Zum Beispiel das Forumtheater nach Augusto Boal, die praktische Umsetzung der dialogischen Prinzipien Freires, das als Labor menschlicher Begegnungen neue Perspektiven des Miteinander eröffnen kann.

Zum Themenkomplex des Zusammenlebens mit der Natur, ganz aktuell und brisant für die kommenden Generationen sei die Klimadebatte benannt, gilt es, Brücken zu bauen zwischen den Generationen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Fridays for Future und andere Bewegungen, die besonders in der Jugend verankert sind, sind hervorragende Beispiele von Bewegtheit, wie sie Freire in seiner Arbeit und Pädagogik postuliert hat. Diese Erfahrungen sollten in Dialoge und Strategien aller Politik- und Pädagogikbereiche einbezogen werden.

Paulo Freire verstand Pädagogik immer als politisches Projekt, welches auf Umwandlung der Gesellschaft gerichtet ist. Er hat pädagogische und soziale Bewegungen in der ganzen Welt beeinflusst und wurde für die Begründung und Tradierung von Kritischer Erziehungswissenschaft bedeutsam

Auch die Trennlinien zwischen Bildungsbereich und Wirtschaft gehören in die Diskurse. Die Zeitschrift „MeTis, International Open Access Journal of Pedagogy and Education“, fragt in ihrer neuesten Ausgabe: „Ist es möglich, in einer von der Vorherrschaft neoliberaler Logik geprägten historischen Phase eine generative und transformative Verbindung zwischen Pädagogik, Ökonomie und Bildung zu entdecken? Ist es möglich, zwischen den Risiken einer auf Individualismus, Narzissmus, persönlichen Profit ausgerichteten Wirtschaft und den Möglichkeiten einer andersartigen humanistischen und unterstützenden Wirtschaft zu vermitteln, die den etymologischen Sinn des oikos wiederbelebt, für ein warmes Bild vom Verwalten eines Gemeinwohls, des Teilens und des Füreinander einstehen?“ (MeTis, Vol. 10, No. 2, 2020).

Zu den Herausforderungen und Chancen durch die Digitalen Techniken unterstützen wir alle kritischen Analysen, wie sie in der GEW diskutiert und publiziert werden, auch die Vielfalt an Initiativen wie die Digital-Courage (digitalcourage.de), die intensiv an Grundprinzipien und Umsetzungen digitaler Bildungsprogramme arbeiten.

Weiterhin planen wir WEBINARE zum Thema „Berufsethik für Bildungsarbeiter:innen“ mit Bezügen zu Paulo Freire und anderen Wegweisern kritischer Pädagogik.

Willkommen sind alle, die sich auf eine Pädagogik der Hoffnung einlassen möchten und die versuchen, befreiende Bildungsarbeit zu realisieren.

Sein 100. Geburtstag ist ein guter Anlass, sich mehr mit ihm zu beschäftigen und die Aktualität seiner Gedanken und seiner Praxis in der heutigen Zeit aufzuzeigen. Es lohnt sich.

DIETLINDE GIPSER,
ANGELA HAUBNER,
Paulo-Freire-Kooperation e.V.
www.paulo-freire-kooperation.de

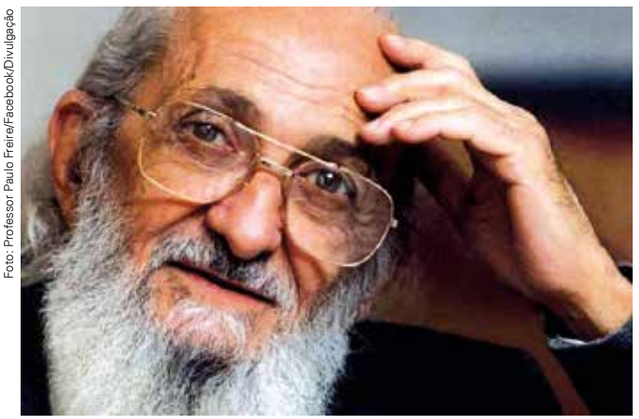


Foto: Professor Paulo Freire/Facebook/Divulgação

Grafik: Jamil Jalla

IDENTITÄTSPOLITIK

…und schon bist du eine Feindin

Über Auseinandersetzungen in einer Partei, die ungewöhnliche Züge trägt und damit stellvertretend für die Diskussion andernorts steht

Das Thema Identitätspolitik wurde in den letzten Wochen in den deutschsprachigen Feuilletons rauf und runter diskutiert (s. hierzu auch hlz 3-4/2021, S. 47ff). Aber warum geht sie uns spezifisch als Säkulare Grüne etwas an?

- Weil ihre Vertreter_innen ein universales Weltbild in Frage stellen.
- Weil sie die Einhaltung von Glaubenssätzen einfordern, statt zu diskutieren.
- Weil sie einen Schutzschild über Religionen aufziehen, der Kritik schwer macht.
- Weil sie uns direkt angreifen.

Die feministische Philosophin Caroline Fourest, Autorin von „Generation Beleidigt“, sagte kürzlich in einem Interview in der taz: „Früher ging es in linken Jugendkulturen darum, die Zensurversuche religiöser oder patriarchaler Tyrannen lächerlich zu machen. Heute halten junge Linke antireligiöse Zeichnungen für respektlos. Die Bigotten haben die Herzen und Hirne junger Antirassisten erobert.“

Der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft „Säkulare Grüne“ und mir persönlich widerfuhr auf unserer letzten Landesdelegiertenkonferenz etwas, was wir in dieser Form nicht wirklich für möglich gehalten hatten.

Wir wollten, dass im Wahlprogramm der Begriff „Nicht-Religiöse“ durch Religionsfreie ersetzt wird. Außerdem wollten wir, dass Religionsfreie in der Präambel erwähnt werden: Neben Migrant_innen, Alleinerziehenden, LGBTQI usw. – darin waren schon Gläubige erwähnt, aber weder Nicht-Gläubige noch Religionsfreie.

Dazu haben wir vier Änderungsanträge gestellt. Die mussten wir in einer Rede verteidigen. Das habe ich übernommen und erklärt, warum der Begriff Nicht-Gläubige diskriminierend ist, insbesondere für Ex-Muslim_innen, warum die Kategorie an sich falsch ist und inwiefern Religionsfreie diskriminiert werden.

Darauf erwiderte die ehemalige religionspolitische Sprecherin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus Susanna Kahlefeld unter anderem folgendes:

„Religion und Glauben (oder Nicht-Glauben) gehören zum unverfügbaren Kern unserer Identität wie Haar- und Hautfar-

be, wie Geschlecht und sexuelle Identität, wie die Sprache, die Sprachen, mit denen wir aufgewachsen sind. Wenn wir diesen Begriff aufnehmen in unser Wahlprogramm, schließen wir an einen Diskurs der Verächtlichmachung an, der unserem gesamten Programm zuwiderläuft. Wir würden zudem die These von der Diskriminierung bestätigen, der angeblich Menschen ohne Religion ausgesetzt sind."

Religion soll also unverfügbarer Kern unserer Identität wie Hautfarbe sein. Religion ist also so etwas wie das, was man früher Rasse genannt hat. Susanna Kahlefeld essentialisiert Identitäten. Sie stellt Religion in eine Reihe von Zuschreibungen, die als naturgegeben gelten, die unveränderlich sind. Das ist dieselbe Logik, die Deutschsein als Kern unserer Identität behauptet – wie es die Identitären tun, eine rechte, völkische Bewegung, die in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien aktiv ist. Diese Überhöhung der Religion als unangreifbare Identität ist nicht Bestandteil der verschiedenen Theorien, auf denen die Identitätspolitik fußt. Aber diese Theorien sind dafür offen. Und Muslim_innen, insbesondere Islamist_innen wie auch Chris_tinnen nutzen das, um Kritik abzuwehren.

Es gab nach Susannas Rede keinen Aufschrei wie beim Indianerhäuptling, der Bettina Jarasch als Kind gern geworden wäre. Im Gegenteil: Über 80 Prozent der Delegierten stimmten entsprechend ihrer Empfehlung. Denn Susanna traf die Sprache des identitätspolitischen Diskurses.

Aber was genau ist dieser Diskurs, diese Politik oder Ideologie?

Es gibt viele Namen: „Identitätspolitik", „intersektionaler Feminismus", „Critical Whiteness", „Woke" – und abwertend „Cancel Culture" oder „Islam-Linke". Davon war viel in den vergangenen Wochen in den Medien zu lesen. Die Begriffe werden in den Medien mehr oder weniger synonym verwendet. Das sind sie zwar nicht, aber auch ich werde das erst einmal tun und später differenzieren.

Als Grüne sind wir schon etwas früher mit dem Phänomen konfrontiert worden, zumindest in einigen Landesverbänden. In Berlin stellten etwa ältere Semester bei der letzten Frauenvollversammlung erstaunt fest, dass sie sich dem intersektionalen Feminismus verschreiben sollten und fragten, was das denn überhaupt sei.

Dass eine neue Ideologie so wirkmächtig auftritt und unbedingtes Mitmachen einfordert, während die Masse der Bevölkerung und sogar ein Großteil der politisch Tätigen noch gar nichts davon gehört hat, gehört zu den Besonderheiten dieser Strömung. Das führt zu den meist diskutierten Problemen dieser Entwicklung: Immer wieder werden Menschen aufs Schärfste attackiert für etwas, das sie gesagt haben, haben aber nicht den blassesten Schimmer, was daran eigentlich schlimm war.

Ich war damit zum ersten Mal vor neun Jahren konfrontiert. Damals schrieb ich für den feministischen Blog Mädchenmannschaft. Zur Feier des fünfjährigen Jubiläums waren alle Berliner Mitstreiterinnen aufgefordert, Workshops anzubieten. Ich bot an, etwas über Frauen in der ägyptischen Revolution zu machen. Das wurde begrüßt. Als ich aber zu der Veranstaltung kam, spürte ich Abweisung: Andere Bloggerinnen schnitten mich. Ich habe mir nichts weiter dabei gedacht und meinen Workshop durchgeführt. Keine der anderen Bloggerinnen nahm daran teil. Vier bis fünf Tage später nahm mich eine Bloggerin, die nicht in Berlin wohnte, also nicht auf der Veranstaltung gewesen war, in Kopie auf den internen Verteiler. Sie schrieb: Was ihr mit Hannah macht, ist Stalinismus. Ihr habt sie nicht einmal informiert, geschweige denn angehört zu den Vorwürfen. Deshalb leite ich das jetzt an sie weiter.

Ich las eine ellenlange hitzige Diskussion der letzten Tage. Daraus erfuhr ich, dass ich auf der Website in einem großen Artikel angeprangert wurde. Ich sollte mich öffentlich entschuldigen und meine weiße Position reflektieren. Mein Haupt-Vergehen: Ich hatte als weiß Positionierte über People of Color gesprochen. Sprich: ich hatte genau das getan, was ich angekündigt hatte und was sie begrüßt hatten: über Frauen in der ägyptischen Revolution berichtet.

Außerdem wurden mir noch ein paar andere Kleinigkeiten vorgeworfen, die auf Hören-Sagen beruhten – wie gesagt: Keine war bei dem Workshop gewesen. Meine Verteidigung, die Diskussion im Workshop sei ganz anders verlaufen, als sie es behaupteten, wurde beantwortet mit: „Du willst Dich also nicht kritisch mit Deinem Verhalten auseinandersetzen."

In der Folge verließ die Hälfte der Bloggerinnen das Kollektiv, weil sie den Umgang mit mir einfach nur verrückt fanden. Die taz und die Jungle World berichteten darüber. Sie interpretierten das Ganze als Richtungsstreit. Ich hatte aber etwas anderes erlebt. Es ging nicht um unterschiedliche politische Positionen. Wir hatten gar keine politische Debatte geführt. Das Ganze war ein kafkaesker Prozess. Es ging um Macht, nicht um Inhalte.

Dazu dienten neue Sprach- und Verhaltensregeln des politisch Korrekten. Da wurden Wörter gebraucht, die ich überhaupt nicht kannte. Und das, obwohl ich immer politisch aktiv war und das genau in diesen Subkulturen. Immerhin war ich Teil dieses feministischen Kollektivs gewesen, hatte mich aber in den Monaten zuvor nicht an Diskussionen beteiligt, weil ich in den arabischen Revolutionen unterwegs gewesen war. In nur wenigen Monaten hatte eine Clique das Kollektiv übernommen, die nun einforderte, dass wir uns an neue Regeln hielten und die bestimmten, wie Feminismus zu sein habe.

Ich begann mich im Freundeskreis umzuhören, ob jemand schon mal etwas von dieser neuen Strömung gehört hatte. Und hörte viele dramatische Geschichten. Damals handelte es sich aber eindeutig noch um eine Strömung in kleinen linken Subkulturen. Linke Subkulturen hatten in ihrer Geschichte häufig Sprachregeln, die man nicht unbedingt von außen nachvollziehen konnte. Sie hatten auch häufig einen rigiden Umgang mit Abweichlern. Trotzdem fiel mir schon damals auf, dass es ein paar bemerkenswerte Unterschiede zu vorherigen Praxen gab.

Es findet gar keine Debatte mehr statt

Auch wir Grünen kennen aus unserer Geschichte denunziatorische Attacken auf politische Gegner_innen und auch auf die eigenen Mitstreiter_innen. Die erste Bundestagsfraktion der Grünen soll sich geradezu zerfleischt haben in Richtungskämpfen. Junge Menschen, die die Welt verändern wollen, gehen zuweilen gnadenlos gegen die Altvorderen vor, die das nicht wollen. Wir können das falsch finden. Aber es ist nun mal so und es war schon immer so. Aber hier ist etwas anders. Darum will ich zunächst auf die Praxis eingehen – und dann erst auf die Probleme mit der Theorie.

Es findet gar keine Debatte mehr statt. Es wird mit größter Vehemenz angegriffen: Die Attacke wird oft gegen etwas Symbolisches geführt. Es geht um Wörter, aber auch um Kleidung, Haarstil, Essen, Karnevalskostüme, Dreadlocks, das Zubereiten von exotischen Speisen durch Weiße.

Ich habe große Sympathien für rebellierende junge Menschen. Darum habe ich in den vergangenen Jahren, wenn mich solche jungen Menschen bei Vorträgen angriffen, immer das Gespräch mit ihnen gesucht – und sie gebeten, mir zu erklären, warum das Wort, was ich verwendet hatte oder meine Position problematisch beziehungsweise rassistisch seien. Es kamen Phrasen und Glaubenssätze, viele Gefühle oder behauptete Gefühle von irgendjemand anderem, aber keine Argumente, jedenfalls keine, die der logischen Struktur meiner Argumente ähnelten. Ich finde das sehr anstrengend. Ich muss sagen, ich diskutiere lieber mit Betonkopf-Marxisten-Leninisten, obwohl ich deren Positionen furchtbar finde, aber sie bringen wenigstens Argumente, die man kontern kann.

Vor ein paar Jahren habe ich für die Emma junge Feministinnen interviewt, die sich gegen diese Art der Identitätspolitik wenden. Sie erzählten mir von ihren Erfahrungen in der Szene. Was ich besonders bemerkenswert fand: Sie erzählten, dass viele jungen Feministinnen vor allem Modemagazine lesen und politische Diskussionen langweilig finden. Darüber musste ich lange nachdenken: Dieselben Frauen, die Professor_innen wütend wegen angeblich rassistischer Äußerungen niederbrüllen, interessieren sich gar nicht für Politik in ihrer Freizeit? Wie kann das sein?

Dazu müssen wir uns die Herkunft dieser Ideologie anschauen; nicht die originäre Herkunft, sondern den Weg, wie sie in unsere Gesellschaft gekommen ist. Es sind Theorien, die in der Universität gelehrt werden, insbesondere in den Gender Studies. Dort werden sie zuweilen als rigide Glaubenssätze gelehrt. So erzählte mir etwa eine junge Feministin, die an der Humboldt-Universität in Berlin studiert hat, dass sie in ihrem ersten Semester scharf von der Dozentin zurechtgewiesen wurde, als sie auf die Frage, ob man einen Text von Roland Barth lesen dürfe, in dem das Wort „Neger" vorkam, mit „ja" geantwortet und das auch begründet hatte. Die Art, wie sie heruntergeputzt wurde, hat auch den anderen im Seminar Eindruck gemacht. Sie erzählte

Foto: Wolfgang Svensson

„Religion soll also unverfügbarer Kern unserer Identität wie Hautfarbe sein." Stimmt das?

mir: „Du musst dir vorstellen, da kommen einige aus der deutschen Provinz. Die wissen gar nicht, wie ihnen geschieht. Die kuschen oder gehen in die innere Emigration.“ Es wird also eingebimst und auswendig gelernt, nicht diskutiert. Keineswegs sind die Glaubenssätze, die hier in Deutschland von Vertreterinnen dieser Theorien vorgebracht werden, Ergebnis eines zivilgesellschaftlichen Prozesses, wie behauptet wird. Sondern sie sind oktroyiert. Darum vermisst man auch zuweilen einen Bezug zur Realität.

Das spielt auch eine Rolle für unsere Arbeit als Grüne. Ein Beispiel aus einem Kreisverband: Einige junge Mitglieder hatten für das Wahlprogramm ein ganzes Kapitel zu Postkolonialismus geschrieben, unter anderem forderten sie, dass umgehend alle Straßennamen mit kolonialem Bezug umbenannt werden müssten. An sich ist das ein absolut unterstützenswertes Anliegen, was wohl jede grüne Fraktion gern umsetzen würde. Die Fraktion ist also sämtliche Straßennamen des Ortes durchgegangen. Sie hat keinen einzigen mit kolonialem Bezug gefunden. Die Autor_innen des Kapitels kannten auch keinen.

Aus solchen Erfahrungen lässt sich der böse Schluss ziehen: Die jungen Leute, die hier so scharfe Attacken führen, sind überhaupt keine rebellierende Jugend, die wütend darüber ist, dass echte Probleme immer noch nicht behoben sind. Es sind vielmehr Streber, die die Lehrsätze ihrer Professor_innen nachplappern. Deshalb wohl kommt es zu teilweise völlig absurd anmutenden Angriffen. Wenn etwa Menschen mit Dreadlocks attackiert werden oder eine grüne Spitzenkandidatin dafür, dass sie als Kind Indianerhäuptling werden wollte, dann liegt das nicht daran, dass die politische Linke in Deutschland keine Themen mehr hat, wie das konservative Feuilleton behauptet. Sondern es liegt mitunter daran, dass eifrige Schüler_innen eine 1 bekommen wollen.

Hintergründe der Identitätspolitik: Zugrundeliegende Theorien

Aber es gibt auch die, die darüber Macht ausüben. Dafür sind solche Glaubenssätze, vor allem wenn ihre Auslegung willkürlich ist, besonders gut geeignet. Professor_innen können so andere Professor_innen wegbeißen, Politiker_innen andere Politiker_innen usw.

Die Theorien, auf denen das ganze fußt, sind hingegen teilweise gar nicht so dumm. Und es gibt auch viele junge Menschen, die sich ernsthaft damit auseinandersetzen, Bücher lesen und darüber nachdenken. Die sollten wir nicht in einen Topf schmeißen. Solche kenne ich auch. Die sind allerdings in der Lage zu argumentieren und meist finden wir, dass wir gar nicht so weit auseinander liegen wie bei anderen Begrifflichkeiten.

Die Identitätspolitik geht zurück auf Theoretiker_innen der 1980er und 90er Jahre. Dem Philosophen Michel Foucault ging es um die Anerkennung sexueller Identitäten. Er selbst war schwul. Viele postkoloniale Autor_innen zeigten sehr richtig die Marginalisierung anderer Kulturen und Wissensproduktion auf. Dabei gingen sie davon aus, dass Identitäten konstruiert sind – durch Fremd- und Eigenzuschreibungen. Einiges davon kann essentialistisch interpretiert werden, als sei Identität statisch, wie es heute geschieht. Aber nur, wenn man Sätze aus dem Kontext greift, also das Buch nicht gelesen hat.

Die Philosophin Judith Butler wiederum behauptete, dass die Binarität der Geschlechter konstruiert sei, die Unterscheidung von Männern und Frauen durch ständige Performance, also das erlernte Verhalten, aufrechterhalten wird. Als ich das als Studentin gelesen habe, habe ich das nicht so verstanden, dass es keine Geschlechtsunterschiede gibt, sondern dass die Bedeutung, die wir ihnen zumessen, in Frage steht. Inzwischen muss man allerdings sagen, dass Judith Butler ihre eigene Theorie ad absurdum führt, wenn sie die Burka verteidigt.

Foto: privat

Hannah Wettig

Zum gleichen Zeitpunkt, aber in Deutschland damals relativ unbeachtet, entwickelte die Juraprofessorin Kimberly Crenshaw den Ansatz der „Critical Race Theory“ und des Intersektionalismus. Die Idee dafür beruht auf einem realen Fall: Bei General Motors klagten schwarze Frauen dagegen, dass sie bei Einstellungen diskriminiert würden. Das Gericht wies die Klage ab. Es argumentierte, dass bei General Motors viele Frauen arbeiten und daher offensichtlich Frauen nicht diskriminiert würden. Auch arbeiteten dort viele Schwarze, also würden auch Schwarze nicht diskriminiert. Tatsächlich waren aber alle Frauen, die dort arbeiteten, weiße, zum Beispiel Sekretärinnen. Die Schwarzen waren alle Männer, die in der Fabrik arbeiteten.

Kimberly Crenshaw befand, dass sich Diskriminierungen also nicht einfach addierten. Von der einfachen Addition von Diskriminierungen geht etwa der Triple-Oppression-Ansatz aus, der damals in der Linken en vogue war. Crenshaw zeigte, dass schwarze Frauen nicht einerseits als Schwarze und andererseits als Frauen diskriminiert würden, sondern dass sie spezifisch als schwarze Frauen diskriminiert wurden.

Das ist zweifellos eine wichtige Erkenntnis. Und auch die Methode, die daraus hervorging, nämlich in jeder Situation zu schauen, wie sich Mehrfach-Diskriminierungen auswirken, ist in den Sozialwissenschaften absolut sinnvoll. Aber es ist eben nur eine Methode für die Sozialwissenschaften, die Sozialpädagogik oder was auch immer. Es ist keine politische Theorie, keine Gesellschaftsanalyse. Es eignet sich – anders als beispielsweise der Marxismus – nicht, um daraus politische Gesamtkonzepte abzuleiten. Es wird aber heute so eingesetzt, und das führt zu den vielen Absurditäten, die wir erleben.

Die soziale Frage spielt eine untergeordnete Rolle

Warum es keine Gesellschaftsanalyse ist und wenn es als solche eingesetzt wird, in keinster Weise progressiv ist, lässt sich am Beispiel der sozialen Frage am deutlichsten zeigen. Es gilt aber für andere Bereiche genauso. Die soziale Frage spielt in der Identitätspolitik und im Intersektionalismus eine untergeordnete Rolle. Das ist auch nicht verwunderlich, denn dafür sind sie nicht entwickelt worden. Viele Poststrukturalisten, zu denen etwa auch Foucault gehörte, sahen sich als Marxisten oder Post-Marxisten. Aber politische Ökonomie war nicht ihr Untersuchungsgegenstand. Für den Intersektionalismus und die Critical-Whiteness-Theorie gilt, dass sie in den USA entwickelt wurden. Und in den USA tut man sich generell schwer mit der sozialen Frage.

Das verweist übrigens auf ein weiteres Problem, das ich kurz ansprechen möchte: Viele der Glaubenssätze, die nun kursieren, kommen aus den USA und sind, da es eben keine Debatten gibt, eins zu eins übernommen worden. Sie passen aber gar nicht für unsere Gesellschaft. Ein Beispiel ist etwa der Indianerhäuptling. Es gibt wohl kaum eine Kultur, die natürlich wie die meisten Kulturen absolut konstruiert ist, die in Deutschland so positiv gesehen wird wie die Indianer-Kultur. Ob daher die Verwendung des Wortes in gleicher Weise zu verurteilen ist wie in den USA, darüber müsste erst einmal diskutiert werden.

Manches macht Sinn vor dem Hintergrund der amerikanischen Geschichte, wie der Begriff der Cultural Appropriation, der kulturellen Aneignung, wenn man sich etwa die Geschichte des amerikanischen Blues anschaut. In Deutschland aber hat niemand den Schwarzen den Blues geklaut und damit viel Geld gemacht. Im Gegenteil. Das Spielen von sogenannter „Negermusik“ war Widerstand gegen die Nazis und später auch in der DDR subversiv. Das sollte wohl anders bewertet werden.

Da nun aber diese Theorien wie Gesellschaftsanalysen gehandelt werden, gab es immer wieder Kritik daran, dass die soziale Frage nicht auftaucht. Die Vertreterinnen dieser Theorien führen nun die Kategorie des Klassismus ein. Also: es gibt Sexismus, Rassismus, Klassismus, Ableismus und viele andere Diskriminierungen.

Klassismus beschreibt die Diskriminierung von Menschen unterer Schichten. Diese Diskriminierung soll aufgehoben werden wie die anderen Diskriminierungen auch. In der Konsequenz heißt das, dass das Arbeiterkind dieselben Chancen haben soll, Millionär zu werden wie das Millionärskind. Aber dass es Arbeiter gibt und Millionäre, wird in diesem Ansatz nicht kritisiert und auch gar nicht analysiert.

Identitätspolitik und Intersektionalismus können Diskriminierungen nur beschreiben. Damit können sie zu ihrem Abbau beitragen. Aber gesellschaftliche Strukturen, dahinterliegende materielle Verhältnisse fassen sie nicht an. Darum sind sie politisch nur bedingt brauchbar.

Brauchbar ist die Methode zur Überprüfung der eigenen Position. Wir sollten uns als politische Menschen immer fragen, ob wir etwas überhaupt beurteilen können und was die Basis unserer Erkenntnis ist. Ich weiß nicht, wie Eltern ohne Hochschulabschluss jetzt mit dem Digitalunterricht klarkommen. Ich kann es mir vorstellen, kann Studien darüber lesen, aber es bleibt immer ein Rest, die Ängste, die Ohnmacht, die damit einhergehen, den ich nicht erfassen kann.

Dass der/die Diskriminierte die eigene Situation besser erfassen kann, beschreibt schon Hegel in seiner Dialektik von Herr und Knecht. Es ist daher richtig, dass die Änderung der Verhältnisse damit beginnen muss, die Betroffenen zu hören und ernst zu nehmen. Es ist aber eine Verballhornung dieser Erkenntnis, wenn man nun meint, Weiße dürften gar nichts mehr dazu sagen. In der Konsequenz würde es übrigens dazu führen, dass die Chancen, Rassismus und Ungerechtigkeiten abzubauen, deutlich sinken dürften.

Ich glaube übrigens, dass es einigen Protagonistinnen genau darum geht: Sie wollen Rassismus nicht bekämpfen, sondern präservieren. Wozu sollten sie denn sonst forschen? Aber das ist ein anderes Thema.

HANNAH WETTIG
Stellvertretende Sprecherin der
Berliner Säkularen Grünen

Der Artikel beruht auf einem Vortrag, den die Autorin auf der Klausur der Bundesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne am 17. April 2021 hielt.

Die Methoden waren überall die gleichen

Eine Studie über die Praxis in Bremen zeigt, wie das Zusammenspiel zwischen Regierung, Justiz und Wirtschaft funktionierte

Seit 2007 erarbeitet die Bremer Historikerin Eva Schöck-Quinteros mit Studierenden der dortigen Universität Dokumentationen auf der Basis von Archivarbeit, die durch den Regisseur und Schauspieler Peter Lüchinger von der bremer shakespeare company für die Aufführung aufbereitet werden. Es ist immer wieder zu bewundern, wie auf diese Weise aus Archivmaterial lebendiges Theater wird.

Die Themen haben einen Bezug zu Bremen, sind aber keineswegs nur von regionaler Bedeutung. Zu nennen wären beispielsweise: Entnazifizierung von Frauen, Kolonialverbrechen im heutigen Namibia, die Irrfahrt des Schiffs „St. Louis“, der Konkurs der Firma „Nordwolle“, der zum Ausbruch der Finanzkrise Ende der 1920er Jahre erheblich beitrug und – die Berufsverbote.

Die Premiere der Aufführung von „Staatsschutz – Treuepflicht – Berufsverbot/ (K)ein vergessenes Kapitel der westdeutschen Geschichte“ liegt schon mehr als drei Jahre zurück (27.9.2017). Schon damals war, wie üblich, ein Begleitheft dazu erschienen. Umfang: 154 Seiten. Ich hatte die Premiere gesehen und besprochen und kannte daher das Begleitheft. Deshalb wunderte ich mich, als ich kürzlich erfuhr, dass ein weiterer Band zu diesem Thema erschienen ist. Als ich ihn aufschlug, wunderte ich mich nicht mehr. Denn der Umfang ist fast auf das Dreifache gewachsen. Das Impressum ist das gleiche geblieben, aber ein grundlegender Aufsatz von Dominik Rigoll („Der Radikalenerlass von 1972 und die Folgen [2017]“) ist aktualisiert und ein weiterer von Alexandra Jaeger, die bekanntlich die Berufsverbote in Hamburg erforscht hat, ist hinzugekommen. (Dort bestreitet sie die These von der angeblichen „fortschreitenden Liberalisierung“ nach Abschaffung der Regelanfrage: Es könne höchstens von einer „(Re-)Liberalisierung“ „in gesellschaftlichen Teilbereichen“ die Rede sein.)

Sigrid Dauks/Eva Schöck-Quinteros/ Anja Stock-Mamzer. (Hrsg.): Staatsschutz-Treuepflicht-Berufsverbot / (K)ein vergessenes Kapitel der westdeutschen Geschichte (= Aus den Akten auf die Bühne, Band 12), Bremen 2021, 436 S., 18 Euro.

Entscheidend für das Anschwellen des Umfangs ist, dass der Teil des Bandes, der die zehn ausgewählten Biographien von Berufsverbote-Opfern behandelt, stark erweitert worden ist. Zu dieser Erweiterung gehört jeweils ein Statement der betroffenen Person. Von zwei Personen gibt es kein solches Statement, denn diese Personen sind nicht mehr am Leben: Antje Linder (Anwältin) starb 2011 und Horst Holzer (Soziologie-Professor) bereits im Jahr 2000.

Ob Zufall oder nicht: Der Fall Linder und Holzer ragen unter den vielen Absurditäten, die die Berufsverbote-Politik verursacht hat, besonders hervor: Der Fall der auf Lebenszeit verbeamteten Antje Linder kam am 6.3.1974 ins Rollen, nachdem der Betriebsratsvorsitzende der Bremer Firma VFW-Fokker (seit 1981 vereinigt mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm), Karl Lüneburg (ÖTV), sie bei Staatsdirektor Curt Kreuser denunziert hatte. Sein Vorwurf: Sie habe während eines Metallarbeiterstreiks das KBW-Flugblatt „Das Triebwerk“ verteilt. (Die ÖTV gab ihr keinen Rechtsschutz.) Befeuert wurde ihr Fall, als sie einige Monate später auf der Straße die KVZ verkaufte und wegen angeblich nicht vorliegender Erlaubnis von einer damals in der Bremer Öffentlichkeit als brutal geltenden Polizeieinheit mit Gewalt in einen Mannschaftswagen gezerrt worden war und sie sich dagegen gewehrt hatte. Sie ging zwar strafrechtlich unbescholten aus dem anschließenden Verfahren hervor, wurde aber entlassen. Nachdem sie sich um die Zulassung als Anwältin bei der örtlichen Kammer beworben hatte, wurde ihr diese wegen „Unwürdigkeit“ versagt. Erst nach einem Verfahren vor dem Ehrengericht für Rechtsanwälte wurde ihr diese erteilt (8.7.1980).

An Antje Linders Fall lassen sich einige mit den Berufsverboten verbundene Komplexe verdeutlichen: Die Rolle der Denunziationen und die Rolle der Gewerkschaften in der Frage der Unterstützung. Das Thema „Denunziation“ war in Bremen durch den so genannten „Eisenhauer-Erlass“ vor allem mit dem schulischen Bereich verbunden. Eisenhauer war von 1970-89 in Bremen für die Schulaufsicht zuständig. Ein von ihm herausgegebener Erlass wurde als Aufruf zur Denunziation von Lehrpersonen (z. B. durch Eltern oder Schüler_innen) angesehen, die als extremistisch verdächtigt wurden.

Dem Thema „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ von DGB bzw. DGB wird ein neu in den Band aufgenommener Aufsatz zur Praxis in Bremen (Verfasserin: Anja Hasler) gewidmet, in dem Alexandra Jaegers Arbeit zur GEW Hamburg nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Erschreckend in Antje Linders Fall ist auch, dass die Rechtsanwaltskammer – wie eine Resolution des Bremer Anwaltsvereins rügt – nicht „auch demjenigen Aufnahme gewährt [hatte], der dem Staat oder seiner Ordnung kritisch gegenübersteht. Dem Anwalt bleibt es – wie jedem anderen Bürger – unbenommen, auch unbequeme Meinungen zu vertreten und die jeweilige Ordnung des Staates infrage zu stellen.“

Horst Holzer war bereits Professor für Soziologie an der Universität München, als er im April 1971 einen Ruf an die Universität Bremen erhielt, die ihren Lehrbetrieb im WS 1971/2 aufnehmen sollte. Am 27.7. wurde ihm allerdings mitgeteilt, seine Ernennung sei abgelehnt worden. Die ganze Geschichte von der Zerstörung des Lebens eines Menschen, der als DKP-Mitglied in die Schlammschlacht vor der Gründung der Universität Bremen („die rote Kaderschmiede“) geriet, hier auszubreiten, fehlt der Platz.

Quelle: Hamburger Institut für Sozialforschung

Neue Archivfunde haben weiteren Aufschluss über das Geschehen hinter den Kulissen gegeben. Nur einige Schlaglichter hierzu: Der Politologe Hans Maier (Gründungsmitglied des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ und bayerischer Kultusminister, später CSU-Mitglied), der Holzers Habilitation begutachtet hatte, hatte dem Bremer Bildungssenator „positive“ „Auskunft bezüglich der Verfassungstreue von Herrn Prof. Holzer“ gegeben. Am Ende (1980) aber musste Holzer um seine Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst bitten, um nicht finanziell völlig ruiniert zu werden. Jan Bönkost schreibt in seinem Aufsatz zum Fall Holzer: „Für Holzer wurde das Bremer Urteil [des Verwaltungsgerichts vom 8.11.1972, das seine Nicht-Einstellung für nicht rechtens erklärte,] zu der Zäsur seines Lebens. Denn das so um wissenschaftspolitischen Fortschritt bemühte Bundesland hatte ihn mit seinem Verhalten wissenschaftlich nachhaltig diskreditiert. Alle seine weiteren Versuche, im Wissenschaftsbetrieb Fuß zu fassen, schlugen fehl.“

Aus den dargestellten Fällen soll nur noch ein weiterer herausgehoben werden – auch wieder außerhalb des Schulbereichs: Es geht um die „Schwarzen Listen“, die in der Privatwirtschaft in ihrer Wirkung den Berufsverboten im öffentlichen Dienst entsprachen. Der Werkzeugmacher Günter Griese wurde von der Firma Hanomag-Henschel wegen der Unterstützung eines wilden Streiks mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen, weil dieser als Mitglied dieses Betriebsrats ein Solidaritätstelegramm an die streikenden Arbeiter der Firma Rheinmetall geschickt hatte. Die IGM sicherte ihm zwar Rechtsschutz zu. Nach Klagen durch verschiedene Instanzen unterlag Griese aber schließlich im Jahre 1980. Er hatte inzwischen offenbar auf einer Schwarzen Liste gestanden, in verschiedenen Arbeitsverhältnissen gestanden und arbeitete bis 1989 als Referent für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bei der DKP Bremen. Die letzten Jahre seines Arbeitslebens bis 2001 verbrachte er als Schlosser bei Stahlwerke Bremen.

Analysen der Motivation, die gerade die SPD antrieb – in Bremen und Hamburg in den 1970er Jahren Regierungspartei –, werden auf verschiedenen Ebenen fündig: Die SPD wurde wegen ihrer Ostpolitik von rechts angegriffen und befürchtete, als „vaterlandsloser Geselle“ oder gar Kommunistenfreund hingestellt zu werden. Es gab aber auch

einen genuinen Antikommunismus in der SPD, der bei „Zonen-Flüchtlingen“ wie Peter Schulz (Bürgermeister) und Günter Apel (Schulsenator) in Hamburg besonders ausgeprägt war. Die Furcht vor dem „langen Marsch durch die Institutionen“ war (z. B. durch den reaktionären, aber damals prominenten Soziologen Helmut Schelsky in einer Schrift über „Systemüberwindung“, „ohne Fußnoten und fast ohne Empirie“ [Rigoll]) angefacht worden.

In einem umfangreichen Schlussteil werden die unendlichen Bemühungen um die Rehabilitierung der Bremer Berufsverbote-Opfer dargestellt und wiederum durch Quellen belegt. Es ist bemerkenswert, dass ein ehemaliger (vom Berufsverbot betroffener) Lehrer, der nach seiner Entlassung zunächst als Redakteur bei der KVZ, dann als Korrektor und Schriftsetzer beim „Weser-Kurier“ gearbeitet hatte, in dieser Zeit an der Universität Bremen promoviert worden und danach Abgeordneter für Bündnis 90/ Die Grünen in der Bremer Bürgerschaft geworden war (Hermann Kuhn), am 10.11.2011 einen Antrag an die Bürgerschaft zur Aufhebung des Radikalenbeschlusses initiieren konnte, der einstimmig angenommen wurde.

Leider ist es nicht möglich, auf dem begrenzten Raum einer Rezension einen realistischen Eindruck vom Reichtum an Informationen, Analysen und Reflexionen zu geben, die dieser Band enthält. Ich hoffe, ein wenig Neugier beim Lesen erzeugt zu haben.

LOTHAR ZIESKE

REZENSION 1

Wirtschaftskrise – unabhängig von Corona

Unabhängig von der aktuellen durch die Pandemie ausgelösten Krise der Wirtschaft führen die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise notwendig in die Krise

Die Corona-Pandemie hat eine – von den nationalen und internationalen Experten (IWF / Weltbank) attestierte – noch nie dagewesene Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Die Corona-Krise stellt alles, was es bisher an solchen Wirtschaftskrisen gegeben hat, in den Schatten. Vergleichbar ist sie mit den Herausforderungen, denen sich Staaten nach einem Krieg stellen müssen. Der Neuanfang hat angehäuft und wird weitere Unmengen von Schulden anhäufen, wobei klar ist, dass die hauptsächlich der Ökonomie zugutekommen werden – die Wachstumsverluste durch den Shutdown sollen schleunigst wieder in Wachstumsraten wie vor der Corona-Krise überführt werden. Es lässt sich erahnen, was das für Bildung und Kultur bedeuten wird. Schule wird Qualifizierungsmaßnahmen für den Beruf als Zubringer für die Wirtschaft vermehrt anbieten müssen, was bedeutet, das anspruchsvolle Bildungsideale ‚in die Tonne‘ getreten werden.

Die in der Krise befindliche Ökonomie wird auf die aus den periodisch auftretenden Überakkumulationskrisen bekannten Maßnahmen zur Ankurbelung der zeitweilig darniederliegenden Wirtschaftstätigkeit zurückgreifen, um höhere Wachstumsraten zu erreichen: Lohndumping und Leistungssteigerung für die abhängig Beschäftigten inbegriffen, also verschärfte Standortkonkurrenz in der EU unter den nationalen Kapitalen. Diese Krise soll allein einem mutierten, winzigen, lebensbedrohlichen Virus, das seit fast zwei Jahrzehnten bekannt ist und gegen das es noch keinen Impfstoff gibt, geschuldet sein? Das bestreiten die Verfasser_innen A. Muzzupappa und S. Kaufmann in ihrer gut strukturierten, leicht lesbaren, allerdings nie vereinfachenden kleinen Einführungsbroschüre „Crash Kurs Krise“, die das Finanzkapital unter die Lupe nimmt. In Kap. 10 wird die Antwort darauf gegeben, warum die bis auf wenige Flecken weltweit durchgesetzte hocheffiziente Marktwirtschaft mit ihrem Gesundheitssystem an der Seuchenbekämpfung scheitert. Warum diese Art des Wirtschaftens es überhaupt nicht verträgt, über einen Zeitraum von etwa zwei Monaten bestimmte Teilbereiche der Produktion und Dienstleistung zu schließen, vielmehr eine veritable, in ihrer Dimension nie geahnte Krise der gesamten Gesellschaft nach sich zieht. Die Verfasser_innen machen den Grund für diese Misere in der von Marx vorgelegten Analyse der „kapitalistischen Produktionsweise“ fest – in den „drei blauen Bänden“, MEW 23-25, „Das Kapital“, niedergelegt. Der Zweck dieser Wirtschaft liegt nicht in der Versorgung der Gesellschaft mit Gebrauchsgegenständen, sie stellen nur das Mittel dar, um aus einem bestimmten Geldvorschuss eine größere Summe zu erzielen. So verwandelt sich eine Geldsumme in Kapital, das dem Zwangsgesetz zu gehorchen hat, immer mehr und schneller solche Abläufe zu durchlaufen und Unterbrechungen nicht verträgt – „wachsende Stufenleiter der Akkumulation“ heißt das bei Marx. Diesem Sachzwang ist nachzukommen, egal, ob der Überschuss von „sozialen“ Eigentümer_innen kleiner oder von anderen größer gehalten wird. Die Verwalter des Gemeinwesens, obwohl sie durchaus Korrekturen vornehmen, damit das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht durch Maßnahmen der einen oder anderen Seite zerstört wird, erkennen die Grundlagen des rentablen Geschäftemachens als notwendig an.

Die beiden Verfasser_innen wählen eine andere Untersuchungsweise als die von Marx vorgenommene. Sie untersuchen die „Finanzmärkte“ und setzen diese in Beziehung zur „Realwirtschaft“. Kritiker machen hingegen einen entarteten „Casinokapitalismus“ dingfest, deren Subjekte als „Bankster“ gescholten werden. Auch die bornierte bürgerliche Volkswirtschaftslehre entdeckt höchstens Auswüchse oder individuelle Fehler, z.B. solche im staatlichen Handeln. Die Widersprüche, der riesige Reichtum und das große Elend, was die so gepriesene Wirtschaftsweise hervorbringt, werden schlicht ignoriert. Diese Argumentationslinie zieht sich durch den gesamten 1. Teil des Buches. Die „Kritische Einführung“ der Verfasser untersucht eingangs die „Spekulation“, die sich schon in der „Realwirtschaft“ zeigt, so ihre These. Produziert ein Betrieb einen Gegenstand, so spekuliert er darauf, auf dem „Markt“ seinen Erlös zu realisieren. Da diese Bewegung unter Konkurrenzbedingungen stattfindet, ist nicht klar, ob seine Ware auch tatsächlich gekauft wird.

Stephan Kaufmann / Antonella Muzzupappa. Crash Kurs Krise – Wie die Finanzmärkte funktionieren. Eine kritische Einführung. Berlin (Bertz & Fischer) 2020, 175 S., 8 Euro

In den folgenden Kapiteln 2-5 arbeitet die Analyse sehr stringent die unterschiedlichen Sorten des Kreditgeschäftes heraus, die dem gleichen Prinzip folgen wie die übrige Ökonomie. Geldverleih ist dabei das Mittel, um über Zins und Tilgung Profit zu erwirtschaften. Systematisch entwickeln sie das Wirtschaften mit Fremdkapital (Aktien und Anleihen) über die Börse bis hin zu den Derivaten – also der Spekulation auf die schon getätigten Spekulationen –, die sich auf sich selbst beziehen oder gar Wetten, welche Aktie im Zeitverlauf ihren Wert erhöht oder verkleinert.

In Teil 2. werden die erarbeiteten Erkenntnisse des 1. Teils zusammengefasst, was ihre Krisentendenz, die dem Geschäftsgang im Kapitalkreislauf innewohnt, bewirkt. Wo das Ziel Geldvermehrung ist, kommt es immer wieder zur „Überakkumulation“, wenn Waren keine Kaufkraft mehr auf sich ziehen, gerät der Kreislauf ins Stocken, mit der Folge, dass sie wie aktuell bei den Automobilbauern auf Halde stehen oder gleich vernichtet werden. Mit der Folge, dass Fabriken schließen und die Menschen, die dort produktiv arbeiten, arbeitslos gemacht werden. Milliardensummen von Kapital und aufgelaufenen Gewinnansprüchen werden entwertet, allerdings nicht mit der Konsequenz, die absurde Systematik dieser Verhältnisse aufzukündigen, sondern den Vorgang bis zur nächsten Krise wieder aufs Neue zu starten.

Anschließend werden die realen, immer stärker ausfallenden Krisen der letzten 20 Jahre, so die Doctom-Blase, US-Hypothekenkrise, Griechenlandkrise/ Eurokrise und ihre Folgen – und wie sollte es anders sein: die aktuelle Wirtschaftskrise, ausgelöst durch einen Virus – erörtert. Das abschließende Fazit der Autor_innen unterstreicht noch einmal den spekulativen Charakter aller Abteilungen der kapitalistischen Ökonomie. Ob sie nun „ihr Geld arbeiten“ lassen – also aus eingesetztem Geld mehr Geld erzielen – oder über den Verkauf der Konsumptionsmittel Surplus erzielen – beide Geschäftssphären müssen sich lohnen, sonst folgt die Krise. Wer nun, wie die Faschisten, einen Gegensatz zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital konstruiert, macht den Fehler, die zentralen Abteilungen dieser Gesellschaft, die gewissermaßen einander bedingen, voneinander zu trennen.

Das kleine Büchlein sei den Lehrenden in den höheren Klassenstufen zur Lektüre mit ihren Schüler_innen empfohlen. Die werden sicherlich einen (Erkenntnis-)Gewinn erzielen.

F. BERNHARDT
im Ruhestand

NAZI-BIOGRAPHIEN (42)

Heinrich Hehn (Teil 2)

„Typ des Nazis übelster Sorte“

Hehn und seine Kumpane bekämpften die Hamburger NSLB-Führung, weil sie nicht gnadenlos gegen die Gesellschaft der Freunde vorgegangen sei. Bei der Entnazifizierung präsentierte sich Hehn 1945 als Angehöriger des Widerstands.

Foto: Staatsarchiv Hamburg

Heinrich Hehn

Für das Entnazifizierungsverfahren war es von Vorteil für Heinrich Hehn, dass er nicht mehr in Hamburg wohnte. Er war 1936 mit seiner Frau und zwei Kindern nach Stormarn verzogen und lebte seit 1939 in Glashütte. Aus dem Hamburger Schuldienst wurde er am 20.6.1945 entlassen. Danach verbrachte er 15 Monate in einem Internierungslager.

Weil sein Wohnort in Stormarn lag, ließ sich Hehn dort auch entnazifizieren. Wie argumentierte nun der „Nazi übelster Sorte“, wie sein ehemaliger Schüler Gerhard Nöthlich ihn charakterisierte? Natürlich stellte er seine „Kämpfe“ im NSLB und die Parteiordnungsverfahren als „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ dar. Er gab zwar seine Mitgliedschaften von 1931 bis 1945 in der NSDAP an, schrieb aber in dem ausführlichen Entnazifizierungsfragebogen am 2.6.1945 doch tatsächlich bei Frage 110: „Waren sie seit 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositionspartei oder Gruppe?“: „Ja.“ Frage 111: „Welcher?“: „Ohne Namen.“ Frage 112: „Seit wann?“: „Von Sommer 1933 an.“

Da war es schon hilfreich für ihn, im Entnazifizierungsausschuss in Stormarn niemanden mit Hamburger Innensichten dabei zu haben. Allerdings fielen auch dort manche Ungereimtheiten in Hehns Erklärungen auf, so dass er zusätzliche Fragen beantworten musste: „Wie ist es zu erklären, dass Sie laut dem politischen Fragebogen einmal vom 1.12.1931 bis 45 der NSDAP angehört haben und zum anderen wollen Sie 1934 aus der Partei ausgeschlossen worden sein?“ Hehn notierte in seiner Antwort die Daten des Gaugerichts und die Aufhebung des Ausschlusses durch das Oberste Parteigericht. Er ergänzte, wahrheitswidrig: „In dem Fragebogen wollte ich zum Ausdruck bringen, dass ich in Hamburg aus der Partei ausgeschlossen wurde. Nach dem Ausschluss bin ich nach Stormarn verzogen und habe mich von der Partei zurückgezogen.“

Auf die Frage: „Welches sind die Gründe, die zu ihrem Ausschluss aus der Partei, dem NS-Lehrerbund und Beurlaubung aus dem Schuldienst geführt haben?“, schrieb er: „Ich sah nach der Machtübernahme manche meiner Ideale nicht mehr oder wenig verwirklicht. Besonders die zunehmende Bekämpfung des Christentums machte mir Sorge. Ich trat öffentlich gegen Korruption und Bonzentum auf.“

Von außen betrachtet hätte die Antwort heißen müssen: „Ich ertrug es nicht, nicht länger einer der Bonzen im NSLB sein zu dürfen.“

Hehn für schonungslosen Kampf gegen die alte GdF

Heinrich Hehn und die schon seit 1931 im NSLB aktiven „alten Kämpfer“ hatten es nicht ertragen können, dass die neue Führung des NSLB nicht gnadenlos mit den bisherigen Mitarbeitern der „Gesellschaft der Freunde“ (GdF) und der „Hamburger Lehrerzeitung“ abgerechnet hatte. Entsprechend begründete Hehns Kumpan Guido Höller 1934 gegenüber dem Parteigericht die Forderung nach Parteiausschluss von NSLB-Führer Willi Schulz:

„Der Kampf der neuen Lehrerbundsleitung um die Macht hat auch die Überführung des Genitivvereins in NSLB behindert – NSLB nur Verbrämung des alten marxistischen Vereins – dessen Arbeitsausschüsse sämtlich bestehen blieben und die die Schulen nach wie vor mit den von ihm bearbeiteten Lernmitteln beliefern, wie Lesebuch, Liederbuch, Deutschbuch und Rechenbuch. Die Hamburger Lehrerzeitung spiegelt dies Verhältnis wieder. Nach der Gleichschaltung übernommen vom Genitivverein, wurde sie kein Kampfblatt des Nationalsozialismus, sondern ein liberalistisches Unterhaltungsblatt. Die Schriftleiter entstammten dem marxistischen Genitivverein und dem Lehrerfortbildungsinstitut, das von der marxistischen Regierung gegründet worden ist; frühere Hilfskräfte sind gleichfalls für redaktionelle Tätigkeit beibehalten worden. Der Stil der Zeitung hat sich nicht geändert, obgleich die führenden Nationalsozialisten weit abgerückt sind von dem geistreichelnden verkniffenen und verschachtelten Ausdruck des liberalen Intellektualismus. Aus den Aufsätzen sind natürlich die Gehässigkeiten und Verdächtigungen verschwunden; aber was geboten wird an Abhandlungen und Mitteilungen ist noch immer ein buntes Allerlei persönlicher Meinungen aus allen Gebieten; nationalsozialistisches Kerngut ist selten darunter zu finden.“

Heinrich Hehn gab bei der Entnazifizierung noch eine Zusatzerklärung zu seinem Fragebogen ab. Seine Begründung: Er wolle „so erscheinen, wie ich gekämpft und auch gelitten habe, um die Sauberkeit in der Bewegung, gegen Korruption und Engstirnigkeit, für die Gesetze der Menschlichkeit.“

Der Antisemit Heinrich Hehn war 1934 gegen NSLB-Gauleiter Willi Schulz vor das Parteigericht gezogen, weil dieser „zu weich und kompromissbereit“ gewesen sei und „jüdische Anzeigen“ in der HLZ gestattet habe. Damals hatte Hehn noch geschrieben: „Wir hätten die ganze Lehrerzeitung zum Teufel gehen lassen, ehe wir eine Judenanzeige zugegeben hätten.“ Aber davon wusste man nichts bei der Entnazifizierung in Stormarn.

Foto: Staatsarchiv Hamburg

Guido Höller

Die Gründe seines NSDAP-Eintritts beschrieb Hehn so:

„Als Künstler bin ich zur Partei gekommen, weil ich vor der Machtübernahme, in der Zeit des sogenannten ‚Expressionismus’ – den ich aus tiefstem Herzen ablehnte – keine Möglichkeit fand, mit meinen Bildern, die in einer feinen, sauberen Manier gemalt waren, an die Öffentlichkeit zu kommen. Einmal in der Partei, kämpfte ich als Idealist gegen alle Auswüchse, die meiner Meinung nach dazu angetan schienen, das Ansehen der Partei zu untergraben. Ich bekämpfte die Korruption und setzte mich ein für die Gesetze der Menschlichkeit, gegen die Engstirnigkeit und für die Sauberkeit. Aus tiefster Überzeugung stand ich auf dem Boden des positiven Christentums. Die Judenfrage wollte ich gelöst wissen im Sinne der Zionisten, wie eines Martin Buber und eines Jakob Goldschmidt.“

Natürlich stellte er seine „Kämpfe“ im NSLB als „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ dar.

Es war bei der Entnazifizierung von Vorteil, auf Parteiordnungsverfahren hinweisen zu können, in denen Hehn und seiner Gruppe vorgehalten wurde, „Zersetzungsarbeit“ geleistet und eine Parteiorganisation als „Parteisumpf“ bezeichnet zu haben.

Heinrich Hehn und seiner Tochter waren 1943 zudem in Glashütte Schwierigkeiten erwachsen, weil die Tochter, aus welchen Motiven auch immer, Kontakte zu französischen Zwangsarbeitern aufgenommen hatte, die nach den Bombenabwürfen auf Hamburg nach Stormarn gekommen waren.

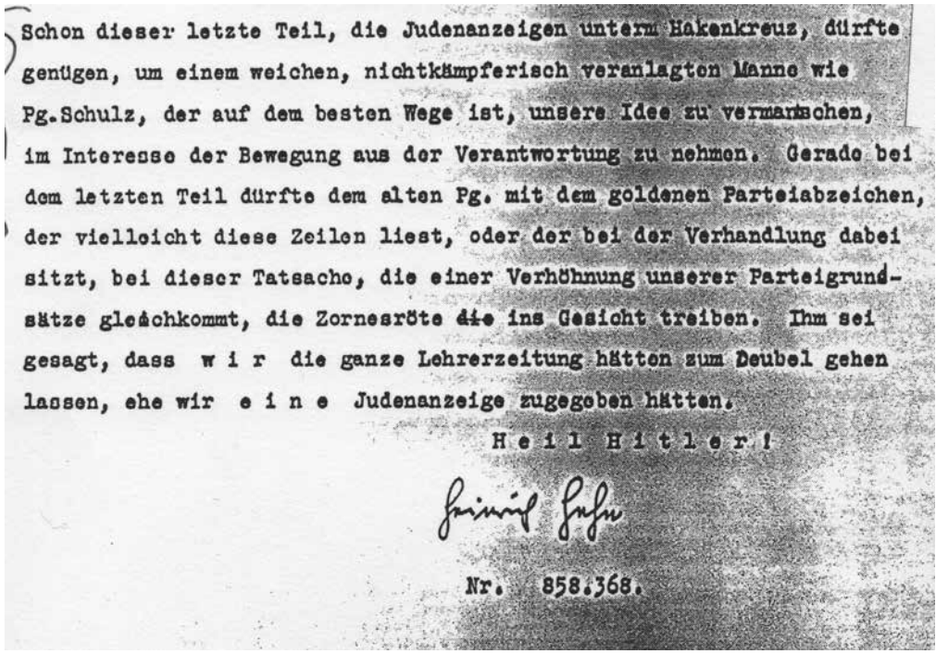
Bei so viel vorgegebenem „Widerstand“ gegen die Nationalsozialisten wurde Heinrich Hehn von dem Ausschuss in Stormarn am 24.11.1948 in Kategorie V als Entlasteter eingruppiert. Unmittelbar danach stellte er in Hamburg einen Antrag auf Wiedereinstellung.

Kurt Zeidler, ehemaliger Vorsitzender (Proponent) der Gesellschaft der Freunde und Schulrat bis 1933, nach 1945 wieder in der Schulbehörde und Mitglied des Fachausschusses für die Entnazifizierung, kannte Hehn natürlich aus dessen öffentlich demonstrierter Kampfzeit. Er schrieb an den für das höhere Schulwesen zuständigen Oberschulrat Heinrich Schröder am 16.12.1948:

„Dem schleswig-holsteinischen Entnazifizierungsausschuss kann das Recht, den früheren technischen Oberlehrer Heinrich Hehn zu kategorisieren, nicht abgesprochen werden, da Hehn auf schleswig-holsteinischem Gebiete wohnt. Nach Auffassung des Fachausschusses schließt die vorgenommene Einstufung in Kategorie V jedoch nicht die Aufhebung der durch die zuständigen Stellen in Hamburg entschiedenen Entlassung aus dem Schuldienst ein. Diese kann gegebenenfalls nur durch einen hamburgischen Berufungsausschuss vorgenommen werden. Es wäre dem Antragsteller anheim zu geben, einen dahingehenden Antrag zu stellen.“

Das nun wollte Hehn auf keinen Fall – aus nachvollziehbaren Gründen. Hehn argumentierte am 24.1.1949, offenbar juristisch beraten:

„1. Es widerstrebt mir, mich zweimal entnazifizieren zu lassen. §24 Abs. 3 des Entnazifizierungsgesetzes besagt: ‚Gegen



Schon dieser letzte Teil, die Judenanzeigen unterm Hakenkreuz, dürfte genügen, um einem weichen, nichtkämpferisch veranlagten Manne wie Pg.Schulz, der auf dem besten Wege ist, unsere Idee zu vermanschen, im Interesse der Bewegung aus der Verantwortung zu nehmen. Gerade bei dem letzten Teil dürfte dem alten Pg. mit dem goldenen Parteiabzeichen, der vielleicht diese Zeilen liest, oder der bei der Verhandlung dabei sitzt, bei dieser Tatsache, die einer Verhöhnung unserer Parteigrundsätze gleichkommt, die Zornesröte ~~die~~ ins Gesicht treiben. Ihm sei gesagt, dass w i r die ganze Lehrerzeitung hätten zum Teufel gehen lassen, ehe wir e i n e Judenanzeige zugegeben hätten.

H e i l H i t l e r !

Heinrich Hehn

Nr. 858.368.

Aus den Schriftsätzen von Heinrich Hehn vor dem Obersten Parteigericht gegen den NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz.

den Betroffenen findet nur ein Verfahren statt.'

2. Seit dem 24.12.1948 ist die Entscheidung in meiner Entnazifizierungssache vor dem Spruchgericht Ahrensburg nach Gruppe V rechtskräftig geworden.

3. § 50 des Entnazifizierungsgesetzes vom 10.2.1948 erklärt: ‚Rechtskräftige Entscheidungen der Entnazifizierungsausschüsse anderer Länder werden anerkannt.'

4. Da ich seit 1937 in Stormarn wohne, musste ich nach dem Gesetz in Ahrensburg entnazifiziert werden. § 24 Abs. 1: ‚Die örtliche Zuständigkeit des Ausschusses wird durch den gegenwärtigen Wohnsitz des Betroffenen begründet.'

5. Auf der Konferenz der Länderchefs am 9. Juni 1948 in Hannover wurde ein Übereinkommen getroffen hinsichtlich der Anerkennung der Entscheidungen der Spruchgerichte, dahingehend, daß diese Entscheidungen grundsätzlich anerkannt werden."

Das war sicherlich ein wesentlicher Teil der Rechtslage. Für Heinrich Hehn ging es aber auch um den Widerspruch gegen die Entlassung aus dem Hamburger Schuldienst und dafür war ein Berufungsverfahren in Hamburg unabweislich. Das wurde Hehn am 25.1.1949 unmissverständlich mitgeteilt.

Die Judenfrage wollte ich gelöst wissen im Sinne der Zionisten, wie eines Martin Buber

Daraufhin stellte sich Heinrich Hehn dem Verfahren. Am 20.4.1949 befasste sich der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung mit Hehn und entschied unter Vorsitz von Johann Helbig:

„Hehn erscheint uns als politischer Wirrkopf, der etwa 1938 im Kollegium der Oberschule Eimsbüttel gegenüber Herrn Rudolf Jacobs offen die Brandstiftungen an jüdischen Gotteshäusern verteidigte, der andererseits aber nach der Katastrophe 1943 sich für ausländische Zwangsarbeiter einsetzte, so dass er wie seine Tochter kriegsgerichtlich verfolgt worden ist. Eine Wiederbeschäftigung kommt nach unserer Ansicht keineswegs infrage. Wir befürworten aber die Gewährung eines größeren Prozentsatzes der Pension, umso mehr als er bereits in Schleswig-Holstein in die Kategorie V eingestuft ist."

Der Berufungsausschuss befasste sich am 7.5.1949 mit der Angelegenheit Hehn. Dieser bestritt dabei, in dem Gespräch mit Rudolf Jacobs die Brandstiftung der jüdischen Synagogen begrüßt zu haben: „Ich habe 1938 beim Gespräch mit Dr. Jacobs gar nicht gewusst, dass in der Nacht vorher jüdische Gotteshäuser in Brand gesetzt waren. Am Morgen ist ein Gespräch zwischen mir und einem Dritten aufgekommen, in dem über jüdische Gotteshäuser gesprochen wurde. Über dieses Gespräch ist Dr. Jacobs hinzugekommen und ich habe mich mit ihm über den Begriff ‚Gotteshaus' unterhalten, wobei ich ihm meine Auffassung mitgeteilt habe. Diese Unterhaltung betraf rein die christliche Ideologie, bezog sich jedoch nicht auf irgendeinen konkreten Fall einer Brandstiftung von Gotteshäusern. Ich bestreite, seinerzeit die Brandstiftung der Synagogen gutgeheißen zu haben."

Diese Erklärung ließ der Ausschuss nicht gelten. „Hehn ist durch seinen frühen Parteieintritt erheblich belastet. Er hat auch 1938 im Kollegium gegenüber Dr. Jacobs eine Bemerkung über die Brandstiftung an jüdischen Gotteshäusern gemacht, die ihn belastet." Allerdings: „Dagegen hat er 1934 und nach der Katastrophe 1943 sich in scharfem Widerspruch zu den Auffassungen der NSDAP gesetzt und ist deswegen Anfeindungen seitens der NSDAP resp. anderer Behörden ausgesetzt gewesen. Der Berufungsausschuss ist daher der Auffassung, dass Hehn als Zeichenlehrer tragbar ist. Seine Einstufung in die Kategorie V erscheint berechtigt, da Hehn durch seine bisherige Ausschaltung seine politische Belastung gesühnt hat."

Hehn wurde dennoch nicht wieder in den Hamburger Schuldienst eingestellt. Im weiteren Verfahren ging es dann um die Gewährung der Pension für die Zeit von 1923 bis 1945, während der Hehn technischer Oberschullehrer in Hamburg gewesen war.

1950 wurde er in den Ruhestand gesetzt. Er arbeitete dann mit mäßigem Erfolg als bildender Künstler.

Heinrich Hehn starb am 21.8.1977.

HANS-PETER DE LORENT

Gekürzte Fassung der Biographie aus „Täterprofile" Band 2 (2017). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

MUSEUM FÜR HAMBURGISCHE GESCHICHTE

Der Fotograf Max Halberstadt, © Mark Spangenthal (England), Gestaltung und Montage: Barbara Schirmer

Das Leben und Werk Max Halberstadts steht beispielhaft für die Zwangslage jüdischer Bürger_innen im Nationalsozialismus, in ihrer Heimat nicht mehr leben zu können und sich nur durch die Emigration der Bedrohung und Verfolgung entziehen zu können. In der Ausstellung werden neben Porträts von Hamburger Künstler_innen und Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde berührende Kinderfotos, aber auch atmosphärische Einblicke in das Stadtleben Hamburgs der 1920er Jahre gezeigt. Zahlreiche Druckbelege dokumentieren den breiten Kontext, in dem die vielfältigen Aufnahmen von Max Halberstadt Verwendung fanden. Ein museumspädagogisches Begleitprogramm zur Ausstellung für Jugendliche und Erwachsene soll die Themen der deutschen Judenverfolgung, der Emigration und des erzwungenen Exils thematisieren.

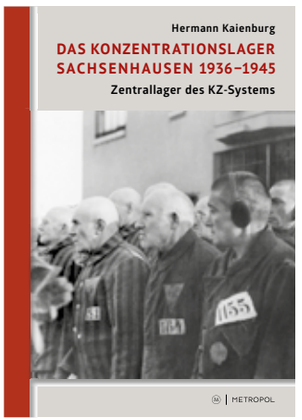
Mit freundlicher Unterstützung von:
Kulturpartner:

Hamburg · Körber Stiftung · Martha Pulvermacher Stiftung · ONEVEST · Rudolf Augstein Stiftung · Siemens Freue Stiftung · NDR kultur

REZENSION 2

Wie konnte das Inferno überlebt werden?

Ein Kollege veröffentlicht ein umfangreiches Werk zum KZ Sachsenhausen



Hermann Kaienburg: Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1945, Zentrallager des KZ-Systems, 734 S., Metropol-Verlag 2021, 39 Euro

Zu Beginn des Jahres 2021 ist das umfangreiche Buch des Kollegen Hermann Kaienburg zur Forschungsarbeit über das KZ-Sachsenhausen erschienen. Auf gut 700 Seiten legt er die Entstehung des KZ-Sachsenhausen bei Berlin, die Entwicklung zum Zentrallager des KZ-Systems und das Ende des KZ-Sachsenhausen durch die grausamen Todesmärsche dar.

Hermann, Jahrgang 1950, ist Historiker und Hamburger Lehrerkollege. Er hat an mehreren Hamburger Schulen unterrichtet, ist langjähriges GEW-Mitglied und hat mittlerweile den wohlverdienten Ruhestand erreicht. Zeitweise neben seinem Lehrerberuf, zeitweise beurlaubt von der Lehrertätigkeit hat er sich seit Beginn der 1990er Jahre der historischen Forschungsarbeit über die Entstehung und verschiedenen Entwicklungsphasen des KZ-Neuengamme in den Hamburger Vier- und Marschlande und ab 2004 der Erforschung der zentralen Rolle des KZ-Sachsenhausen im KZ-System der SS gewidmet. Bevor sich Hermann seiner Recherchearbeit über das KZ-Sachsenhausen zuwandte, engagierte er sich mit vielen anderen seit Ende der 1980er Jahre für die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte auf dem ehemaligen Gelände des KZ-Neuengamme. Es war eine lange Auseinandersetzung mit dem Hamburger Senat, bis dieser die Gefängnisnutzung auf dem Gelände des KZ-Neuengamme einstellte und ab 2003 das Gelände für die Gedenkstättenarbeit freigab. Hermann begleitete diesen Prozess der Errichtung der KZ-Gedenkstätte in Neuengamme während der 1990er Jahre mit zahlreichen Publikationen. Er promovierte 1990 über das KZ-Neuengamme unter dem Titel „Vernichtung durch Arbeit“ – Der Fall Neuengamme. 1997 veröffentlichte er mit Unterstützung der KZ-Gedenkstätte eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Konzentrationslagers, die auch die Außenlager und die Geschehnisse gegen Kriegsende mit einbezog. Nun, im Jahr 2021, stellt er in seinem neuesten Buch „Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1945 – Zentrallager des KZ-Systems“ die Forschungs- und Recherchearbeit vor.

In der Einleitung wird der Leser mit der Gliederung, der Quellenlage und dem Stand der aktuellen Forschung über das KZ-Sachsenhausen knapp und übersichtlich vertraut gemacht. Im ersten Kapitel werden die Fragestellungen entwickelt und man bekommt einen ersten Einblick, warum das KZ-Sachsenhausen, das KZ der Reichshauptstadt Berlin, erst 1936 errichtet wurde, nachdem SA und Gestapo in der ersten Verfolgungswelle die Organisationen der Arbeiterbewegung durch Terror ausgeschaltet hatten und Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter in schnell errichteten Lagern, Kellern und Gefängnissen durch die SA-Schergen verprügelt, gefoltert und unter erbärmlichen Verhältnissen eingekerkert wurden. Die Nazis saßen 1936 in allen Regionen Deutschlands sicher an den Hebeln der Macht. Der Autor beschreibt sehr eindrücklich, wie die Verfolgung von nach der Ideologie der Nazis aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen, wie Juden, Sinti, Roma, Wohnungslose, Behinderte, Homosexuelle und Zeugen Jehovas, von statten ging. So füllten sich ab 1936 die Lager nach der ersten Verfolgungswelle mit willkürlich Verhafteten.

Himmler, der zunächst bei Hitlers Machtantritt 1933 als SS-Reichsführer eine eher untergeordnete Rolle spielte, organisierte seinen Machtaufstieg vom Münchner Polizeipräsidenten und Errichter des ersten KZs in Dachau zum Chef der deutschen Polizei, zum Führer des Reichssicherheitshauptamtes über die Ausdehnung des KZ-Systems

Quelle: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Écraser l'infâme! Künstler und das KZ – die Kunstsammlung der Gedenkstätte Sachsenhausen -

Matejka-Zyklus: Liebe zum Vaterland – 1945 – Tusche

auf ganz Deutschland. Er übernahm mit seiner SS ab 1936 die Oberaufsicht über das KZ-Systems. Hermann arbeitet heraus, dass das KZ-Sachsenhausen ab 1936 massiv ausgebaut und zu einem zentralen Muster- und Ausbildungslager für die SS wurde. Bis 1940 war das KZ-Sachsenhausen auch zuständig für Hamburg, bevor 1940 das KZ-Neuengamme nach dem „Prototyp“ des KZ-Sachsenhausens bei Hamburg errichtet wurde. Deshalb wurden viele Hamburger Widerständler in Sachsenhausen festgehalten, unter anderem Harry Naujoks als Lagerältester von 1939 bis 1942. In Sachsenhausen wurden Mordtechniken entwickelt, medizinische Versuche durchgeführt und die Häftlinge durch Zwangsarbeit bei mangelnder Ernährung misshandelt. Das Leiden der Häftlinge wird durch die schwarz-weißen Häftlingszeichnungen, die verschiedene Häftlinge angefertigt und versteckt hatten, eindrücklich festgehalten. Mit Fotos über das KZ-Sachsenhausen geht das Buch sehr zurückhaltend um. Bilder, Grundrisse des Lagers, Häftlingszeichnungen, Tabellen, Faksimile und Graphiken sind gestochen klar und von guter Qualität, was nicht immer bei schwarz-weiß gedruckten Büchern üblich ist. Aus den Graphiken im fortlaufenden Text und zahlreichen Tabellen auf dreißig Seiten im Anhang gehen u.a. die monatlichen Belegungszahlen des KZs von 1600 Insassen Ende 1936 auf rund 70 000 Häftlinge, dem höchsten Stand, im Januar 1945 hervor. Nach der Pogrom-Nacht 9.11. 1938 wurden zahlreiche Juden verhaftet, die Ende 1938 wieder entlassen wurden und dann emigrierten. Rund 9600 Häftlinge, 0,89 Prozent, erlangten in den Kriegsjahren ihre Freiheit wieder.

In einem ausführlichen Kapitel am Ende des Buches schildert der Autor, wie unter den Häftlingen mit unterschiedlichster politischer Einstellung aus verschiedenen Nationen Solidarität und Widerstand gegen SS-Willkür und Wachmannschaften praktiziert wurde. Dabei spielten kulturelle Ereignisse eine bedeutende Rolle. Es gab auch SS-Spitzel und üble Blockälteste, Kapos, die ihre Mithäftlinge misshandelten, aber eben auch größere gegenseitige Unterstützung. Hermann berücksichtigt in diesem Kapitel zahlreiche Augenzeugenberichte von überlebenden Häftlingen. In seinem Resümee fasst er den Überlebenswillen der Häftlinge wie folgt zusammen: „… Nur durch Freundschaften und durch Zugehörigkeiten zu Gruppen konnte man überleben. Auch die Bemühungen, sich durch kulturelle Betätigung der eigenen Identität zu vergewissern und den Widerstandsgeist zu stärken, gehörten zu den Ansätzen der Selbstbehauptung, ….“ Ab dem 20.April 1945 begann die Räumung des KZ-Sachsenhausen durch die Todesmärsche, das letzte grausame Kapitel.

Ich habe das Buch mit Gewinn gelesen und empfehle es allen Interessierten. Durch die zahlreichen Quellen und Berücksichtigung des neusten Forschungsstandes eignet sich das Buch für die Unterrichtsvorbereitung in Geschichte, aber auch als umfassendes Nachschlagewerk.

WILLI BARTELS
Ruheständler und historisch Interessierter

AUFRUF

Hans Paasche gedenken!

Erinnerungskultur der anderen Art: Vom Kolonialoffizier zum entschiedenen Anti-Kolonialisten

Hans Paasche war ein Denker von beklemmender Modernität. Seine Schriften und sein Engagement weisen ihn als herausragende Persönlichkeit der Jugend-, Ökologie-, Lebensreform- und Friedensbewegung aus und geben Einblick in seine Wandlung vom Marine- und Kolonialoffizier zu einem bedeutenden Fürsprecher der Völker Afrikas und zugleich zu einem unerbittlichen Ankläger des deutschen Militarismus. Vieles von dem, was er gesagt und geschrieben hat, lädt uns ein, unsere heutige Haltung zu den Fragen von Krieg und Frieden ebenso zu überdenken wie unser Verhältnis zu Natur und Umwelt.

Paasche, am 3. April 1881 in Rostock geboren, ist in einem großbürgerlichen Elternhaus aufgewachsen. 1900 trat er auf Drängen seines Vaters, des späteren Reichstagsvizepräsidenten Hermann Paasche, in die Kaiserliche Marine ein und war ab 1904 als Offizier auf einem Kreuzer vor der Küste Deutsch-Ostafrikas eingesetzt. In diese Zeit fiel auch seine Teilnahme an der brutalen Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands 1905/07, was einen Wandlungsprozess einleitete. Zwei Jahre später verließ er die Marine. Der Kapitänleutnant a.D. heiratete und kehrte zusammen mit seiner Frau nach Afrika zu einer Expedition nach den Quellen des Weißen Nils zurück. Seine Liebe zu diesem Kontinent und seinen Menschen äußerte sich in seiner 1912 zunächst in Briefform veröffentlichten kolonialismuskritischen Publikation „Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“, die nicht nur dem Hohenzollernreich einen entlarvenden Spiegel vorhielt.

Zu Kriegsbeginn 1914 meldete sich Hans Paasche in die Marine zurück, die ihn aber 1916 wegen seiner antimilitaristischen Haltung entließ. Er ging in den politischen Untergrund. 1917 inhaftiert, wurde ihm Aufforderung zum Hochverrat vorgeworfen. Um einem Prozess von öffentlichem Aufsehen aus dem Weg zu gehen, erklärte man ihn für geisteskrank und nahm ihn in einem Sanatorium in Schutzhaft. Im November 1918 von revolutionären Matrosen befreit, wirkte er bis zur Entmachtung der Räte als Beauftragter für Auswärtiges und Waffenstillstandsbedingungen des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte. Nach dem Tod seiner Frau im Dezember 1918 lebte Paasche mit seinen vier Kindern auf seinem Gut „Waldfrieden“ (heute in Polen). In seinen Schriften kritisierte er die Schuldigen am Krieg, setzte sich für soziale Gerechtigkeit und ökologisches Wirtschaften ein. Ausdrücklich begrüßte er den Verlust der deutschen Kolonien. Am 21. Mai 1920 wurde er von rechtsradikal gesinnten Reichswehrsoldaten bei einer Hausdurchsuchung „auf der Flucht“ erschossen. Der Mord blieb ungesühnt.

Hans Paasche ist ein überzeugender historischer Zeuge für die längst überfällige Würdigung einer anderen Traditionslinie in der deutschen Geschichte. Die Erinnerung an sein Leben und Wirken gehört in den öffentlichen Raum, sie gehört zum demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft – und nicht zuletzt als wichtiger

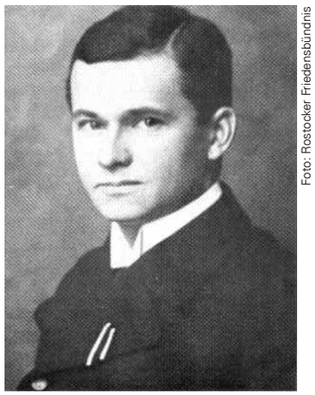


Foto: Rostocker Friedensbündnis

Beitrag zur heutigen und künftigen Erinnerungskultur.

Seit kurzem bemühen sich Einzelpersonen und Initiativen in Rostock und Bremen, das Gedenken an ihn wachzuhalten. In welcher konkreten Form dem stattgegeben wird, mag vor Ort entschieden werden.

In Bremen ist inzwischen der Vorschlag gemacht worden, das ehemalige „Bundeswehrhochhaus“ nach Hans Paasche zu benennen. Allerdings müsste die „Gewoba“ (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft), die das Gebäude übernommen hat und zu großen Teilen der Stadt bzw. dem Land Bremen gehört, sich ebenfalls dafür aussprechen.

Wir bitten Sie, diesen Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen, um so der Verwirklichung unseres Anliegens in den beiden Städten größeres Gewicht zu geben. Vorschläge und Mitarbeit sind willkommen.

HELMUT DONAT, Bremen
CORNELIA MANNEWITZ, Rostock

Wir bitten um Unterstützung unter Angabe ihres Namens, Wohnorts und ihrer Berufsbezeichnung an:
Rostocker-Friedensbuendnis@web.de
http://www.rostocker-friedensbuendnis.de

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – JULI/AUGUST 2021

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ganz ausfallen.

GEW Geschäftsstelle im Juni wie zuvor geöffnet (Bitte klingeln!)

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir die Räume zur Zeit nicht zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termin ist der 10.8., 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Das HLZ-Rätsel

Auf Thors Spuren

Bildnachweis: Berthold Werner/Wikimedia – Public Domain

Thor Heyerdahls Schilfboot Ra 2 von 1970 (Nachbau)

Vor über 50 Jahren machte er mit der *Ra 2* Schlagzeilen: Thor Heyerdahl, Namensgeber des vom Bildungsprojekt „Klassenzimmer unter Segeln“ genutzten Schoners (vgl. S. 46ff.). Der norwegische Forscher wurde mit See-Expeditionen auf nachgebauten antiken Schiffen bekannt. Er wollte so zeigen, dass bereits in Zeiten vor Kolumbus Besiedlungen bzw. kultureller Einfluss aus anderen Kontinenten möglich war.

Wohin führten Thor Heyerdahls Expeditionen?

A) von Norwegen nach Amerika
B) von Afrika nach Amerika
C) von Amerika nach Ozeanien
D von Ostasien nach Ozeanien
E) vom Irak nach Afrika

Einsendungen (ggf. Mehrfachnennungen) bitte mit Postanschrift bis zum 1.9.2021 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Als Preis winkt wieder ein Buchgutschein im Wert von 25 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung...

Foto: hlz

... sind Recep Tayyip Erdoğan und Lukas Podolski. Beide haben Jan Böhmermann verklagt: der türkische Präsident wegen dessen *Schmähkritik,* der Fußballprofi wegen der Podolski-Parodie *Lukas' Tagebuch.* Als Gewinnerin ermittelten wir Christel Semper. Sie bekommt einen Gutschein für ein Buch eigener Wahl. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Keine Klage von Hubert Burda: Der Medienmogul auf dem Titel von Böhmermanns *Freizeit Magazin Royale*

Aus dem Sprachfluss…

„Veränderung beginnt bei Sprache“ – ein Satz, der im Gespräch zwischen Florence Brokowski-Shekete und Matthias Hügle auf dem *Blauen Sofa* während der diesjährigen Leipziger Buchmesse mal „so am Rand“ fiel. Wir erleben aber gerade, dass die Wahrheit dieses Satzes aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen und wohl auch mit ganz unterschiedlichen Interessen und Motiven in Frage gestellt wird. Eigentlich noch finsterer: in Abrede gestellt wird. Die Extreme sehe ich von dem Vorsitzenden der Hamburger CDU, Christopher Ploß, hin zu Sarah Wagenknecht, Mitglied im Bundestag für Die Linke. Sie möchten geschlechtergerechte Sprache jedenfalls im öffentlichen Raum entweder verbieten oder versuchen, sie politisch als reaktionär zu desavouieren. (Die AfD halte ich in der Debatte um geschlechtergerechte Sprache für genauso inakzeptabel wie in anderen Fragen auch – wenn auch gefährlich.) Und zwischen den Extremen will es die Mehrheit der Bevölkerung in dem, was „schon immer“ galt, bequem haben: 65 Prozent sind laut einer Umfrage, die die „Welt am Sonntag“ in Auftrag gegeben hat, gegen eine geschlechtergerechte Sprache. Mal abgesehen davon, dass man – in Abwandlung des bekannten Diktums: Trau keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast – keiner Umfrage trauen sollte, die man nicht selber durchgeführt oder zumindest auf den Weg gebracht hat, wäre diese Prozentzahl auch sonst nicht entmutigend; Veränderungen brauchen ihre Zeit oder anders gesagt: sie müssen einfach zur alltäglichen Sprach- und Sprecherfahrung werden. Deswegen kann diese Zahl auch nicht als Legitimation dafür herhalten, das sprachliche Übergehen von Menschen, die nicht männlich sind, fortzusetzen. Der eingangs zitierte Satz sagt nichts über die Mühen, die Widerstände, den Furor aus, den Veränderungen in der Sprache bei den Sprachteilnehmenden auslösen können – und es tatsächlich auch tun. Und auch diejenigen, die solche Prozesse, die Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein abbilden, aktiv unterstützen, kommen immer mal wieder in Situationen, in denen es zu anstrengend, zu umständlich scheint, das geschlechtergerechte Sprechen durchzuhalten. (Als hlz-Korrekturleserin weiß ich, wovon ich rede.) Danach zu schielen, welche „Gallionsfigur“ für oder gegen das Gendern ist und sich entsprechend der eigenen Sym- oder Antipathie dahinter zu versammeln, schafft vielleicht vordergründig das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen, aber der Wunsch, mit dem jeder Mensch auf die Welt kommt, nämlich wahrgenommen zu werden als das, was man ist, wird dabei nicht berührt, nicht erfüllt. Und Wahrnehmung zeigt sich – auch – in Sprache, liebe_r Leser_in! Und da wir als Hamburger_innen ja wissen, was Großstadtleben bedeutet, möchte ich zum Schluss Fritz Mauthner zitieren, der die der Sprache innewohnende Dynamik mit der einer Großstadt vergleicht: „Da ist die Sprache eine weit lustigere Sache. Um es grell auszudrücken: In ihren verrosteten Röhren fließt durcheinander Licht und Gift, Wasser und Seuche und spritzt umsonst überall aus den Fugen, mitten unter die Menschen; die ganze Gesellschaft ist nichts als eine ungeheure Gratiswasserkunst für dieses Gemengsel, jeder einzelne ist ein Wasserspeier, und von Mund zu Mund speit sich der trübe Quell entgegen und vermischt sich trächtig und ansteckend, und da gibt es kein Eigentum und kein Recht und keine Macht. Die Sprache ist Gemeineigentum. Alles gehört allen, alle baden darin, alle saufen es, und alle geben es von sich und manche destillieren es.“[1] Benutzen wir unsere Sprache(n) für ein großes Gratiswasserkunstwerk.

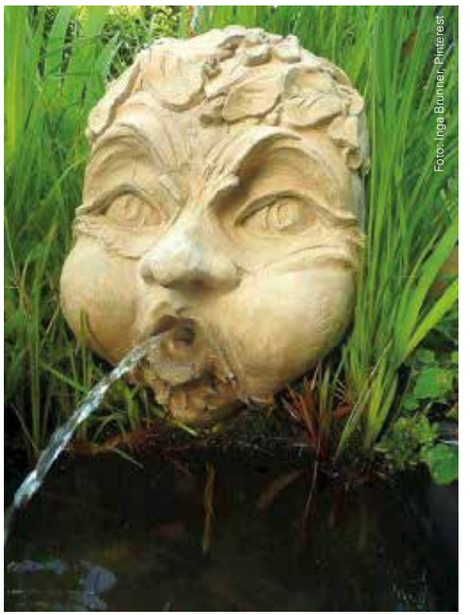
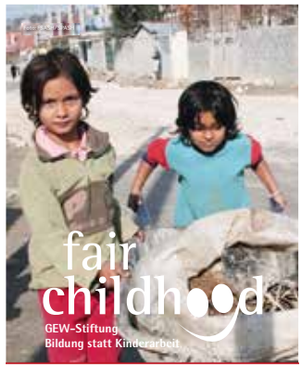


Foto: Inge Brunner, Pinterest

Nicht immer ist Wasser so klar – genauso wenig wie die Sprache

SUSANNE BERG

[1] Fritz Mauthner, Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen 1987



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*. Bitte sendet mir weitere Informationen zu. Ausgabe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

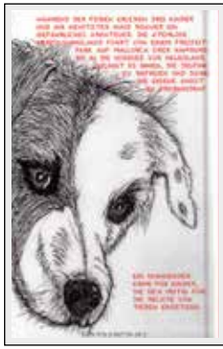
E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

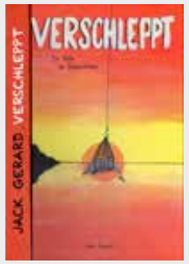
fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Für Ihre Bestellungen aus dem Schulbereich oder für die Schulbibliothek im Rahmen des Themas **Wale&Delfine** stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

• *Rabatte (z.B. für Klassensätze)*



kontakt@jackgerard.de
www.verschleppt-im-netz-der-delphinraeuber.de

Praxis für Psychotherapie und Supervision

- Freude am Leben
- Selbstvertrauen
- Gelassenheit
- Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

STORCH HEINAR

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

ANZEIGEN 04101-842 671 ANZEIGEN 04101-842 671

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

albersdesign

Media-Agentur
Mediengestaltung
+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

T: 04101-842 671
M: 0157-38 37 1442

ca@albers.design
www.albers.design

Haben Sie weitere Anliegen – sprechen Sie mich gerne an!

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt